

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**

University of Applied Sciences

EINE STADT MACHT SCHULE

**Die Implementierung der Gemeinschaftsschulen am Beispiel der
Universitätsstadt Tübingen**

BACHELORARBEIT

zur Erlangung des Grades eines

Bachelor of Arts (B.A.)

im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von:

Olaf Backes

Studienjahr 2012 / 2013

Erstgutachter: Prof. Dr. Helmut Hopp

Zweitgutachter: Dipl. Verwaltungswirt Michael Lucke



Vorwort

Während der Bearbeitung meiner Bachelorarbeit haben mir sehr freundliche und kompetente Menschen beratend und unterstützend zur Seite gestanden. Nun möchte ich hier die Möglichkeit nutzen und mich bei ihnen auf diesem Wege zu bedanken.

Professor Dr. Helmut Hopp danke ich für die Bereitschaft, die Erstbegutachtung meiner Bachelorarbeit zu übernehmen.

Ein besonderer Dank geht an den Ersten Bürgermeister der Universitätsstadt Tübingen, Herrn Michael Lucke und an die Leiterin der Fachabteilung Schule und Sport, Frau Christine Vollmer für die fachliche und persönliche Hilfe bei der Erstellung meiner Bachelorarbeit.

Herrn Lucke danke ich zudem für die Zweitbegutachtung meiner Bachelorthesis.

Ferner bedanke ich mich bei Frau Claudia Patzwahl für die freundschaftliche und kritische Unterstützung.

Auch den Teilnehmerinnen und Teilnehmern meiner Befragungen gilt mein Dank. Nicht zuletzt bedanke ich mich hiermit ganz herzlich bei meinem Korrektur-Team für die großartige Unterstützung.

Ein ganz besonderer Dank geht an meine Frau und meine Tochter, die mich nach Kräften unterstützt haben und somit einen großen Beitrag zum Gelingen meiner Bachelorthesis beitrugen.



Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	II
Abbildungsverzeichnis.....	V
Verzeichnis der Anlagen	VI
1. Einleitung.....	1
2. Die Universitätsstadt Tübingen.....	4
3. Begriff Gemeinschaftsschule	7
4. Koalitionsvertrag der Grün-Roten Landesregierung	11
5. Das neue Schulgesetz.....	13
6. Schulentwicklung in Tübingen	15
7. Projektkultur der Stadtverwaltung Tübingen.....	18
8. Befragungen zur Prozessbewertung	22
8.1. Methodische Vorgehensweise	22
8.2. Inhalt und Aufbau der Umfragen zur Schulanmeldung	24
8.3. Inhalt und Aufbau der Befragungen der einzelnen Akteurinnen und Akteure.....	26
8.3.1. Fragen zu den zeitlichen Aspekten	26
8.3.2. Fragen zum Einführungsprozess	30
8.3.3. Fragen zum Projektplan.....	33
8.3.4. Fragen zur Kommunikation	34



8.3.5. Allgemeines, Zukunft, Biographisches	35
8.4. Ergebnisse der Befragungen	35
8.4.1. Ergebnisse der Elternbefragung	36
8.4.2. Ergebnisse der Befragung von Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung	37
8.4.3. Ergebnisse der Befragung der Schulleitungen.....	42
8.4.4. Ergebnisse der Befragung der Gemeinderäte.....	47
8.5. Zusammenfassung der Befragungen.....	48
9. Schlussbewertung	52
Literaturverzeichnis	VIII
Erklärung des Verfassers	X



Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Projektmanagementmodell	19
Abbildung 2: Projektstruktur Einführung der Gemeinschaftsschulen	20



Verzeichnis der Anlagen

Die Anlagen sind auf CD beigefügt.

- Anlage 1 Schulgesetz für Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. August 1983, mehrfach geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. April 2012.
- Anlage 2 Kultusportal Baden - Württemberg; www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1336848/index.html?ROOT=1146607, (zuletzt angesehen am 24.08.2012).
- Anlage 3 Wortinformation aus dem Duden online; www.duden.de/rechtschreibung/Gemeinschaftsschule, (zuletzt angesehen am 20.06.2012).
- Anlage 4 Giesecke, Hermann: Hitlers Pädagogen. Theorie und Praxis nationalsozialistischer Erziehung, 1999, 2. überarbeitete Auflage.
- Anlage 5 Mortag, Iris: Die Gemeinschaftsschule ist in aller Munde, 16.06.07
Fundstelle: <http://mgm-koeln.de/wp-content/uploads/Die-Gemeinschaftsschule.pdf>, (zuletzt angesehen: 24.08.2012).
- Anlage 6 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD Baden-Württemberg:
Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD Baden-Württemberg, 27.04.2011.
- Anlage 7 Universitätsstadt Tübingen: Projektleitfaden.
- Anlage 8 Universitätsstadt Tübingen: Beschlussvorlage 229/2012,
Betreff: Gemeinschaftsschulen – Personelle Ausstattung im sozialpädagogischen Bereich, 28.06.2012.



-
- Anlage 9 Universitätsstadt Tübingen: Beschlussvorlage 32/2012,
 Betreff: Gemeinschaftsschulen – Anträge der Schulen zum Schuljahr
 2012/2013, 12.01.2012.
- Anlage 10 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport : Anmeldezahlen der
 Gemeinschaftsschulen zum Schuljahr 2012/2013, 16.07.12, Fundstelle:
 [http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/show/1374042/Anmeldezahlen](http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/show/1374042/Anmeldezahlen%20der%20GMS%20zum%20Schuljahr%202012-13.pdf)
 der GMS zum Schuljahr 202012-13.pdf, 24.08.2012.
- Anlage 11 Zusammenstellung der Befragung der Schulleiterinnen und Schulleiter
 zur Einführung der Gemeinschaftsschulen.
- Anlage 12 Zusammenstellung der Umfragen bei der Schulanmeldung an den drei
 Starterschulen.
- Anlage 13 Zusammenstellung der Befragungen bei der Stadtverwaltung Tübingen.
- Anlage 14 Befragung der Gemeinderäte der Universitätsstadt Tübingen zur
 Einführung der Gemeinschaftsschulen.



1. Einleitung

In der Universitätsstadt Tübingen werden zum Schuljahr 2012/2013 gleich drei Schulen den Schritt hin zu einer Gemeinschaftsschule wagen. Diese neue Schulform wurde nach dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg 2011 möglich gemacht. Bis dahin gestaltete sich das Etablieren von neuen Schulformen, bedingt durch die Gesetzeslage, als schwer. Die neue Landesregierung verankerte die Gemeinschaftsschule bereits im Koalitionsvertrag und goss die Einführung dieser im Laufe der Jahre 2011 und 2012 in eine Schulgesetzänderung.

Der Prozess in der Universitätsstadt Tübingen war sehr vielfältig und facettenreich. Drei unterschiedliche Schulen bewarben sich für die Startaufstellung. Eine Grundschule, die zukünftig bis zum Abitur ausbildet, eine Werkrealschule, die mit einer Realschule die Klassen 5 bis 10 abdeckt und ein Schulverbund aus einer Hauptschule, einer Realschule und eines Gymnasiums, welches Kinder nach Beendigung der Grundschule aufnimmt und diese bestenfalls bis zum Abitur führt.

Strömungen, die das längere gemeinsame Lernen forcieren, gab es schon länger in Tübingen. Daraus entwickelte sich die Erweiterte Kooperation an der Geschwister-Scholl-Schule. Hier wurde das Modell für eine Gemeinschaftsschule entwickelt, so dass es nur der nächste logische Schritt war, sich als Starterschule zu bewerben. Auch an der Französischen Schule wurde sich schon vor Jahren vergeblich bemüht, jahrgangsübergreifendes Lernen einzuführen. Dies scheiterte an der nicht erteilten Genehmigung der damaligen Landesregierung.

Trotz der teilweise großen Erfahrung in dem Bereich des längeren gemeinsamen Lernens, gab es auch in Tübingen noch viel zu tun. Diesen Prozess der Einführung der Gemeinschaftsschule in der Universitätsstadt Tübingen untersuche und bewerte ich in dieser vorliegenden Bachelorthesis.

Zunächst wird die Universitätsstadt Tübingen beschrieben, danach werden der Begriff Gemeinschaftsschule, der Koalitionsvertrag der Grün – Roten Landesregierung und das neue Schulgesetz erläutert. Angeschlossen daran finden sich Ausführungen zu der Schulentwicklung in Tübingen und zu der Projektkultur der Stadtverwaltung in Tübingen. Darauf folgend beschäftigt sich das Kapitel acht mit den Befragungen zur Prozessbewertung. Das letzte Kapitel widmet sich der Schlussbewertung des Prozesses und Verbesserungsvorschlägen für zukünftige Prozesse.

Um den Prozess bewerten zu können stellte ich folgende Hypothesen auf: Ich ging davon aus, dass aufgrund der späten politischen Weichenstellung nicht genügend Zeit zur Einführung der Gemeinschaftsschule vorhanden war. Auch mutmaßte ich, dass weniger gut vorbereitete Akteurinnen und Akteure mehr Zeit benötigen, sich in den Prozess einzufinden und diesen zielgerichtet und thematisch vollständig umzusetzen. Durch die Komplexität des Projektes und bedingt durch die große Anzahl von Akteurinnen und Akteure gestaltete sich die Einhaltung von Terminen problematisch, so meine aufgestellte Hypothese. Zudem nahm ich an, dass die zusätzliche zeitliche Belastung ungleich zwischen den Beteiligten aufgeteilt war.

Es ist davon auszugehen, dass ein solch vielschichtiger Prozess an vielen Stellen stockt, sich auch ab und an rückwärts bewegt und aus taktischen, politischen oder anderen Überzeugungsgründen behindert wird. Des Weiteren nahm ich an, dass die Erwartungen der Akteurinnen und Akteure an den Prozess nicht erfüllt wurden.

Eine weitere Vermutung war, dass der Projektplan nicht oder nur in Teilen umgesetzt werden konnte, da diese Strukturen außerhalb der Stadtverwaltung nur unzureichend bekannt sind und diese auch nicht ausreichend publiziert wurden.



Als letztes Themenfeld betrachtete ich die Kommunikation im Prozess, sowohl intern zwischen den Beteiligten, als auch extern mit den Eltern und der Öffentlichkeit. Dabei entwickelte ich die Hypothese, dass Prozesse dieser Größe und dieses Ausmaßes ein Risiko für eine reibungslose Kommunikation bergen.

Um Anhaltspunkte zu erhalten, die meine Hypothesen stützen, befragte ich die Eltern bei den Schulanmeldungen im März 2012. Auch die beteiligten Schulleiterinnen und Schulleiter bat ich um ein Interview. Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung und Teile des Gemeinderates kamen auch zu Wort. Mit Hilfe dieser vielschichtigen Aussagen und Meinungen war es am Ende möglich, den Prozess zu bewerten, Rückschlüsse auf Reibungspunkte zu ziehen und Verbesserungsvorschläge für zukünftige ähnliche Projekte zu erarbeiten.



2. Die Universitätsstadt Tübingen

Die Universitätsstadt Tübingen liegt mitten im Herzen von Baden-Württemberg, denn im Stadtgebiet der schwäbischen Stadt befindet sich der geographische Mittelpunkt von Baden-Württemberg.

Tübingen bettet sich zwischen der schwäbischen Alb im Südosten und den Ausläufern des Schwarzwaldes im Westen ein. Nördlich von Tübingen befindet sich der Schönbuch, das erste zum Naturpark erklärte Waldgebiet in Baden-Württemberg.

Auch wirtschaftlich gesehen liegt Tübingen in einer exponierten Lage. Zu der Region Stuttgart, einem wirtschaftlichen Zusammenschluss verschiedener Städte und Gemeinden im Umkreis von Stuttgart sind es nur wenige Kilometer.

Trotz der kurzen Wege zu der Metropolregion Stuttgart und des kurzen Weges zum Flughafen Stuttgart bewahrt sich Tübingen seinen eigenen speziellen und lebenswürdigen Charakter, sicherlich bedingt durch und geprägt von der Bevölkerungsstruktur, die eine Universitätsstadt, geführt von einem grünen Oberbürgermeister, mit sich bringt. Auch das mit 40,2 Jahren unter dem bundesweiten Schnitt liegende Durchschnittsalter der circa 89.000 Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Angebote im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich tragen zu der hohen Lebensqualität und dem besonderen, spürbaren Flair der Stadt bei.

Die Universität Tübingen prägt mit sieben Fakultäten, 400 Professorinnen und Professoren, über 4.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und rund 25.000 Studentinnen und Studenten als zweitgrößte Hochschule in Baden-Württemberg das Stadtbild von Tübingen nachhaltig.

Diese Verbundenheit der Stadt mit der Universität zeigt sich vor allem an der Implementierung der Universität in den Stadtkern.



Viele Häuser zeugen von berühmten Gelehrten, wie beispielsweise Hegel, Hölderlin und Schelling, Mörike und Uhland, Johannes Kepler und Wilhelm Schickard. Auch neun Nobelpreisträgerinnen und -preisträger sind mit der Stadt Tübingen verbunden.

Die Universitätsstadt Tübingen liegt organisatorisch im Landkreis Tübingen, dessen Landratsamt sie auch beherbergt. Auch das Regierungspräsidium Tübingen hat im Stadtgebiet seine Heimat gefunden.

Tübingen kann sich mit Fug und Recht als die „Hauptstadt der Gemeinschaftsschulen“ bezeichnen, da hier alle beantragten Schulen die Genehmigung erhalten hatten, im Schuljahr 2012/2013 als Starterschule mit einem oder mehreren Gemeinschaftsschulzügen beginnen zu dürfen. Somit verfügt Tübingen über gleich drei Starterschulen und kann sogar mehr Gemeinschaftsschulen aufweisen als der gesamte Regierungsbezirk Karlsruhe.

Das in Tübingen gelegte große Vertrauen ist auch begründet. Schon im Jahr 2007 entwickelte man in Tübingen Konzepte, die den heutigen Gemeinschaftsschulkonzepten nicht nur ähneln, sondern dafür Pate standen. Aus den Ideen entstand die sogenannte „ERKO¹“, hier arbeiteten an einem Schulstandort eine Hauptschule, eine Realschule und ein Gymnasium eng und verzahnt zusammen und boten so den Kindern die Möglichkeit, entweder mit Hauptschul-, Realschulabschluss oder mit dem Abitur abzugehen – prinzipiell aus ein und derselben Klasse wohlgemerkt.

Da dieses neue Schulkonzept gesetzlich nicht zulässig und die damalige Landesregierung nicht gewillt war, das Schulgesetz zu ändern, wurde die ERKO damals als Schulversuch eingeführt.

¹ Erweiterte Kooperation - Ein Projekt von Realschule und Hauptschule mit Beteiligung des Gymnasiums.

Auch die Eltern der Grundschulkinder, die auf eine weiterführende Schule wechselten, forcierten die Einführung des längeren gemeinsamen Lernens.

Für viele Familien, deren Kind am Ende der vierten Klasse eine Grundschulempfehlung für den Besuch einer Hauptschule bekam, brach förmlich eine Welt zusammen. Eine Schulleiterin² beschrieb die damalige Situation besonders drastisch. Mütter seien weinend auf sie zugekommen, sie empfanden die Grundschulempfehlung für den Besuch einer Hauptschule als „Beschämung“, manche sollen diese Beurteilung ihres Kindes sogar als „Todesurteil“ bezeichnet haben.

Die Elternschaft in Tübingen ist in großen Teilen bildungsnah und eher kritisch-fordernd. Tübingen ist nicht umsonst eine grün-rote Stadt, dahinter steht auch ein anderes Bildungsverständnis: Gefordert wird von einem Großteil der Eltern eine kindgerechte Bildung; das dreigliedrige Schulsystem steht ihrer Meinung nach dazu im Widerspruch. Aber natürlich gibt es auch die Bildungselite, die auf ein Gymnasium nicht verzichten möchte. Durch diese Entwicklungen und Forderungen änderte sich in Tübingen die Einstellung zu dem bisherigen Schulsystem, der politische und gesellschaftliche Weg hin zu neuen Schulformen wurde seit Jahren vorbereitet und geebnet.

Diese Einstellung bei einem großen Teil der Tübinger Bürgerinnen und Bürger führte unter anderem dazu, dass die Übergangsquote zur Hauptschule auf nur acht Prozent sank. Auch die seit Jahren gute und innovative Schulbildung der Tübinger Grundschulen mit immer neuen Ansätzen und besonderen Lernformen führte zu häufigen Gymnasialempfehlungen.

² Aus Gründen der zugesicherten Anonymität werden keine näheren Angaben zu der Quelle gemacht werden.

3. Begriff Gemeinschaftsschule

"Ich freue mich sehr, dass es jetzt gelingt, mit der Gemeinschaftsschule das längere gemeinsame Lernen in Baden-Württemberg voranzubringen und damit den Wunsch so vieler Eltern und Lehrkräfte zu erfüllen", erklärte Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer.³

Doch was ist genau der Wunsch vieler Eltern und Lehrkräfte? Was ist eine Gemeinschaftsschule?

Der Begriff der Gemeinschaftsschule ist nicht neu, der Duden definiert Gemeinschaftsschule als eine „(...) für alle gemeinsame, nicht nach bestimmten Konfessionen getrennte Schule (...)“⁴. Ursprünglich bezeichnete der Begriff also nur das gemeinsame Lernen von Kindern verschiedener Konfessionen. Die Nationalsozialisten führten die Gemeinschaftsschule in den Jahren 1937/1938 wieder ein; dies geschah neben ideologischen Gründen vor allen Dingen aus ökonomischen Gesichtspunkten. So konnte man viele kleine Schulen zu einer großen zusammenschließen, man sparte personelle und materielle Ressourcen.⁵

In der Nachkriegszeit entwickelten sich in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik zunächst ähnliche Schulformen. Wie von den Alliierten gefordert, führte man Einheitsschulen ein, die DDR verwirklichte die Vorgabe mit der „Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule“, die BRD wählte die „Volksschule“.

Während man in der DDR die folgenden 40 Jahre an dieser Schulform festhielt, wurde das Schulsystem der BRD 1968 reformiert.

³ Kultusportal Baden - Württemberg; www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1336848/index.html?ROOT=1146607, (zuletzt angesehen am 24.08.2012); vgl. Anl. 2.

⁴ Wortinformation aus dem Duden online; www.duden.de/rechtschreibung/Gemeinschaftsschule; (zuletzt angesehen am 20.06.2012); vgl. Anl. 3.

⁵ Giesecke, Hitlers Pädagogen, S. 126f; vgl. Anl. 4.



Die vierjährige Grundschule und die weiterführenden Schulen in Form von Hauptschule, Realschule und Gymnasium lösten die Volksschule ab.

Ganz wollte man sich vielerorts nicht gegen die Idee des langen gemeinsamen Lernens und für die frühe Selektion entscheiden. Hierbei kamen wiederum auch praktische, organisatorische und kommunalpolitisch geprägte Gesichtspunkte in Betracht. Somit versuchte man eine Verkürzung der Schulwege, eine Auflösung von Kleinstschulen sowie eine Verkleinerung der Klassengrößen zu erreichen.

Im Ergebnis wurde in einigen Bundesländern die Gemeinschaftsschule als Pendant zu den früheren Simultanschulen eingerichtet. Diese beinhalteten also nur das gemeinsame Lernen von Kindern unterschiedlicher Konfessionen.

Eine weitere, sich in dieser Zeit entwickelnde Schulform war die Gesamtschule. Diese hat aber eher eine Exotenstellung, sie nimmt in einigen Bundesländern eine, das dreigliedrige Schulsystem eher ergänzende Stellung ein. Interessant ist, dass die pädagogischen Grundsätze, die die Gesamtschule damals entwickelte, wie Integration und Ganztagschule statt Halbtagschule, heute in den Konzepten der Gemeinschaftsschule wiederzufinden sind.

In den letzten Jahren wurde immer häufiger der Ruf nach einer Erneuerung der Schullandschaft laut. Sicher auch bedingt durch ihre eigenen zeitlichen Belastungen, wünschen sich Eltern eine wohnortnahe, moderne, ganztägige und zuverlässige Schulversorgung für ihre Kinder.

Aus den Forderungen und Wünschen der einzelnen Beteiligten hat sich eine moderne Definition von Gemeinschaftsschulen herausgebildet.

Wer heute von Gemeinschaftsschulen spricht, meint meistens einen eher strukturellen Zusammenschluss von Schulen, „(...) in der Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft, unabhängig vom Geschlecht und von der Religionszugehörigkeit und unabhängig von einer psychischen oder physischen Beeinträchtigung im Idealfall von der 1. bis zur 10. Klasse (in Berlin auch bis zum Abitur) gemeinsam mit- und voneinander lernen können (...)“⁶.

Diesem modernen Anspruch folgt auch das Gemeinschaftsschulkonzept in Baden-Württemberg. Es ist angestrebt, jedem Kind die jeweils beste und möglichst individuell zugeschnittene Förderung angedeihen zu lassen.

Diese Entwicklung ist auch eine mögliche Antwort auf die Defizite, die durch einzelne Untersuchungen wie z.B. die Pisa-Studie aufgezeigt werden. Es wird versucht zu erreichen, dass insbesondere Kinder, die bisher bedingt durch die frühe Selektion zunächst hinter ihren Möglichkeiten geblieben sind, zukünftig auch später noch problemlos die Chance haben, ihr Potential zu nutzen. Die bisherige Grundschulempfehlung verändert sich dahingehend, dass die Verbindlichkeit wegfällt und die Eltern somit frei und selbst entscheiden können, auf welche weiterführende Schule sie ihr Kind schicken wollen. Bisher steht diesen so früh Aussortierten nur ein späterer Schulwechsel oder der zweite Bildungsweg zur Verfügung. Alle diese indirekten Wege gestalten sich aber um einiges schwieriger als der konventionelle Weg, beispielsweise über das Gymnasium direkt zum Abitur zu gelangen. Nicht nur den „Spätzündern“ sollen bessere Bedingungen zuteilwerden, auch alle anderen Kinder können von der Reform profitieren. So kann der Schwache vom Starken und der Starke an dem Schwachen lernen. Die Kinder werden individueller, nach ihren speziellen Fähigkeiten und Fertigkeiten gemeinsam und doch individuell gefördert und gefordert.

⁶ Mortag, Die Gemeinschaftsschule ist in aller Munde, S. 3; vgl. Anl. 5.



Die Einführung der Gemeinschaftsschule bringt nicht nur den Kindern Vorteile, sondern auch den Eltern. Sie erhalten mit der Wahl, ihr Kind auf eine Gemeinschaftsschule zu schicken, die Gewissheit, dass ihr Kind gemäß seinen Fähigkeiten gefordert und gefördert wird und dass ihm auch dann, wenn es zum Beispiel ein „Spätzünder“ ist, kein Weg wegen zu früher Auslese verbannt ist. Darüber hinaus wird es sogar ganztags betreut. Somit entfällt die oftmals schwierige Suche nach einer qualifizierten Nachmittagsbetreuung.

Die heutigen Lebenskonzepte, weg von dem Mehr-Generationen-Haushalt, hin zu einer, meist auch berufsbedingten räumlichen Flexibilität, lässt eigentlich gar keine anderen Schul- und Betreuungskonzepte mehr zu. Die Schulform passt sich mit der Einführung der Gemeinschaftsschule endlich an die Lebenswirklichkeit und die veränderten Bedürfnisse der Gesellschaft an.

4. Koalitionsvertrag der Grün-Roten Landesregierung⁷

Im Koalitionsvertrag der Grün-Roten Landesregierung für die Legislaturperiode 2011 – 2016 wurden bereits die Weichen für ein längeres, gemeinsames Lernen gestellt. Bereits in dieser Phase versprachen die Koalitionspartnerinnen, beantragte Schulmodelle, die ein tragfähiges pädagogisches Konzept vorweisen können, zu genehmigen.

Die Modellschulen sollen von unten wachsen. Dabei wird die Initiative den Schulen und Schulträgern vorbehalten. Die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule wird nicht von oben angewiesen, vielmehr muss die Entschlusskraft aus der Kommune kommen. Es werden lediglich Rahmenbedingungen geschaffen, mit Hilfe derer sich neue Schulkonzepte entwickeln können. Dazu gehören eine Änderung des Schulgesetzes und die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, unter anderem die Zusage von Fortbildungs- und Innovationsbudgets.

Die Gemeinschaftsschule schließt an die Grundschule mit der Sekundarstufe I an. Hauptschul-, Realschul- und gymnasiale Standards werden dort zu Grunde gelegt. So haben die Kinder nach der zehnten Klasse die Möglichkeit, in eine berufliche oder allgemeinbildende gymnasiale Oberstufe zu wechseln. Sie haben die Wahl, diese gymnasiale Oberstufe entweder am Gemeinschaftsschulstandort oder an einem allgemeinen oder beruflichen Gymnasium abzuleisten.

„(...) Gemeinschaftsschulen haben ein konkretes pädagogisches Konzept. Sie entwickeln eine neue Lehr- und Lernkultur auf der Basis der individuellen Förderung jedes einzelnen Kindes. Sie haben erweiterte Eigenverantwortung bei der Gestaltung der Stundentafel, der Lerngruppen und der Leistungsbewertung, der inneren und äußeren Differenzierung sowie bei Formen individueller Förderung. Verbindliche Leitplanken sind dabei die Bildungspläne.

⁷ Koalitionsvertrag Grün-Rot, S. 6f; vgl. Anl. 6.

Die Gemeinschaftsschulen evaluieren ihre Schulentwicklungsprozesse regelmäßig. Eine wissenschaftliche Begleitforschung wird angestrebt. (...)“⁸.

So stellt bereits der Koalitionsvertrag klar, was aus Sicht der neuen Landesregierung mit Gemeinschaftsschule gemeint ist und erläutert somit zugleich die grundsätzlichen Voraussetzungen und Bedingungen.

⁸ Koalitionsvertrag Grün-Rot, S. 6; vgl. Anl. 6.

5. Das neue Schulgesetz

Am 24.04.2012 hat der Landtag von Baden-Württemberg das „Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes (SchG) für Baden-Württemberg und anderer Gesetze“ beschlossen. Dies war die gesetzliche Legitimation der Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg.

Die größte Änderung erfuhr das Schulgesetz unter anderem durch die Zufügung des Paragraphen 8a „Gemeinschaftsschule“. Dieser Paragraph enthält die inhaltlichen Voraussetzungen für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule.

Der Absatz 1 beschreibt, dass Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I in einem gemeinsamen Bildungsgang individuell nach ihren Leistungsmöglichkeiten die Bildung der Hauptschule, der Realschule oder des Gymnasiums erhalten werden. Die Unterrichtsformen passen sich den unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der einzelnen Schülerinnen und Schüler an.

Ein Novum des Gesetzes ist die Implementierung der Inklusion. Inklusion ist ein Überbegriff, er bezeichnet alle Maßnahmen, die zu treffen sind, damit sichergestellt werden kann, dass die Gemeinschaftsschule auch Schülerinnen und Schülern offen steht, die ein Recht auf den Besuch einer Sonderschule haben⁹. Somit steht auch Kindern der Weg in die Gemeinschaftsschule offen, die bislang, aufgrund einer Behinderung, eine Sonderschule besuchten.

Um dieser ausgesprochenen Vielfalt gerecht werden zu können, bildet die Gemeinschaftsschule keine Klassen, sondern sogenannte Lerngruppen. Diese Lerngruppen sind nicht nach schulartspezifischen, sondern nach pädagogischen Gesichtspunkten zu bilden.

⁹ § 8a Abs. 1 Satz 3 SchG.



Der zweite Absatz des neu eingefügten Paragraphen 8a SchG schreibt vor, dass eine Gemeinschaftsschule grundsätzlich mindestens zweizügig, also mit wenigstens zwei parallelen Lerngruppen pro Jahrgang einzurichten ist. Ausnahmsweise kann auch eine einzügige Schule zugelassen werden.

Auch sollte die Schule nicht auf mehrere Standorte verteilt werden; jedoch ist dies wiederum in Einzelfällen möglich. Dabei ist aber zu beachten, dass in der Sekundarstufe keine parallelen, auf verschiedene Standorte verteilte Lerngruppen gebildet werden. Auch darf eine Gemeinschaftsschule zusätzlich eine Grundschule und eine gymnasiale Oberstufe führen.

Weiterhin gibt der Paragraph 8a SchG die obligatorische Einrichtung einer verbindlichen Ganztageschule vor. Damit wird dem Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens Rechnung getragen.

Des Weiteren ergaben sich im Schulgesetz einige Änderungen, die mit der Einführung des Paragraphen 8a SchG verbunden sind, auf die hier aber nicht näher eingegangen wird, da sie für die Bewertung des Einführungsprozesses nicht relevant sind.

6. Schulentwicklung in Tübingen¹⁰

Die Entwicklung an den Tübinger Hauptschulen erforderte bereits 2007 eine grundlegende Beschäftigung mit der Zukunft der Schullandschaft in dieser Stadt. Die Übergangsquote auf die Hauptschulen lag deutlich unter 10%. Diese Schulart drohte auszusterben.

Diese Zahlen forderten, sich mit dem Thema der Hauptschulen und deren Weiterentwicklung zu beschäftigen. Die Schulen wurden von der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat dazu ermutigt, eigene Ideen und Vorstellungen zu entwickeln, um somit die Zukunft aktiv mitzugestalten.

Ergebnis dieses Prozesses war der im Jahr 2009 genehmigte Schulversuch „Erweiterte Kooperation Hauptschule und Realschule mit Beteiligung des Gymnasium“ an der Geschwister-Scholl-Schule. Der zunehmenden Leistungsvarianz der Schülerinnen und Schüler sollte dadurch begegnet werden, dass binnendifferenzierende Maßnahmen verstärkt und sowohl für leistungsschwächere, als auch für leistungsstärkere zusätzliche Förderkurse eingerichtet werden. Vorbereitungskurse oder eine spezielle Aufbaustufe sollen stärkeren Schülerinnen und Schüler zudem ermöglichen, nach Abschluss der Sekundarstufe I auf das Gymnasium zu wechseln.

Die Idee ist, Schülerinnen und Schüler unterschiedlichen Niveaus eines Jahrgangs gemeinsam und doch individuell zu fördern und zu fordern. Dazu werden die Kinder einerseits herkömmlich gemeinsam beschult; andererseits es gibt aber auch feste Zeiten, an denen individuelles, auf die jeweiligen Lernniveaus abgestimmtes Lernen möglich ist.

Die Kinder erhalten für die Bearbeitung in den individuellen Arbeitszeiten Lernpakete, mit denen sie sich auseinander setzen müssen.

¹⁰ Universitätsstadt Tübingen, Fachabteilung Schule und Sport, Hintergrundgespräche und interne Vermerke.



Dadurch wird die persönliche Selbstlernkompetenz der Schülerinnen und Schüler ausgebaut und gestärkt. Der einzelne Lernfortschritt wird in einem Lerntagebuch festgehalten und dokumentiert.

Auch die Eltern der Kinder müssen dieses Tagebuch abzeichnen und sind somit schnell und direkt über deren Lernstand informiert. Das Konzept der ERKO erfordert von den Kindern eine große Eigenverantwortung. Diese Eigenverantwortung wird den Schülerinnen und Schülern sukzessiv vermittelt, so dass sie nach kurzer Zeit in der Lage sind, ihre Lernpakete und die Lernziele selbstständig zu erstellen und zu verwalten.

Abgelehnt wurde vom Land im Jahre 2009 das Modell der Französischen Schule, das die Weiterführung der Unterrichtsprinzipien der jetzigen Grundschule in einer Sekundarschule beinhaltet. Entwickelt wurde das Konzept von einer Projektgruppe, an der neben Lehrerinnen und Lehrern auch Eltern beteiligt waren. Dabei geht es insbesondere um die Bausteine „Altersmischung“ und „innere Differenzierung“. Das Modell der Französischen Schule war weniger ein Strukturmodell als ein grundsätzlicher Versuch, Lernen neu zu bestimmen und ganzheitlich als Interaktion von Umwelt, Lerngemeinschaft und Talenten der Individuen zu begreifen.

Nach der Ablehnung des Modells der Französischen Schule und der Genehmigung von ERKO wurde es zunächst ruhiger in der Schullandschaft in Tübingen. Erst nach dem 27. März 2011, also nach dem Regierungswechsel hin zu einer Grün-Roten Landesregierung in Baden-Württemberg, beschäftigte man sich wieder mit der Einführung neuer Schulformen. So wurde am 4. Juli 2011 die Verwaltung der Universitätsstadt Tübingen vom Gemeinderat beauftragt, einen Antrag zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule für die Tübinger Südstadt vorzubereiten.

Nun begann die eigentliche und zielführende Arbeit auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule.

Es schlossen sich verschiedene Workshops für andere interessierte Schulen an. Im Juli 2011 wurde das Konzept dann durch eine Projektstruktur in geregelte Bahnen geleitet. Man gründete eine Lenkungsgruppe und drei Projektgruppen:

- „Weiterentwicklung Gemeinschaftsschule Französische Schule“
- „Gemeinschaftsschule Innenstadt“
- „Weiterentwicklung ERKO“

Schon ab Oktober 2011 bekundete die Stadt Tübingen bei der Landesregierung ihr Interesse, drei Gemeinschaftsschulen einzuführen. Diese Interessensbekundung mündete letztendlich nach umfangreicher Vorarbeit in den verschiedensten Gremien in einem Gemeinderatsbeschluss im Januar 2012, mit dem Auftrag an die Verwaltung, nun einen Antrag auf Einrichtung von drei Gemeinschaftsschulen in Tübingen bei der Landesregierung einzureichen.

Diesen Anträgen wurde letztlich stattgegeben, so dass die drei Starterschulen zum Schuljahr 2012/2013 beginnen können.

7. Projektkultur der Stadtverwaltung Tübingen¹¹

Um zu gewährleisten, dass Projekte zielgerichtet und vollständig umgesetzt werden können, hat die Universitätsstadt Tübingen eine Projektkultur etabliert. Diese soll eine Hilfe sein, um möglichst ressourcenschonend Vorhaben größerer Art und mit mehreren Beteiligten umzusetzen.

Dazu hat die Stadtverwaltung ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Projektleitfaden an die Hand gegeben. Hierin finden sich alle Hinweise, die benötigt werden, um ein Projekt erfolgsorientiert umzusetzen.

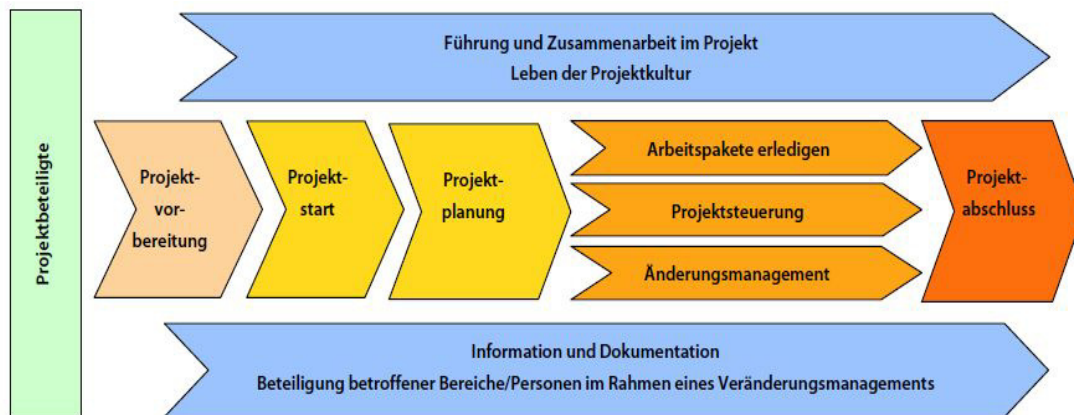
Im Leitfaden werden die Merkmale einer Projektarbeit erläutert. Die Besonderheit, die diese Art von Arbeit von der alltäglichen Arbeit unterscheidet, ist unter anderem das Herauslösen aus der gewohnten Linienorganisation. Dies ist nötig, um alle benötigten Fachkompetenzen direkt und unmittelbar zur Verfügung zu haben, da die Aufgaben, die in einer Projektstruktur zu bewältigen sind, oftmals ämter-, fachbereichs-, oder dezernatsübergreifend bewältigt werden müssen.

Der Projektplan enthält eindeutige Zielvorgaben, einen fest definierten Start- und Endtermin und die Vorgaben zu den zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen.

¹¹ Projektleitfaden Stadt Tübingen; vgl. Anl. 7.

Der strukturelle Ablauf eines Projektes wird in folgendem Projektmanagementmodell deutlich gemacht:

Abbildung 1: Projektmanagementmodell



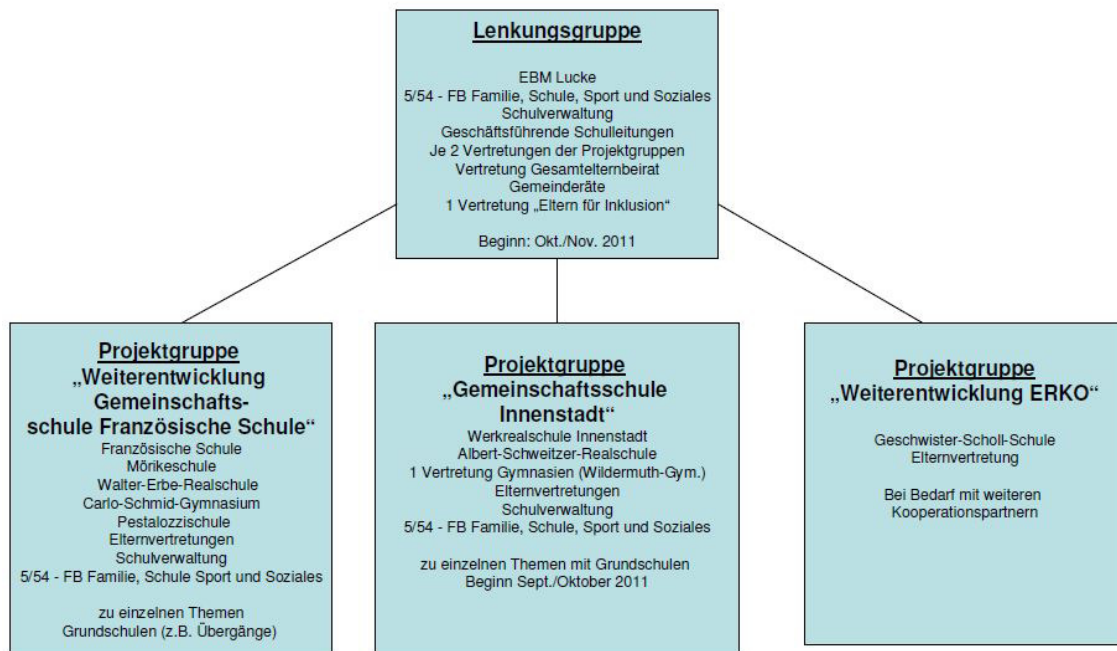
Quelle: Projektleitfaden Stadt Tübingen, S. 5

Anhand dieser Struktur werden die einzelnen Projekte geführt und gelenkt. Der komplette Prozess wird durch die Führung flankiert.

Die Führungsfunktion im Einführungsprozess der Gemeinschaftsschulen in Tübingen nahm die Lenkungsgruppe wahr.

Die folgende Abbildung verdeutlicht die festgelegte Struktur in diesem Einführungsprozess:

Abbildung 2: Projektstruktur Einführung der Gemeinschaftsschulen



Quelle: Universitätsstadt Tübingen

Diese Projektstruktur wurde in Tübingen bereits am 10. Juli 2011 installiert. Es wurden die Lenkungsgruppe und die drei Projektgruppen

- „Weiterentwicklung Gemeinschaftsschule Französische Schule“,
- „Gemeinschaftsschule Innenstadt“ und
- „Weiterentwicklung ERKO“

gegründet.

Es folgten etliche, teils auch mit externer Moderation begleitete Workshops in den Schulen und Projektgruppen. Auch wurden einige Informationsveranstaltungen durch die Stadtverwaltung initiiert.

Die Lenkungsgruppe vergab Arbeitspakete an die Projektgruppen, diese wurden in einem bestimmten Zeitraum abgearbeitet.

In den Lenkungsgruppensitzungen wurden dann die Ergebnisse der Projektgruppen zusammengeführt, analysiert und bewertet. Aus diesen Erkenntnissen erstellte man dann wiederum neue Arbeitspakete, die zielgerichtet den Einführungsprozess begleiteten. Somit war sichergestellt, dass die Projektgruppen immer überblickbare Einzelpakete bekamen. Dadurch war es möglich, in einem solch komplexen Projekt die Übersicht zu behalten, Probleme frühzeitig erkennen zu können und diesen entgegenzusteuern.

Letztendlich wurde die Verwaltung vom Gemeinderat mit der Vorlage 32/2012¹² am 30.01.2012 beauftragt, beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg nachfolgend aufgeführte Anträge zu stellen:

1. An der Geschwister-Scholl-Schule wird der Schulversuch „Erweiterte Kooperation“ zum Schuljahr 2012/13 in eine vierzügige Gemeinschaftsschule zum Schuljahr 2012/2013 umgewandelt.
2. Die Grundschule Französische Schule wird zum Schuljahr 2012/2013 in eine zweizügige Gemeinschaftsschule von Klasse eins bis zehn umgewandelt.
3. Die Werkrealschule Innenstadt und die Albert-Schweitzer-Realschule werden in eine Gemeinschaftsschule umgewandelt. Die Schule beginnt zum Schuljahr 2012/2013 zweizügig am Standort Werkrealschule Innenstadt und wird zum Schuljahr 2013/2014 fünfzügig geführt.

¹² Beschlussvorlage 32/2012; vgl. Anl. 9.

8. Befragungen zur Prozessbewertung

Um Erkenntnisse über den Ablauf, die Stärken und die Schwächen des Prozesses zu erhalten und an die für meine Bachelorarbeit erforderlichen Daten zu gelangen, wählte ich die Methode der wissenschaftlichen Befragung. Die Wahl fiel auf diese Methode in Ermangelung anderer Quellen. Einen Teil meiner Befragungen führte ich bereits im März 2012 durch. Zu diesem Zeitpunkt meldeten die Eltern ihre Kinder an einer Gemeinschaftsschule an.

Der zweite Teil der Befragungen fand im Juli und August statt. Zum einen befragte ich einen Teil der Akteurinnen und Akteure persönlich mit Hilfe eines Interviews, zum anderen mit Hilfe eines elektronischen Fragebogens.

Mit dieser vielschichtigen Vorgehensweise erhielt ich viele unterschiedliche Daten, die mir halfen, den Prozess zu bewerten.

8.1. Methodische Vorgehensweise¹³

Befragungen sind eine häufig verwendete Möglichkeit zur Datenerhebung. Der Alltag eines Menschen und seine Kommunikation bestehen zu einem großen Teil aus Frage und Antwort. Der Fragende gibt einen verbalen Impuls, der Befragte reagiert darauf. Der Mensch ist gewillt, und vor allen Dingen auch in der Lage, Fragen zu beantworten. Diese grundsätzliche Bereitschaft des Menschen, sein Wissen und seine Erfahrungen zu teilen, macht man sich zunutze, um an Informationen zu gelangen.

¹³ Konrad, Mündliche und schriftliche Befragung, Kapitel 1.



Allerdings gestaltet sich das alltägliche Frage- und Antwortspiel derart unstrukturiert und unplanmäßig, dass es für eine wissenschaftliche Verwendung unbedingt in eine feste, standardisierte und strukturierte Form gegossen werden muss. Geschieht dies, ist das Instrument Befragung direkt, unmittelbar und somit als überaus ökonomisch anzusehen.

Wissenschaftliche Fragen unterscheiden sich von Alltagsfragen dahingehend, dass sie zielgerichtet vorbereitet und systematisch festgelegt werden. Um bei der Auswertung zu einem verwertbaren Ergebnis zu gelangen, müssen die Fragen in einer zuvor festgelegten Art und Weise dem und der Befragten präsentiert werden. Somit ist die Vergleichbarkeit der einzelnen Ergebnisse sichergestellt.

Doch allein die Systematik und Zielgerichtetheit sind nicht ausreichend, um sich mit der wissenschaftlichen Befragung von einer alltäglichen Befragung abzuheben. Ein weiteres Element muss mitbeachtet und ausgearbeitet werden: die theoriebegleitete Kontrolle. Dadurch wird sichergestellt, dass die Bedingungen, die an eine wissenschaftliche Arbeit gestellt werden, erfüllt sind.

Des Weiteren erhält man dadurch Erkenntnisse darüber, in welchem Maße die erhobenen Daten von den Rahmenbedingungen der Befragung beeinflusst wurden. Darüber hinaus ist aber zu beachten, dass die Kontrolle in der Gänze der sozialen Situation einer Befragung nicht möglich ist. Die Qualität einer Befragung hängt auch von vielen intrinsischen Faktoren ab, sei es Wohlbefinden, Stimmungslage oder Stress des oder der Befragten und des fragenden Parts einer Befragung.

8.2. Inhalt und Aufbau der Umfragen zur Schulanmeldung

Schon im März 2012 mussten sich die Eltern der potenziellen Schülerinnen und Schüler für oder gegen eine Anmeldung in einer Gemeinschaftsschule entscheiden.

Zu dieser Zeit gab es weder ein verabschiedetes Schulgesetz, noch lag eine Genehmigung für die Einrichtung einer Starterschule vor. Trotzdem wurden in Tübingen insgesamt 205 Kinder an den drei Gemeinschaftsschulen angemeldet.

Die Eltern vertrauten auf die Zusagen der Landesregierung, der Stadt und der Schulen, bis zum Schuljahresbeginn 2012/2013 alles Nötige auf den Weg zu bringen.

Mit 95 Anmeldungen führt die Geschwister-Scholl-Schule die Liste landesweit an. Einzig und allein eine weitere Schule in Konstanz wird wie die Geschwister-Scholl-Schule mit vier Klassen starten¹⁴.

Allein daran ist zu erkennen, dass die Zustimmung zur Gemeinschaftsschule an sich schon und das Vertrauen in die potenziellen Starterschulen zumindest in Tübingen sehr groß waren.

Bei den Schulanmeldungen im März befragte ich die Eltern der zukünftigen Schülerinnen und Schüler zu ihrer Meinung bezüglich der Gemeinschaftsschule allgemein und zu ihren konkreten Intentionen, ihr Kind dort anzumelden. Diese Befragung erfolgte mittels Fragebögen, die den Eltern bei der Anmeldung mit ausgegeben wurden.

¹⁴ Anmeldezahlen der Gemeinschaftsschulen, S. 3; vgl. Anl. 10.



Zunächst wurden die Eltern befragt, ob sie der Meinung seien, dass die Gemeinschaftsschule ihren Kindern mehr Entwicklungsmöglichkeiten bietet, ob für die Schulwahl die Nähe der Schule und / oder der Schulweg und ob das pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschule ausschlaggebend war.

Der zweite Block der Befragung galt der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit. Hierbei war herauszufinden, ob die Eltern sich über die Möglichkeiten und Vor- und Nachteile der Gemeinschaftsschule ausreichend informiert fühlten. Anschließend wurden die Quellen der Information erörtert.

Um herauszufinden, wie die ungefähre leistungsmäßige Mischung der Kinder in den neuen Gemeinschaftsschulen sein wird, wurden die Eltern gebeten, anzugeben, welchen Schulabschluss sie als realistisch für ihr Kind betrachten.

Durch die Befragung bei der Anmeldung zur Gemeinschaftsschule soll herausgefunden werden, aus welchen Beweggründen heraus die Eltern für ihre Kinder die Gemeinschaftsschule gewählt haben. Des Weiteren sind eventuelle Mängel in der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit aufdeckbar. Damit soll die Hypothese unterstrichen werden, dass Prozesse dieser Größe und dieses Ausmaßes ein hohes Risiko für eine reibungslose Kommunikation bergen.

Zudem kann man aufgrund der Befragung eventuell Rückschlüsse auf die Anteile der Kinder mit Grundschulempfehlung für die Hauptschule, für die Realschule und für das Gymnasium ziehen. Diese Erkenntnisse sind hilfreich, um die Zukunftsfähigkeit einer Gemeinschaftsschule beurteilen zu können. Stimmt die Mischung der Kinder nicht, werden etwa zu wenig gymnasial empfohlene Kinder angemeldet, kann dies zur „Abwanderung“ der leistungsstarken Kinder führen.



Eltern gymnasial empfohlener Kinder werden, falls sie Zweifel an der einwandfreien Durchmischung mit Kindern aller Leistungsstufen haben, sich vermutlich lieber einem allgemeinen Gymnasium zuwenden und ihre Kinder dort anmelden.

Durch solche Effekte verliert die Schule ihre Zukunftsfähigkeit, da eine solide Gemeinschaftsschule von der guten Durchmischung mit Kindern aller Leistungsstufen lebt, denn nur so kann der schon im Gesetz verankerten Forderung nach gemeinsamen Lernen entsprochen werden.

8.3. Inhalt und Aufbau der Befragungen der einzelnen Akteurinnen und Akteure

Im Juli und August 2012 befragte ich folgende am Einführungsprozess beteiligte Personengruppen beziehungsweise Personen:

- Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung,
- die Gemeinderäte,
- die Schulleitungen der Französische Schule und der Geschwister-Scholl-Schule.

8.3.1. Fragen zu den zeitlichen Aspekten

Zunächst beschäftigte ich mich mit den zeitlichen Aspekten der Einführung. Dabei stellte ich die Hypothese auf, dass aufgrund der späten politischen Weichenstellung bei weitem nicht genügend Zeit zur Verfügung stand, die Gemeinschaftsschule mit all ihren Facetten und unterschiedlichen Formen auf den Weg zu bringen.

Erst im Mai dieses Jahres konnte das geänderte Schulgesetz letztendlich auf den Weg gebracht werden. So verstrich viel Zeit, die Einführung der Gemeinschaftsschule bis in das kleinste Detail zu planen. Die Starterschulen mussten teilweise mit unklaren und mit häufig abgeänderten Vorgaben versuchen, das Schuljahr 2012/2013 auf die Beine zu stellen. Die Anmeldung zur Gemeinschaftsschule fand bereits im März statt, lange bevor sich die Gemeinschaftsschule gesetzlich in trockenen Tüchern befand.

Sicher, man kann dagegen halten, dass bei Projekten dieses Ausmaßes der zeitliche Faktor immer eine große Rolle spielt, jedoch ist bei einer Einführung einer neuen Schulform innerhalb eines knappen Jahres die zeitliche Komponente eines der größten Unsicherheitsfaktoren überhaupt. Die Besonderheit dieses Projektes ist, dass das gesetzte Startdatum, also der Beginn des Schuljahres 2012/2013, fest vorgegeben und nicht verschiebbar war. Man verfügte hierbei nicht um einen Puffer, der es erlaubt hätte, den Starttermin zu verschieben, wie es oftmals bei großen Bauprojekten getan wird.

Zunächst fragte ich die Akteurinnen und Akteure, seit wann sie sich mit dem Thema Gemeinschaftsschule beschäftigen. Die Antworten auf diese Frage lassen Rückschlüsse zu, wie gut oder weniger gut thematisch vorbereitet die Befragten in den Einführungsprozess starteten. Thematisch weniger gut Vorbereitete benötigen mutmaßlich auch mehr Zeit, sich in den Prozess einzufinden und diesen zielgerichtet und thematisch vollständig umzusetzen, so meine Hypothese.

Auch eine latente Abwehrhaltung, hervorgerufen durch die mangelnde Vorbereitung, wäre denkbar. Von den Antworten ist auch abzuleiten, ob sich die befragte Person schon vor der neu eröffneten Möglichkeit, eine neue Schulform zu etablieren, mit dem Thema auseinandergesetzt hatte. Also ob es zu einer vorangegangenen Überzeugungsphase gekommen war, die wiederum Zeit gekostet hat oder nicht.



Dadurch können Hemmnisse des Prozessablaufs erkannt werden, die von fehlender Vorbereitung herrühren könnten.

Die nächste Frage beschäftigte sich damit, ob auf dem Weg zur Starterschule genügend Zeit zur Verfügung stand.

Da ich, aufbauend auf meiner Hypothese, davon ausgegangen bin, dass grundsätzlich nicht genug Zeit zur Verfügung stand, fragte ich anschließend, an welchen Stellen die Protagonistinnen und Protagonisten sich mehr Zeit gewünscht hätten.

Ziel dieser Fragen war es, zu erkennen, an welchen neuralgischen Punkten im Einführungsprozess es zu zeitlichen Behinderungen kam, wo man im Vorfeld mehr Zeit zur Verfügung hätte stellen müssen und ob und wann es genau zu zeitlich bedingten Reibungsverlusten kam.

Aus den gegebenen Antworten ist abzuleiten, wo in zukünftigen ähnlichen Prozessen mehr Zeit einzuplanen ist, beziehungsweise welche Themen und Problemfelder besser vorbereitet werden müssen, um einen Prozess gleicher Art und Güte besser auf den Weg zu bringen. Mit den Fragen „Wie und von wem wurden Termine geplant, beziehungsweise ausgemacht?“, „Wurden vereinbarte Termine immer eingehalten?“ und „Kam es oftmals zu Terminverschiebungen?“ versuchte ich herauszufinden, ob meine Hypothese stimmt, dass sich in solch komplexen und von vielen Akteurinnen und Akteuren beeinflussten Prozessen die Einhaltung von Terminen problematisch gestaltet.

Falls die Befragung zu einem anderen Ergebnis führt, ist es interessant herauszufinden, warum die Termine gut eingehalten wurden, wer für die Einhaltung verantwortlich zeichnete und wie man solche Erkenntnisse für zukünftige Projekte nutzen kann. Um die Beleuchtung der „Terminkultur“ abzurunden recherchierte ich abschließend in diesem Bereich. Unter dem Begriff „Terminkultur“ sind Absprachen, Verschiebungen, Absagen und der Grad der Einhaltung von Terminen zu verstehen.



Damit versuchte ich herauszufinden, ob es an anderen Stellen in der „Terminkultur“ Probleme gab, oder ob diese erwartungsgemäß für ein solch komplexes Projekt von statten ging.

Anschließend ergründete ich die zusätzliche zeitliche Belastung der einzelnen am Prozess beteiligten Akteurinnen und Akteure. Die Antworten auf diese Fragestellung sollten meine Hypothese untermauern, dass in dem Prozess die zusätzliche zeitliche Belastung nicht gleichmäßig aufgeteilt war, sondern dass einzelne Personen oder Institutionen übermäßig belastet und dafür andere, die zusätzliche Aufgaben hätten übernehmen können, nur mäßig oder nicht belastet waren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Befragung sollten ihre eigene zusätzliche zeitliche Belastung und die der anderen Beteiligten einschätzen. Insgesamt handelte es sich bei den Frageitems um:

- | | |
|--|--|
| ➤ die befragte Person selbst | ➤ die Lehrkräfte |
| ➤ die Starterschulen als Gesamtgebilde | ➤ die Elternvertreterinnen und Elternvertreter |
| ➤ das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport | ➤ die Projektgruppen der jeweiligen Schulen |
| ➤ die Stadtverwaltung | ➤ die Schulsekretariate |
| ➤ das Schulamt | ➤ die Lenkungsgruppe |

Die Antwortmöglichkeiten waren neben der freien Antwort folgende:

keine wenig angemessen hoch zu hoch

An diese Einschätzung schloss ich die Frage an, was aus rein zeitlichen Gründen noch nicht umgesetzt werden konnte.

Ich ging hypothetisch davon aus, dass einige Themen, Unterthemen und Einzelprojekte aus Zeitmangel noch nicht vollständig zum Abschluss gebracht werden konnten.



Die so gewonnenen Erkenntnisse bestimmen die weitere Planung und Vorgehensweise des Prozesses. Sie geben die zukünftige Richtung vor und lassen Schwachpunkte in der Zeitplanung erkennen, die als Verbesserungsvorschläge in bevorstehende Projektplanungen mit einfließen können.

Stellt sich heraus, dass für das Gelingen des Prozesses elementar wichtige Stationen nicht vollständig bearbeitet wurden, lässt dies auch auf eine fehlerhafte Projektplanung und falsche Priorisierung im Vorfeld rückschließen.

Um das Themengebiet „Zeitliche Aspekte“ abzurunden und letztendlich zu beenden, fügte ich als Abschluss die offene Frage nach Lob, Kritik, Kommentaren und Anregungen für zukünftige ähnliche Prozesse ein.

Damit wird sichergestellt, dass auch prozessbedeutende Probleme bezüglich der zeitlichen Aspekte, die bei der Planung der Befragung nicht mit einbezogen wurden, trotzdem angesprochen und behandelt werden können.

8.3.2. Fragen zum Einführungsprozess

Die zweite Fragengruppe beleuchtete den Einführungsprozess an sich. Hier wurden Erkenntnisse gewonnen, wer oder was den Prozess unterstützte, fahrlässig behinderte oder sogar aktiv torpedierte. Auch das Engagement der einzelnen Protagonistinnen und Protagonisten ist mit Hilfe dieser Fragengruppe erörtert worden.

Im Hintergrund dieser Fragen steht die Hypothese, die davon ausgeht, dass ein solcher Prozess an vielen Stellen stockt und sich auch unter Umständen rückwärts bewegen kann. Auch die verschieden ausgeprägte Mithilfe einzelner Akteurinnen und Akteure lässt Rückschlüsse auf den Ablauf schließen.



Zudem ist davon auszugehen, dass der Prozess aus taktischen, politischen oder anderen Überzeugungsgründen aktiv gehemmt wurde. Diese Hypothese wird mit Hilfe dieser Fragengruppe erörtert. Zudem stellte ich die Hypothese auf, dass die Erwartungen an den Einführungsprozess nicht erfüllt wurden.

Zunächst wurden die Befragten gebeten, den Einführungsprozess insgesamt einzuschätzen. Es wurde gefragt, was gut gelaufen ist und was hätte besser gemacht werden können.

Aus den Antworten lassen sich Tendenzen erkennen, wo während des Weges zur Starterschule die Probleme lagen, beziehungsweise was positiv herauszustellen ist.

Danach sollten die Befragungsteilnehmerinnen und – teilnehmer den Erfüllungsgrad ihrer, an den Prozess gestellten Erwartungen kundtun. Da jeder mit bestimmten, und im Einführungsprozess der Gemeinschaftsschulen beobachtbaren, sehr hohen Erwartungen an die Arbeit ging, ist davon auszugehen, dass bei weitem nicht jede der Erwartungen erfüllt werden konnte.

Die folgenden zwei Fragen halfen, den Fortgang des Prozesses zu ergründen. Gründe, Auslöser von und Lösungsansätze gegen Stockungen und Rückwärtsbewegungen des Ablaufs wurden erfragt.

Der nächste Fragenblock zielte auf die Unterstützung, das Engagement und die Mithilfe im Einführungsprozess durch die beteiligten Personen, Institutionen und Gruppen.



Konkret handelte es sich um folgende Akteurinnen und Akteure:

- Betroffene Eltern
- Stadtverwaltung
- Lenkungsgruppe
- Projektgruppen
- Starterschulen
- Schulamt
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Die Antwortmöglichkeiten waren neben der freien Antwort folgende:

Keine Weniger Erwartungsgemäß Engagiert Sehr engagiert

Durch die so erhaltene Einschätzung ist es möglich, die engagierten sowie die weniger mithelfenden Gruppen zu identifizieren.

Die Ergebnisse sagen auch etwas darüber aus, ob sich einzelne Akteurinnen und Akteure untereinander halfen oder ob eher alle nur den eigenen Bereich bearbeiteten.

Mit den Fragen „Wurde der Einführungsprozess behindert, wenn ja durch wen oder was?“ und „Wurde der Prozess eventuell aktiv behindert, wenn ja durch wen oder was?“ versuchte ich herauszufinden, ob meine Hypothese zutrifft, dass der Einführungsprozess aus taktischen, politischen oder anderen Überzeugungsgründen aktiv gehemmt wurde. Den Abschluss dieser Fragengruppe bildete die Frage nach Lob, Kritik und Anregungen zum Einführungsprozess.

Diese so gewonnenen Erkenntnisse können in zukünftigen Prozessen vergleichbarer Art von Anfang an herangezogen werden, um schon im Vorfeld Hindernisse aus dem Weg zu räumen oder, im Idealfall, gleich zu umgehen.

8.3.3. Fragen zum Projektplan

Die dritte Fragengruppe meiner Befragung beschäftigte sich mit dem Projektplan. Die Universitätsstadt Tübingen betreibt, wie schon eingangs beschrieben, eine Projektkultur. Deshalb wurde der Einführungsprozess der Gemeinschaftsschulen auch mit Hilfe eines Projektplanes umgesetzt. Zunächst wollte ich von den Befragten wissen, ob es überhaupt einen Projektplan ihrer Ansicht nach gab. Bei einer negativen Antwort fragte ich, wie das Projekt sonst geplant, beziehungsweise geführt wurde. Daran angeschlossen beleuchtete die nächste Frage die Kenntnis und den Grad der Eingebundenheit in den Projektplan.

Die nächste Frage half, die von der Durchführung des Projektes erfüllten Erwartungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu beleuchten.

An diesen Ergebnissen kann man sehr gut auch eine eventuell auftretende Frustration ableiten. Zum Abschluss befragte ich die Protagonistinnen und Protagonisten, ob sie sich jederzeit im Klaren waren, an welcher Stelle sich das Projekt planmäßig befunden hatte.

Abgerundet wurde der Fragenblock noch durch die obligatorische Schlussfrage nach sonstigen Anmerkungen oder Hinweisen. Dieser dritte Fragenblock sollte die Durchwirkung und Wirksamkeit der Projektkultur in der Verwaltung der Universitätsstadt Tübingen aufzeigen. Zu beachten ist, dass in diesem Projekt viele externe Beteiligte mitgearbeitet haben.

Ich gehe in meiner Hypothese davon aus, dass dieser Projektplan nicht oder nur in Teilen umzusetzen war, da diese Strukturen außerhalb der Stadtverwaltung nur unzureichend bekannt sind und diese auch nicht ausreichend publiziert wurden.



8.3.4. Fragen zur Kommunikation

Da in einem solch langen Prozess die Kommunikation immens wichtig ist, beleuchtete ich diese mit Hilfe meiner vierten Fragengruppe. Dadurch soll die Hypothese gestützt werden, der zufolge Prozesse dieser Größe und diesen Ausmaßes ein Risiko für eine reibungslose Kommunikation bergen. Zunächst sollten die Befragten die Kommunikation zwischen den Beteiligten insgesamt beurteilen und angeben, was besonders hervorzuheben war - positiv wie negativ. Daran angeschlossen gingen die folgenden Fragen deutlich mehr in die Tiefe. Die Kommunikation mit den einzelnen Beteiligten im Prozess wurde erörtert. Dazu gab ich wiederum mehrere Antwortmöglichkeiten.

Diese waren neben der freien Antwort, folgende:

Keine Schlecht Normal Gut Sehr gut

Die Befragten sollten ihre Einschätzung zu folgenden handelnden Personen abgeben:

- Betroffene Eltern
- Stadtverwaltung
- Lenkungsgruppe
- Projektgruppen
- Starterschulen
- Schulamt
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Weitere Anmerkungen bezüglich der Kommunikation wurden durch die Schlussfrage „Haben Sie Lob, Kritik oder Anregungen bezüglich der Kommunikation für zukünftig ähnliche Prozesse?“ abgefragt. Somit können aus den gegebenen Antworten Schwachstellen und Reibungspunkte in der Kommunikation ausgemacht werden.

Dadurch ist man in der Lage, diese Probleme anzugehen, zu bearbeiten und für nächste Prozesse abzustellen.



8.3.5. Allgemeines, Zukunft, Biographisches

Als Abrundung und zum Auffangen von noch nicht gestellten Fragen, fügte ich die Rubrik „Allgemeines“ ein. Hier werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach sonstigen zu bewältigenden Problemen gefragt. Spätestens hier kann alles, was bisher noch nicht angesprochen wurde, gesagt werden.

Der vor den biographischen Fragen letzte Fragenblock beschäftigte sich mit zukünftigen Projekten. Dabei ging es darum, was in Zukunft auf jeden Fall geändert oder beibehalten werden sollte. Hierbei erhoffte ich Vorschläge, Ideen und Einfälle für zukünftige Projekte zu erhalten. Diese sollen dann helfen, ähnliche Projekte besser, schneller und reibungsloser durchzuführen. Zu guter Letzt schloss ich die Befragung mit einem biographischen Teil ab.

Hier hielt ich statistische Daten fest: Das Geschlecht und das Alter, bei den Schulleiterinnen und Schulleitern zudem die Anzahl der Erfahrungsjahre als Lehrer und die Anzahl der Erfahrungsjahre als Schulleiterin und Schulleiter.

8.4. Ergebnisse der Befragungen

Die erhaltenen Antworten wurden einzeln nach den Gruppen der Befragten zusammengestellt. Hierbei wurde auf die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zugesicherte Anonymität geachtet.

Anhand der Zusammenstellungen sind die Nuancen der Antworten der einzelnen Befragten zu erkennen. Darüber hinaus sind Themenfelder erkennbar, die für die Meisten als ähnlich problematisch eingestuft wurden.



8.4.1. Ergebnisse der Elternbefragung

Bei den Schulanmeldungen im März 2012 befragte ich die Eltern zu Ihren Beweggründen, ihre Kinder an einer Gemeinschaftsschule anzumelden.

An der Französischen Schule wurden insgesamt 47 Kinder für die Gemeinschaftsschule angemeldet. Hier erhielt ich 29 Fragebögen zurück. Daraus ergibt sich eine Rückläuferquote von 61,70 %.

Die Rückläuferquote an der Gemeinschaftsschule Innenstadt betrug 50,79 %, dort wurden 63 Kinder angemeldet, von 32 Eltern erhielt ich den Fragebogen zurück.

Mit 77,89 % die höchste Rückläuferquote, mit insgesamt 74 abgegebenen Umfragen von 95 angemeldeten Kindern ergab sich an der Geschwister-Scholl-Schule. Somit erhielt ich zusammengekommen eine Rückläuferquote von 65,85 %.

Fast alle Eltern (97,25 %) gaben an, dass das pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschule und die dort gebotenen Entwicklungsmöglichkeiten den Ausschlag für die Wahl der Schule gaben.

Dieses Ergebnis ist schon alleine deshalb nicht verwunderlich, da die Eltern die Wahl zwischen anderen Schularten und der Gemeinschaftsschule hatten, sie sich aber für diese Schulform entschieden. Somit sind diese Ergebnisse zu erwarten gewesen und für eine Interpretation bezüglich der Bewertung des Einführungsprozesses nicht zu verwenden.

Ungefähr zwei Drittel der Eltern (61,50 %) gaben an, dass der Schulweg beziehungsweise die Nähe der Schule zum Wohnort nicht ausschlaggebend für die Wahl der Schule waren. Somit kann davon ausgegangen werden, dass nur ein kleiner Teil die Schule rein nach der Entfernung ausgewählt hatte, dies also nicht der ausschlaggebende Faktor zu sein scheint.

Auch scheinen die Eltern über die Möglichkeiten der Gemeinschaftsschule gut informiert, über 90,00 % gaben dies an. Die Quellen der Information waren für 82,20 % der Eltern die Schulen selbst. Weitere Quellen waren die Medien wie Internet und Zeitungen, es wurden jedoch auch zu einem großen Prozentsatz Auskünfte von anderen Eltern oder Bekannten eingeholt. Ferner wurden die Informationsabende der Schulen als Informationsquelle genutzt.

Die Eltern konnten am Ende des Fragebogens frei Anregungen und Hinweise zu der Gemeinschaftsschule äußern. Davon wurde auch 19-mal, beziehungsweise von 14,10 % der Befragten Gebrauch gemacht. Die meisten Anmerkungen bezogen sich nicht auf inhaltliche Themen der Gemeinschaftsschule an

Aber auch Hinweise zu der Kommunikation und zur Öffentlichkeitsarbeit im Einführungsprozess waren zu finden. So wurde angemerkt, dass die Rückkopplung zu den Eltern noch ausgebaut werden sollte.

Ein weiterer Hinweis, die Pressearbeit sei zu verbessern, da die Öffentlichkeit noch zu kritisch sei, deckt sich mit Meinungen von Teilen der Schulleitungen.

Hervorgerufen von der Komplexität des Themenfeldes seien teilweise falsche oder nicht vollständige Angaben veröffentlicht worden.

8.4.2. Ergebnisse der Befragung von Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung

Als Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung der Universitätsstadt Tübingen konnte ich den Ersten Bürgermeister und die Leiterin der Fachabteilung „Schule und Sport“ als Gesprächspartnerin und -partner gewinnen. Diese Ergebnisse werden zusammengefasst im Folgenden erläutert.

Thematisch beschäftigen sich beide seit März beziehungsweise April 2011 mit dem Thema Gemeinschaftsschule, also etwa seit dem Wechsel der Landesregierung in Baden-Württemberg.

Zunächst wurden die zeitlichen Aspekte beleuchtet. Hierzu bestätigten beide, dass auf dem Weg hin zur Starterschule genügend Zeit zur Verfügung stand. Dies zeige sich alleine schon daran, dass im Schuljahr 2012/2013 die Schulen als Gemeinschaftsschule beginnen könnten.

Allerdings wäre es wünschenswert gewesen, dass die Rahmenbedingungen, vor allem in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen für die Kommune, früher klar gewesen wären. Die konzeptionelle Entwicklung war zeitlich auch sehr knapp bemessen, hier hätte man sich mehr Spielraum gewünscht.

Die Terminkultur bezeichneten beide als gut, Termine seien nicht abgesagt worden, teilweise kam es vereinzelt zu Verschiebungen, die Genehmigungen der Starterschulen wurden sehr spät den Schulen und den Kommunen übergeben.

Die Einschätzungen der zusätzlichen zeitlichen Belastung der einzelnen, am Prozess Beteiligten, deckten sich in weiten Teilen bei den beiden Befragten. Diese Belastung wurde durchgängig als hoch bis sehr hoch eingeschätzt.

Aus reinem Zeitmangel wurden folgende Themen und Aufgaben noch nicht abschließend bearbeitet: An den Schulen ist im Kollegium noch weitere Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Rahmenbedingungen für die gebundene Ganztagschule sind noch nicht ausformuliert und die gesetzlichen Regelungen für die geforderte Inklusion fehlen bis auf weiteres. Bei dem Thema Inklusion geht die Stadt in Vorleistung, in dem sie sozialpädagogische Fachkräfte bereitstellen will.

Der zweite Themenkomplex beschäftigte sich mit dem Einführungsprozess. Beide Befragten beurteilten diesen als insgesamt gut. Hervorzuheben sei es, dass das Prozessziel klar formuliert wurde und dass die Begrifflichkeiten schnell klar waren. Auch wurde die Projektgruppenarbeit als sehr gut beschrieben. Positiv sei bezüglich der Lenkungsgruppe herauszustellen, dass dort die Entscheiderinnen und Entscheider, wie der Erste Bürgermeister, Teile des Gemeinderats und die Schulleitungen eingebunden waren, so dass sich die Entscheidungswege kurz gestalteten. Die Elterninformation hätte besser umgesetzt werden können.

Des Weiteren wäre eine regionale Schulplanung wünschenswert gewesen, so dass die Auswirkungen von eingerichteten Starterschulen auf andere Kommunen erkannt worden wären. Ansonsten wurden die an den Prozess gestellten Erwartungen erfüllt.

Die Frage nach Stockungen des Prozesses wurde einmal bejaht und einmal verneint. Als Grund der Stockung wurde einerseits die gesetzlich bedingte Problematik, dass Grundschulen und Verbundschulen als Gemeinschaftsschulen zunächst nicht vorgesehen waren, angegeben.

Dieses Problem klärte sich im Laufe des Prozesses durch eine Anpassung der Gesetzesvorlage. Andererseits führte die Klärung der Grundsatzfrage, ob die beiden Schulen in der Innenstadt überhaupt eine Gemeinschaftsschule werden wollen, zu einer zweiten Stockung.

Nachdem die Kooperation der Schulen geklärt war und sich beide für eine Zusammenarbeit ausgesprochen hatten, konnte der Prozess fortgesetzt werden.

Außer den genannten Hindernissen gab es keine weiteren Stockungen oder Rückwärtsbewegungen im Prozess.

Auf die Frage nach der Mithilfe, Unterstützung und Engagement der einzelnen handelnden Personen im Prozess, teilten beide Befragte mit, dass alle Protagonistinnen und Protagonisten engagiert bis sehr engagiert mitgeholfen haben, die Einführung der Gemeinschaftsschule voranzutreiben.

Einer der beiden Befragten war der Meinung, dass der Prozessablauf eine Behinderung erfahren hatte. Im Laufe des Verfahrens musste auch die Frage des Gleichgewichts bezüglich der finanziellen Ressourcen im Vergleich mit den anderen Tübinger Schulen geklärt und dargestellt werden. Dieser Problematik begegnete man mit der Inaussichtstellung von Maßnahmen an den Nicht-Starterschulen und mit Aufklärungsarbeit, die die Wichtigkeit der Gemeinschaftsschulen als Weiterentwicklung des Schulsystems herausstellte.

Der nächste Fragenblock richtete seinen Fokus auf den Projektplan. Es war schon im Vorhinein davon auszugehen, dass die Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung Kenntnis von dem maßgeblichen Plan hatten. Dies bestätigen auch die Ergebnisse der Befragung.

So waren beide Befragten auch der Meinung, dass der Plan eingehalten wurde, ihre Erwartungen an den Plan erfüllt wurden und dass jeder / jede Beteiligte sich jederzeit darüber im Klaren war, wo sich das Projekt planmäßig befunden hatte.

Der vierte Fragenkomplex beschäftigte sich mit der Kommunikation mit den beteiligten Personen. Diese wurde von beiden, alles in allem, als gut bis sehr gut eingeschätzt.

Einzig war zeitweise die Kommunikation mit dem Schulamt gehemmt, da das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sich erbeten hatte, alle Anfragen selbst zu beantworten. Dadurch wurde das Schulamt umgangen und wurde somit in den Informationsfluss nicht mit eingebunden.

Diese Hemmung wurde im Laufe des Prozesses aber wieder beseitigt, da erkannt wurde, dass das Schulamt ein wichtiger Protagonist im Einführungsprozess ist und auf den nicht verzichtet werden kann.

Die Wünsche für zukünftige Projekte waren vielfältig. Die Hektik sollte aus solch umfassenden Projekten herausgenommen werden, sprich, man sollte nicht zu viele verschiedene Dinge in sich überschneidenden Bereichen auf einmal regeln. Als Beispiel wurden die Einführung der Gemeinschaftsschulen und die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung angeführt. Zwei solch komplexe Vorhaben gleichzeitig abzuwickeln führt zu einer hohen, oftmals zu hohen Belastung. Weiterhin sollte man die Öffentlichkeit, die Opposition und die Eltern besser mit auf den Weg nehmen. Es sei wichtig, alle Beteiligten zu überzeugen, so die Meinung der Befragten.

Um eine Einführung wie die der Gemeinschaftsschulen besser bewerkstelligen zu können, wäre es wünschenswert, zusätzliches Personal, das sich beispielsweise um die Betreuung des Prozesses als Ganzes kümmert, zur Verfügung zu haben.

Die Projektstruktur sei gut, auch sei die externe, thematisch versierte Moderation sehr gut gewesen, beide sollten auch für folgende Prozesse beibehalten werden. Für das Schuljahr 2013/2014 sind folgende Punkte nach Meinung der Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung noch zu beachten: Die Inhalte und Lehrpläne müssen aufgestellt und ausgefüllt werden, zudem sollten die noch offenen Betreuungsfragen beantwortet und die Schülerinnen und Schülermischung beachtet werden. Nach einiger Zeit sollten die Anmeldezahlen überprüft und die Qualität der Gemeinschaftsschule evaluiert werden. Auch die Schulbezirke in der Südstadt sind neu zu regeln, da eine Grundschule als Gemeinschaftsschule zu Veränderungen bei den Schülerströmen führen kann.



Das System ist abschließend als Ganzes zu überprüfen, insbesondere muss die Inklusion und die Implementierung der Jugend- und Heilerzieherinnen und Heilerzieher beachtet werden. Zu guter Letzt sind Gedanken anzustellen, wie sich die Einführung der Gemeinschaftsschule in der Universitätsstadt Tübingen auf andere, benachbarte Kommunen auswirkt.

Ein letzter und großer Wunsch, dass die Prozesse aus der Sicht der Kinder gesehen werden müssen, wurde abschließend geäußert. Dies fehle dem aktuellen Prozess gänzlich.

8.4.3. Ergebnisse der Befragung der Schulleitungen

Am 30. Juli 2012 befragte ich in einem persönlichen Gespräch die Schulleiterinnen und den Schulleiter der Geschwister-Scholl-Schule und der Französischen Schule in Tübingen. Von den anderen Schulen lag bis zum Erstellungstermin meiner Bachelorarbeit leider keine Stellungnahme vor.

Alle Schulleiterinnen und Schulleiter beschäftigen sich mit dem Thema des längeren gemeinsamen Lernens schon seit geraumer Zeit, die Spanne reichte von „seit 40 Jahren“ bis hin zu „seit Beginn der ERKO, also seit 4-5 Jahren“.

Einstimmig war die Meinung, dass für die Einführung der Gemeinschaftsschule nicht genügend Zeit zur Verfügung stand. Man wünschte sich vor allem bei dem Thema Inklusion mehr Zeit, eine Schule beantragte sogar, dieses Themenfeld ein Jahr zu verschieben.

Dies wurde abgelehnt, mit Hinblick auf die gesetzliche Regelung¹⁵, dass eine Gemeinschaftsschule die Inklusion zu berücksichtigen hat.

Auch seien oftmals Entscheidungen sehr spät getroffen worden, so dass sich die inhaltliche Arbeit verzögert hatte. Hier hätte man sich bessere Vorarbeit beziehungsweise auch wieder mehr Zeit gewünscht.

Der zweite Themenblock beschäftigte sich mit der Terminkultur. Die Planung der Termine kam meist von außen, von der Stadtverwaltung oder auch vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport.

Diese Vorgaben wurden auch zum größten Teil eingehalten, von mehrfachen Verschiebungen oder Absagen konnte nicht berichtet werden. Die Terminkultur insgesamt wurde als normal für ein solch komplexes Projekt bezeichnet.

Die nächsten Fragen beleuchteten die Einschätzung der zusätzlichen zeitlichen Belastung einzelner Beteiligter. Die Belastung der Schulen als Gesamtgebilde betrachtet, schätzten alle als sehr hoch bis zu hoch ein. Auch die eigene zusätzliche zeitliche Belastung der Befragten wurde als sehr hoch, beziehungsweise zu hoch, eingeschätzt. Durch viele Workshops und Samstagstermine wurden die Schulleiterinnen und Schulleiter sehr stark zeitlich eingebunden.

Doch wurde auch die Meinung geteilt, dass die Belastungen zwar hoch aber dennoch notwendig waren, um das Projekt auf die Beine stellen zu können. Von allen Befragten wurde die Belastung der beteiligten Lehrkräfte ähnlich eingeschätzt, meist als angemessen, nur bei wenigen Ausnahmen etwas höher. Ganz anders fiel die Einschätzung der zusätzlichen zeitlichen Belastung der Schulsekretariate aus. Deren Belastung wurde mit „sehr hoch“ und „erheblichem Mehrbedarf“ beschrieben.

¹⁵ § 8a Abs. 1 Satz 3 SchG.

Es gab in der Einführungsphase viele Anfragen und einen hohen Informationsbedarf von Eltern und Interessierten. Auch seien Besuchergruppen zu betreuen und die Menge an zu erstellenden Informationsmaterial sei enorm gewesen. Einhellig war man der Meinung, dass die Schulsekretariate zu stark, und dazu noch ohne einen Ausgleich, belastet wurden.

Unterschiedlich wurde die Belastung der beteiligten Elternvertretung bewertet. Die zusätzliche Belastung der Elternvertretung an der Geschwister-Scholl-Schule wurde als nicht vorhanden oder sehr wenig eingeschätzt. Im Gegensatz dazu beteiligten sich die Elternvertretung an der Französische Schule sehr stark an dem Einführungsprozess.

Dies mag sicher daran liegen, dass an der Geschwister-Scholl-Schule viele der Fragen durch die Erfahrung von ERKO bereits geklärt waren, an der Französische Schule aber der komplette Einführungsprozess von vorne begonnen werden musste. Die zusätzliche zeitliche Belastung der Lenkungsgruppe und der Projektgruppen wurde zwischen angemessen und hoch eingeschätzt. Diese differenten Einschätzungen rühren wiederum von den unterschiedlichen Strukturen der einzelnen Schulen her. Die Schule, die bereits durch ERKO Erfahrung hatte, benötigte weniger Aufwand, um die übertragenen Arbeitspakete bewältigen zu können. Auch die zusätzliche zeitliche Belastung der anderen Starterschulen wurde als gewaltig, eher höher und sehr hoch beschrieben. „Keine Abschätzung möglich“ wurde nur einmal geantwortet. Da die Stadtverwaltung bei allen Auftaktsveranstaltungen, Tagungen und Workshops beteiligt war, wurde deren Belastung als ganz besonders hoch eingeschätzt. Das Zitat „(...) es ist nicht normal, dass sich eine Stadt so intensiv mit ihren Schulen auseinandersetzt (...)“, beschreibt sehr gut, wie die Einschätzungen der Befragten ausfielen. Zurückhaltender waren die Bewertungen der zusätzlichen zeitlichen Belastungen des Schulamtes. Man sah das Schulamt lediglich als mitbeteiligt oder konnte keine Abschätzung tätigen.

Dagegen wurde das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, und hier vor allen Dingen die für die Einführung der Gemeinschaftsschule eingerichtete Stabsstelle, als sehr hoch, teilweise zu hoch belastet eingeschätzt.

Als aus reinen Zeitgründen noch nicht umgesetzt betrachtete man die Fragen der Inklusion, die vollständige Umsetzung der Forderung als Ganztageschule zu starten und die räumliche und personelle Ausstattung.

Den Einführungsprozess beschrieben die Befragten als relativ normal, jedoch wurden bereits bekannte Punkte, wie durch den Zeitdruck herrührende Probleme und die fehlenden inhaltlichen Details, verursacht durch die erst spät verabschiedete Gesetzesänderung, bemängelt.

Die an den Einführungsprozess gestellten Erwartungen der Schulleiterinnen und Schulleiter wurden nur teilweise erfüllt. Hier wurden wieder die fehlende Zeit und die ungenügende Personalplanung als Gründe angegeben. Stockungen und Rückwärtsbewegungen wurden zum Teil erkannt. Hervorgerufen wurden diese von schulinternen Abstimmungsprozessen, von der Entwicklung der Gesetzesänderung und von den bekannten Problemen bezüglich der Personalplanung.

Die nächsten Fragen beschäftigten sich mit der Mithilfe, der Unterstützung und mit dem Engagement der einzelnen handelnden Personen im Einführungsprozess. Das Engagement der betroffenen Eltern wurde meist als relativ hoch eingeschätzt. Hingegen wurde die Arbeit der Stadtverwaltung als engagiert bis sehr engagiert eingeschätzt. Die Projektgruppen und die Lenkungsgruppe arbeiteten nach Einschätzung der Befragten zwischen erwartungsgemäß und sehr engagiert. Jedoch ließ sich die Mithilfe der anderen Starterschulen als gegen Null gehend beziffern.

Die Einschätzung des Engagements des Schulamtes schwankte von „keines vorhanden“, über „spät, dann erwartungsgemäß“ bis hin zu „sehr engagiert“. Ähnlich unterschiedliche Bewertungen wurden für das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport abgegeben.

Behinderungen des Einführungsprozesses wurden nur dahingehend beschrieben, dass sich eine Schule intern zunächst im Klaren werden musste, ob sie den Schritt hin zur Gemeinschaftsschule gehen wollte oder nicht.

Bei der Befragung stellte sich heraus, dass der von der Stadt aufgestellte Projektplan teilweise eine nur untergeordnete Rolle in den Schulen spielte. Man kannte den Plan, wusste wo man sich selbst einzuordnen hatte, erschien zu den ausgemachten Terminen und war letztendlich mit der Umsetzung des Planes durchaus zufrieden.

Die Kommunikation im Prozess wurde von den Schulleiterinnen und Schulleitern als normal, in heiklen, schwierigen Phasen, insbesondere mit der Spitze der Stadtverwaltung, auch als sehr gut und intensiv beschrieben. Einzig war teilweise die Kommunikation mit der Presse unzureichend. Hier lag der Grund sicher auch mit an der Komplexität des Themas. Die betroffenen Eltern kommunizierten gut bis sehr gut, die Eltern der neuen Schülerinnen und Schüler verhielten sich eher abwartend.

Auch die Kommunikation der Lenkungsgruppe und des Schulamtes wurde als gut oder normal, die der Projektgruppen als gut, aber auch einmal als normal bis schlecht eingestuft. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport bekam für seine Kommunikation ein sehr gut attestiert, wobei auch „zweideutig, unklar, spät und Verwirrung stiftend“ genannt wurden.

Besonders hervorzuheben ist, dass, trotz unklarer Vorgabe bezüglich der Inklusion, die Stadtverwaltung in Vorleistung gegangen ist, Stellen für Betreuungspersonal geschaffen hat und somit die Versorgung der inklusiv zu beschulenden Kinder gesichert ist.

Für die Zukunft stehen die Wünsche, dass die Starterschulen voneinander lernen werden und ein reger Austausch untereinander beginnt. Beispielsweise könnten die Schulleitungen gegenseitig an den jeweils anderen Schulen hospitieren. Wünschenswert wäre auch mehr Zeit, um solche Projekte umzusetzen und gleichzeitig mehr Projektführung durch eine Stelle, die den Ablauf koordiniert und die Fäden in der Hand hält. Für das Schuljahr 2013/2014 sollte auf die strukturelle Mischung der Schulklassen geachtet werden, um das Vertrauen der Eltern weiter aufzubauen und zu erhalten. Durch eine frühere und bessere Personalplanung sollte mehr Klarheit bei der Planung geschaffen werden. Letztlich sei es wichtig, die Akzeptanz bei den Lehrerinnen und Lehrern und in der Öffentlichkeit durch gute Überzeugungsarbeit auszubauen.

8.4.4. Ergebnisse der Befragung der Gemeinderäte

Der Tübinger Gemeinderat besteht aus 40 Mitgliedern. Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Jugend und Sport hat 20 Mitglieder, die sich zuständigshalber intensiv mit der Thematik der Gemeinschaftsschule beschäftigt hatten.

Um möglichst viele Rückläufer zu erhalten, bat ich alle Mitglieder des Tübinger Gemeinderates, an meiner Befragung teilzunehmen. Es beteiligten sich vier Gemeinderätinnen und Gemeinderäte daran. Dies mag auch der Kürze der Zeit geschuldet sein. Somit sind die Ergebnisse der Befragung des Gemeinderates nur bedingt in die Bewertung des Prozesses aufzunehmen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die Aussagen der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in weiten Teilen mit denen der anderen Befragten decken. So wurde auch das Thema Zeit und die unklare Gesetzeslage als problematisch angesehen. Auch die Arbeit der Mitwirkenden, allen voran die Stadtverwaltung, wurde besonders positiv herausgestellt.

8.5. Zusammenfassung der Befragungen

Den Einführungsprozess der Gemeinschaftsschulen in der Universitätsstadt Tübingen kann man zusammengefasst als Erfolg bezeichnen. Vor allen Dingen angesichts des zeitlich sehr engen Korsetts ist es bemerkenswert, wie gut die Vorgaben umgesetzt wurden. Vorgegeben war, dass die Stadtverwaltung einen Antrag auf Einrichtung von drei Starterschulen beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport stellt und diese dann im Schuljahr 2012/2013 starten sollen. Dieses Ziel wurde in weiten Teilen erreicht, 205 Kinder werden mit Beginn des neuen Schuljahres an einer gänzlich neuen Schulform anfangen können.

Meine zu Beginn aufgestellten Hypothesen konnte ich zum großen Teil anhand der Befragungen überprüfen. Die Hypothese, dass für die Einführung der Gemeinschaftsschule in all ihren Facetten nicht genügend Zeit zur Verfügung stand, erwies sich als richtig.

Das Thema Inklusion ist noch nicht in der Gänze umgesetzt. Hier fehlen momentan noch die Vorgaben des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport und die dafür benötigten finanziellen Mittel. Die Stadtverwaltung versucht durch Vorleistung, also durch Schaffung von Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte, diesem Mangel zu begegnen.



Mutmaßlich benötigen thematisch weniger gut Vorbereitete länger, um sich in den Prozess einzufinden und diesen zielgerichtet und thematisch vollständig umzusetzen, so eine weitere Hypothese. Da lediglich Antworten von Schulen ausgewertet werden konnten, die sich schon einige Jahre mit dem Thema länger gemeinsam Lernen befassen und keine Rückmeldung von den Schulen für die Gemeinschaftsschule echtes Neuland war, ist diese Hypothese nicht abschließend überprüfbar.

Die korrekte Einhaltung der Terminplanung zweifelte ich ebenfalls an. Ich ging davon aus, dass dieser komplexe und von vielen Akteurinnen und Akteuren beeinflusste Prozess ein hohes Maß an terminlicher Unsicherheit mit sich bringt.

Diese Annahme konnte nicht bestätigt werden. Termine wurden zwar mitunter verschoben, dies ist aber für einen solchen Prozess als normal anzusehen. Auch die Disziplin der Beteiligten sorgte dafür, dass die Terminkultur so positiv gesehen werden kann.

Eine weitere Annahme beschäftigte sich mit der zeitlichen Belastung der einzelnen handelnden Personen.

Diese besagte, dass die zusätzliche Belastung nicht gleichmäßig aufgeteilt war, sondern einzelne Personen oder Institutionen übermäßig belastet wurden. Diese Theorie wurde anhand der Befragungen bestätigt. Die Schulsekretariate waren beispielsweise überaus stark belastet, sie fungierten als Informationszentrale, betreuten Besuchergruppen, erstellten Informationsmaterialien, verteilten diese und hatten parallel auch noch das normale Alltagsgeschäft zu bewältigen.

Auch die Schulleiterinnen und Schulleiter waren enorm hoch belastet. Da sie als Führungskraft jederzeit im Bilde über die aktuellen Abläufe sein mussten, waren sie in allen Instanzen, wie beispielsweise der Lenkungsgruppe und den Projektgruppen, mit eingebunden.



Sie nahmen auch eine wichtige Rolle in der Informationsverbreitung und als Beraterinnen und Berater für die Eltern ein. Nicht weniger belastet waren die maßgeblichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Auch hier war eine, das normale Maß weit übersteigende, Belastung festzustellen. Diese Erkenntnisse spiegeln auch die Aussagen bezüglich des Engagements und der Mithilfe im Prozess wider. Die Mitarbeit war von großer Motivation und Überzeugung geprägt.

Auch den Einführungsprozess an sich unterzog ich einer Überprüfung. Die Annahme war, dass ein solch komplexer Prozess an vielen Stellen stockt oder sich sogar rückwärts bewegt.

Diese Hypothese stellte sich als teilweise korrekt heraus. Es war festzustellen, dass er an mindestens zwei Stellen zum Stocken kam. Beide Male kann der Grund in der schulinternen Klärung von grundlegenden Entscheidungen vermutet werden. Weitere kurze Stockungen lagen begründet im Entwicklungsverfahren der Gesetzesvorlage.

Da zunächst weder eine Grundschule noch eine Verbundschule im Gesetzesentwurf vorgesehen war, mussten zunächst diese Hürden aus dem Weg geräumt werden, damit sowohl die Französische Schule als auch die Geschwister-Scholl-Schule mit Perspektive weiter arbeiten konnten.

Die Behauptung, dieser Prozess wurde aus taktischen, politischen oder anderen Überzeugungsgründen aktiv gehemmt, konnte nur bedingt bestätigt werden. Berechtigte Anliegen im Sinne der Zukunftsperspektiven und Chancengleichheit anderer Schulen, die sich nicht auf den Weg zur Gemeinschaftsschule gemacht hatten, waren zu bemerken.

Diese konnten jedoch mit Zusagen für eigene Projekte und mit Überzeugungsarbeit beseitigt werden.

Die Erwartungen der Akteurinnen und Akteure an den Prozess wurden, entgegen meiner Hypothese, weitgehend erfüllt. Einzelne Problemfelder konnten nicht vollständig abgearbeitet werden. So bleiben Fragen bezüglich der Inklusion und der personellen Ausstattung offen.

Zu Beginn der Arbeit stellte ich die Behauptung auf, dass der Projektplan nicht oder nur in Teilen umzusetzen war, da die Strukturen außerhalb der Stadtverwaltung nur unzureichend bekannt sind und diese auch nicht ausreichend publiziert wurden. Zusammengefasst ist festzustellen, dass der Projektplan durchaus umgesetzt wurde, in den Schulen aber nicht bis in das letzte Detail kommuniziert wurde. Dies stellte sich bei den Befragungen der Schulleiterinnen und Schulleiter heraus. Man kannte den städtischen Projektplan zwar, betrachtete diesen aber eher als Nebenerscheinung und als nicht unbedingt maßgeblich.

Summarisch betrachtet ist diese Unbekanntheit des Projektplans außerhalb der Stadtverwaltung aber nicht sonderlich tragisch; der Plan ist lediglich ein Hilfsmittel, alle wichtigen Akteurinnen und Akteure und Aufgaben unter Kontrolle zu halten. Dies ist gelungen, auch wenn die Publikation des Projektplanes nicht in der Gänze geschah.

Die Kommunikation in einem solch großen Prozess ist problembehaftet und läuft nicht reibungslos ab. Diese Behauptung hat sich nur in kleinen Teilbereichen bewahrheitet. Im Großen und Ganzen war die Kommunikation zwischen den Beteiligten erfolgreich. Es gab nur kleine Unstimmigkeiten, die aber in einem solch komplexen Prozess als normal bezeichnet werden können.

9. Schlussbewertung

Zusammenfassend kann man den Einführungsprozess der Gemeinschaftsschulen als ein gut gelungenes Projekt bezeichnen. Das Ziel, drei Starterschulen genehmigt zu bekommen und mit den Gemeinschaftsschulen im Schuljahr 2012/2013 beginnen zu können, ist erreicht worden. Alle Beteiligten in diesem Prozess haben gute Arbeit geleistet und zeigten ein über das Normale hinausgehendes Engagement. Dies lag sicher in weiten Teilen daran, dass, durch alle Instanzen hindurch, die Überzeugung für das Konzept der Gemeinschaftsschule in hohem Maß gegeben war.

Alle Beteiligten sind von der Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaftsschule überzeugt, dies bewies die ERKO an der Geschwister-Scholl-Schule als eine Art Vorläuferin in der Vergangenheit allzu deutlich.

Die Auswirkungen, die durch dieses Projekt auf die Kommune zukommen, sind vor allem in finanzieller Sicht nicht unbedeutend. So veranschlagte der Tübinger Gemeinderat bereits im Januar 2012 zusätzlich insgesamt 3.430.000 Euro¹⁶ für die Jahre bis 2014 im städtischen Haushalt, um die Gemeinschaftsschulen entsprechend der Anforderungen auszustatten. Diese Bereitstellung zeigt deutlich den politischen Willen in der Universitätsstadt Tübingen. Ohne dieses Engagement und ohne die Überzeugung des Gemeinderates wäre ein solch großes und bedeutendes Projekt nicht zu meistern gewesen. Zudem stellte die Stadt im Laufe des Jahres für alle fünften Klassen der Gemeinschaftsschulen eine halbe Vollzeitstelle für eine sozialpädagogische Fachkraft zur Verfügung.

¹⁶ Beschlussvorlage 32/2012, S. 8; vgl. Anl. 9.

Diese Vorleistung, für vom Land noch nicht bereitgestellte Mittel, belastet den städtischen Haushalt im Jahr 2013 mit 165.375 Euro und in den Folgejahren mit 202.125 Euro¹⁷. Hier zeigt sich wiederum der starke Wille, die Gemeinschaftsschule zu einem Erfolgsmodell werden zu lassen.

Für zukünftige Prozesse vergleichbarer Art sollte man versuchen, die zeitlichen Belastungen zu entzerren. Bedingt durch den politischen Willen war sehr wenig Zeit zur Verfügung, den Prozess auf die Beine zu stellen. Hier wünschten sich alle Beteiligten mehr Zeit. Dies könnte dazu beitragen, ähnliche Projekte reibungsloser umzusetzen.

Auch sollte darüber nachgedacht werden, eine koordinierende Stelle einzurichten. Diese sollte sich, losgelöst von anderen Aufgaben, nur um die Koordination der Aufgaben im Prozess kümmern. Dadurch erhält man eine kompetente Ansprechperson für alle Instanzen im Prozess. Selbstredend sollte diese Koordinationsstelle fachlich dem Thema sehr nahe sein. Daran angegliedert sollte sich eine Informationszentrale befinden. Hier könnten alle aufkommenden Fragen von Außenstehenden beantwortet werden. Dadurch wäre eine Entlastung der Schulsekretariate möglich.

Die Öffentlichkeitsarbeit in solchen, von vielen Emotionen und Überzeugungen beeinflussten Prozessen ist auch zu verbessern. Der Öffentlichkeitsarbeit wurde bisher ein zu geringer Stellenwert zugerechnet. Die Gemeinschaftsschulen können nur erfolgreich sein, wenn die Eltern der potenziellen und Schülerinnen und Schüler von den Vorteilen der Gemeinschaftsschule überzeugt sind. Die Überzeugungsarbeit in den Schulen, auch beim Lehrpersonal, sollte man ebenfalls weiter ausbauen. Die Lehrerinnen und Lehrer sind maßgeblich für den Erfolg in der Umsetzung verantwortlich.

¹⁷ Beschlussvorlage 229/2012; vgl. Anl. 8.



Im Einführungsprozess der Gemeinschaftsschulen in Tübingen war die Öffentlichkeitsarbeit, hervorgerufen durch die Komplexität des Prozesses und durch die vielen unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure, in einigen Teilen ausbaufähig. Hier sollte man auch eine zentrale, an der Koordinationsstelle angegliederte Stelle schaffen, die die Informationen zentral und aus einer Hand verbreiten kann. Alternativ könnte die Öffentlichkeitsabteilung der Universitätsstadt Tübingen stärker eingebunden werden.

Die Kommunikation im Prozess verlief in weiten Teilen sehr gut. Einzig zwischen den Starterschulen selbst waren sehr wenige Verbindungen zu erkennen. Hier wäre es für die Zukunft sinnvoll, dass sich die Schulen miteinander auf den Weg machen. Durch eine enge Zusammenarbeit und Kommunikation würden alle Schulen profitieren, man könnte Erfahrungen teilen und so voneinander lernen.

Summa summarum ist der Prozess als Erfolg zu werten, an dem wenig zu bemängeln ist. Einzig das zeitliche Korsett erzeugte ein eng getaktetes Arbeiten, wobei man an einigen Stellen die Grenzen des Machbaren erreicht hatte. Der Schlüssel des Erfolgs für die gute Umsetzung der Vorgaben war die Geschlossenheit der Beteiligten, durch alle Instanzen konnte man eine große Aufbruchsstimmung und eine hohe Identifikation mit der Sache spüren.

Bei so viel Engagement und Überzeugung in allen Instanzen, in der Politik, in der Verwaltung, an den Schulen und in der Öffentlichkeit kann man für Tübingen durchaus feststellen:

Eine Stadt macht Schule!

Literaturverzeichnis

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD Baden-Württemberg: Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD Baden-Württemberg, 27.04.2011, (zitiert als Koalitionsvertrag Grün-Rot).

Giesecke, Hermann: Hitlers Pädagogen. Theorie und Praxis nationalsozialistischer Erziehung, 2. überarbeitete Auflage, 1999, (zitiert als Giesecke, Hitlers Pädagogen).

Konrad, Klaus: Mündliche und schriftliche Befragung – Ein Lehrbuch, 5. Überarbeitete Auflage, 2007, (zitiert als Konrad, Mündliche und schriftliche Befragung).

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport: Anmeldezahlen der Gemeinschaftsschulen zum Schuljahr 2012/2013, 16.07.12, Fundstelle: [http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/show/1374042/Anmeldezahlen der GMS zum Schuljahr 202012-13.pdf](http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/show/1374042/Anmeldezahlen_der_GMS_zum_Schuljahr_202012-13.pdf), (zitiert als Anmeldezahlen der Gemeinschaftsschulen).

Mortag, Iris: Die Gemeinschaftsschule ist in aller Munde, 16.06.07 Fundstelle: <http://mgm-koeln.de/wp-content/uploads/Die-Gemeinschaftsschule.pdf>, (zitiert als Mortag, Die Gemeinschaftsschule ist in aller Munde).

Schulgesetz für Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. August 1983, Stand: mehrfach geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. April 2012, (zitiert als SchG BW 2012).

Universitätsstadt Tübingen: Beschlussvorlage 229/2012, Betreff: Gemeinschaftsschulen – Personelle Ausstattung im sozialpädagogischen Bereich, 28.06.2012, (zitiert als Beschlussvorlage 229/2012).



Universitätsstadt Tübingen: Beschlussvorlage 32/2012, Betreff:
Gemeinschaftsschulen – Anträge der Schulen zum Schuljahr 2012/2013,
12.01.2012, (zitiert als Beschlussvorlage 32/2012).

Universitätsstadt Tübingen: Projektleitfaden,
(zitiert als Projektleitfaden Stadt Tübingen).



Erklärung des Verfassers

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.“

Datum, Unterschrift

Amtliche Abkürzung:	SchG	Quelle:	
Neugefasst durch	01.08.1983	Fundstelle:	GBI. 1983, 397
Bek. vom:		Gliederungs-Nr:	2200
Gültig ab:	01.08.1983		
Dokumenttyp:	Gesetz		

**Schulgesetz für Baden-Württemberg (SchG)
in der Fassung vom 1. August 1983**

Zum 22.05.2012 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe

Stand: letzte berücksichtigte Änderung: mehrfach geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. April 2012 (GBI. S. 209)

Fußnoten

- *) Red. Anm.:
Art. 6 des Gesetzes vom 24. April 2012 (GBI. S. 209, 212) lautet: "Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung mit der Maßgabe in Kraft, dass bei einer Schulartänderung bestehender allgemein bildender Schulen nach § 8 a Absatz 5 SchG ein Schulverbund der aufbauenden Gemeinschaftsschule mit der bisherigen auslaufenden Schulart vorübergehend möglich ist."

INHALTSÜBERSICHT

	§§
1. Teil Das Schulwesen	1 bis 22
2. Teil Die Schule	23 bis 26
3. Teil Errichtung und Unterhaltung von Schulen	27 bis 31
4. Teil Schulaufsicht	32 bis 37
5. Teil Lehrkräfte, Schulleitung; Lehrerkonferenzen, Schulkonferenz; örtliche Schulverwaltung	38 bis 54
6. Teil Mitwirkung der Eltern und der für die Berufserziehung der Schüler Mitverantwortlichen an der Gestaltung des Lebens und der Arbeit der Schule; Schülermitverantwortung; Landesschulbeirat	55 bis 71
7. Teil Schüler	72 bis 92
8. Teil Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, Erziehungsbeihilfen	93 bis 95
9. Teil Religionsunterricht	96 bis 100
10. Teil Ethikunterricht, Geschlechtererziehung	100 a, 100 b
11. Teil Staatliche Heimsonderschulen und Heimsonderschulen in freier Trägerschaft	101 bis 106
12. Teil Schlußvorschriften	107 bis 118

1. TEIL

Das Schulwesen

A. Auftrag der Schule

§ 1

Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule

(1) Der Auftrag der Schule bestimmt sich aus der durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Baden-Württemberg gesetzten Ordnung, insbesondere daraus, daß jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung hat und daß er zur Wahrnehmung von Verantwortung, Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft sowie in der ihn umgebenden Gemeinschaft vorbereitet werden muß.

(2) Die Schule hat den in der Landesverfassung verankerten Erziehungs- und Bildungsauftrag zu verwirklichen. Über die Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten hinaus ist die Schule insbesondere gehalten, die Schüler

- in Verantwortung vor Gott, im Geiste christlicher Nächstenliebe, zur Menschlichkeit und Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zur Achtung der Würde und der Überzeugung anderer, zu Leistungswillen und Eigenverantwortung sowie zu sozialer Bewährung zu erziehen und in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit und Begabung zu fördern,
- zur Anerkennung der Wert- und Ordnungsvorstellungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erziehen, die im einzelnen eine Auseinandersetzung mit ihnen nicht ausschließt, wobei jedoch die freiheitlich-demokratische Grundordnung, wie in Grundgesetz und Landesverfassung verankert, nicht in Frage gestellt werden darf,
- auf die Wahrnehmung ihrer verfassungsmäßigen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten vorzubereiten und die dazu notwendige Urteils- und Entscheidungsfähigkeit zu vermitteln,
- auf die Mannigfaltigkeit der Lebensaufgaben und auf die Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt mit ihren unterschiedlichen Aufgaben und Entwicklungen vorzubereiten.

(3) Bei der Erfüllung ihres Auftrags hat die Schule das verfassungsmäßige Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder mitzubestimmen, zu achten und die Verantwortung der übrigen Träger der Erziehung und Bildung zu berücksichtigen.

(4) Die zur Erfüllung der Aufgaben der Schule erforderlichen Vorschriften und Maßnahmen müssen diesen Grundsätzen entsprechen. Dies gilt insbesondere für die Gestaltung der Bildungs- und Lehrpläne sowie für die Lehrerbildung.

B. Geltungsbereich

§ 2

Geltungsbereich des Gesetzes

(1) Das Gesetz gilt für die öffentlichen Schulen. Öffentliche Schulen sind Schulen, die

1. von einer Gemeinde, einem Landkreis, einem Regionalverband oder einem Schulverband gemeinsam mit dem Land oder
2. vom Land allein

getragen werden.

(2) Schulen, die nicht unter Absatz 1 fallen, sind Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen). Auf sie findet das Gesetz nur Anwendung, soweit dies ausdrücklich bestimmt ist; im übrigen gilt für sie das Privatschulgesetz.

(3) Das Gesetz findet keine Anwendung auf Verwaltungsschulen, Schulen für Jugendliche und Heranwachsende im Strafvollzug und Schulen für Berufe des Gesundheitswesens, ausgenommen Schulen für pharmazeutisch-technische Assistenten und Schulen für Altenpflege.

C. Gliederung des Schulwesens (§§ 3-15)

§ 3

Einheit und Gliederung des Schulwesens

(1) Das Schulwesen des Landes gliedert sich, unbeschadet seiner im gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsauftrag begründeten Einheit, in verschiedene Schularten; sie sollen in allen Schulstufen jedem jungen Menschen eine seiner Begabung entsprechende Ausbildung ermöglichen.

(2) Bei der Gestaltung, Ordnung und Gliederung des Schulwesens ist sowohl auf die verschiedenartigen Begabungsrichtungen und die Mannigfaltigkeit der Lebens- und Berufsaufgaben als auch auf die Einheit des deutschen Schulwesens, den organischen Aufbau des Schulwesens mit Übergangsmöglichkeiten unter den Schularten und Schulstufen, die Lebens- und Arbeitsfähigkeit der einzelnen Schulen und die Angemessenheit der Schulkosten Bedacht zu nehmen.

§ 4

Schularten, Schulstufen

(1) Die Schularten haben als gleichzuachtende Glieder des Schulwesens im Rahmen des gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsauftrags ihre eigenständige Aufgabe. Sie können in Schultypen gegliedert sein. Das Kultusministerium kann neue Schultypen durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Landtags bedarf, einrichten.

Schularten sind

- die Grundschule,
- die Hauptschule und die Werkrealschule,
- die Realschule,
- das Gymnasium,
- die Gemeinschaftsschule,
- das Kolleg,
- die Berufsschule,
- die Berufsfachschule,
- das Berufskolleg,
- die Berufsoberschule,
- die Fachschule,

- die Sonderschule.

(2) Die Schulstufen entsprechen der Gliederung der Bildungswege in aufeinander bezogene Abschnitte, die sich aus dem organischen Aufbau des Schulwesens und ihrer Anpassung an die altersgemäße Entwicklung der Schüler ergeben; an ihrem Ende ist in der Regel nachzuweisen, daß bestimmte Bildungsziele erreicht worden sind.

Schulstufen sind

- die Primarstufe,
- die Sekundarstufe I mit Orientierungsstufe,
- die Sekundarstufe II.

(3) Soweit dies der eigenständige Bildungsauftrag der einzelnen Schularten zuläßt, sollen, besonders innerhalb der Schulstufen, die differenzierten Bildungsgänge sowie ihre Abschlüsse aufeinander abgestimmt und sachgerechte Übergänge unter den Schularten ermöglicht werden.

§ 5 Grundschule

(1) Die Grundschule ist die gemeinsame Grundstufe des Schulwesens. Sie vermittelt Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten. Ihr besonderer Auftrag ist gekennzeichnet durch die allmähliche Hinführung der Schüler von den spielerischen Formen zu den schulischen Formen des Lernens und Arbeitens. Dazu gehören die Entfaltung der verschiedenen Begabungen der Schüler in einem gemeinsamen Bildungsgang, die Einübung von Verhaltensweisen für das Zusammenleben sowie die Förderung der Kräfte des eigenen Gestaltens und des schöpferischen Ausdrucks. Die Grundschule umfaßt vier Schuljahre.

(2) Die Grundschule berät die Erziehungsberechtigten, welche der auf ihr aufbauenden Schularten für das Kind geeignet ist. Hierbei werden neben dem Leistungsstand auch die soziale und psychische Reife sowie das Entwicklungspotenzial der Kinder betrachtet. Es wird über die möglichen Angebote aufgeklärt und die Auswirkungen der Entscheidung der Eltern werden dargelegt. Die Einschätzung, welche Schulart dem Lernstand und Entwicklungspotenzial des Kindes am meisten entspricht, obliegt danach den Erziehungsberechtigten. Sie treffen für ihr Kind die Entscheidung über die auf der Grundschule aufbauende Schulart.

§ 5 a Grundschulförderklassen

(1) Für Kinder, die vom Schulbesuch zurückgestellt werden, sollen Förderklassen eingerichtet werden. Sie haben die Aufgabe, die zurückgestellten Kinder auf den Besuch der Grundschule vorzubereiten.

(2) Die Förderklassen werden an Grundschulen geführt. Der Schulleiter der Grundschule ist zugleich Leiter der Förderklasse. Für die Einrichtung gilt § 30 entsprechend.

(3) Für den Besuch der Grundschulförderklasse kann eine Gebühr erhoben werden. Das Kultusministerium regelt durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Höhe der Gebühr einschließlich Gebührenermäßigungen und das Verfahren des Einzugs. § 24 des Landesgebührengesetzes gilt entsprechend.

§ 6 Werkrealschule, Hauptschule

(1) Die Werkrealschule vermittelt eine grundlegende und eine erweiterte allgemeine Bildung, die sich an lebensnahen Sachverhalten und Aufgabenstellungen orientiert. Sie fördert in besonderem Maße

praktische Begabungen, Neigungen und Leistungen und stärkt die Schüler in ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Sie ermöglicht den Schülern entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Neigungen eine individuelle Schwerpunktbildung insbesondere bei der beruflichen Orientierung. Sie schafft die Grundlage für eine Berufsausbildung und für weiterführende, insbesondere berufsbezogene schulische Bildungsgänge.

(2) Die Werkrealschule baut auf der Grundschule auf und umfasst sechs Schuljahre. Sie schließt mit einem Abschlussverfahren ab und vermittelt nach fünf oder sechs Schuljahren einen Hauptschulabschluss oder nach sechs Schuljahren einen dem Realschulabschluss gleichwertigen Bildungsstand. Das Führen eines sechsten Schuljahres setzt voraus, dass eine Mindestschülerzahl erreicht wird; sie wird vom Kultusministerium durch Verwaltungsvorschrift festgelegt. Das sechste Schuljahr kann auch an zentralen Werkrealschulen angeboten werden. Soweit Schulen das sechste Schuljahr nicht anbieten und auch nicht mit einer das sechste Schuljahr anbietenden Schule nach Satz 1 kooperieren, führen sie die Schularbeitsbezeichnung ›Hauptschule‹.

(3) Für Schüler, deren Hauptschulabschluss gefährdet ist, kann im Anschluss an Klasse 8 ein zweijähriger Bildungsgang geführt werden, in dem Klasse 9 der Werkrealschule und das Berufsvorbereitungsjahr (§ 10 Absatz 5) verbunden sind.

§ 7 Realschule

(1) Die Realschule vermittelt eine erweiterte allgemeine Bildung, die sich an lebensnahen Sachverhalten orientiert und zu deren theoretischer Durchdringung und Zusammenschau führt. Sie schafft die Grundlage für eine Berufsausbildung und für weiterführende, insbesondere berufsbezogene schulische Bildungsgänge.

(2) Die Realschule baut in der Normalform auf der Grundschule, in der Aufbauform auf der siebten Klasse der Hauptschule und der Werkrealschule auf, umfaßt in der Normalform sechs und in der Aufbauform drei Schuljahre. Sie schließt mit einem Abschlußverfahren (Realschulabschluß) ab.

§ 8 Gymnasium

(1) Das Gymnasium vermittelt Schülern mit entsprechenden Begabungen und Bildungsabsichten eine breite und vertiefte Allgemeinbildung, die zur Studierfähigkeit führt. Es fördert insbesondere die Fähigkeiten, theoretische Erkenntnisse nachzuvollziehen, schwierige Sachverhalte geistig zu durchdringen sowie vielschichtige Zusammenhänge zu durchschauen, zu ordnen und verständlich vortragen und darstellen zu können.

(2) Das Gymnasium in seinen verschiedenen Typen baut

1. in der Normalform auf der Grundschule auf und umfaßt acht Schuljahre;
2. in der Aufbauform
 - a) auf der 7. Klasse der Hauptschule und der Werkrealschule auf und umfaßt sechs Schuljahre,
 - b) auf der 10. Klasse der Realschule auf und umfaßt drei Schuljahre.

In die Aufbauform nach Buchstabe a) können auch Schüler einer entsprechenden Klasse des Gymnasiums oder der Realschule, in die Aufbauform nach Buchstabe b) auch Schüler nach Versetzung in die Klasse 10 des Gymnasiums oder mit Fachschulreife oder einem gleichwertigen Bildungsstand zugelassen werden.

(3) Das Gymnasium kann auch berufsorientierte Bildungsinhalte vermitteln und zu berufsbezogenen Bildungsgängen führen; die Typen der beruflichen Gymnasien können zusätzlich zu berufsqualifizierenden Abschlüssen hinführen.

(4) Ein nicht ausgebautes Gymnasium führt die Bezeichnung Progymnasium.

(5) Für die Oberstufe des Gymnasiums aller Typen gelten folgende Regelungen:

1. Die Oberstufe umfasst die Klasse 10 als Einführungsphase und die Jahrgangsstufen 11 und 12. Ihr Besuch dauert in der Regel drei Jahre.
2. In den Jahrgangsstufen wird in halbjährigen Kursen unterrichtet. Diese wählt der Schüler aus dem Pflicht- und Wahlbereich aus. Dabei sind bestimmte Kurse verbindlich festgelegt; die Wahlmöglichkeit kann eingeschränkt werden.
3. Der Pflichtbereich umfasst das sprachlich-literarisch-künstlerische Aufgabenfeld, das gesellschaftswissenschaftliche Aufgabenfeld und das mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Aufgabenfeld. Hinzu kommen Religionslehre, Ethik und Sport. Religionslehre und Ethik können einem Aufgabenfeld zugeordnet werden.
4. Die Oberstufe schließt mit der Abiturprüfung ab.
5. Die Hochschulreife wird durch eine Gesamtqualifikation erworben. Sie berechtigt zum Studium an einer Hochschule.
6. Das Kultusministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Nähere zur Ausführung der Nummern 1 bis 5 zu regeln. Dabei kann die Leistungsbewertung durch ein Punktesystem umgesetzt werden, das den herkömmlichen Noten zugeordnet ist. Die Gesamtqualifikation kann neben den Leistungen in bestimmten anrechenbaren Kursen und in der Abiturprüfung auch eine besondere Lernleistung enthalten, die in die Leistungsbewertung der Abiturprüfung einbezogen werden kann; die Kurse können unterschiedlich gewichtet werden. Die Zulassung zur Abiturprüfung kann vom Besuch bestimmter Kurse und von einem bestimmten Leistungsnachweis abhängig gemacht werden.

§ 8 a Gemeinschaftsschule

(1) Die Gemeinschaftsschule vermittelt in einem gemeinsamen Bildungsgang Schülern der Sekundarstufe I je nach ihren individuellen Leistungsmöglichkeiten eine der Hauptschule, der Realschule oder dem Gymnasium entsprechende Bildung. Den unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der Schüler entspricht sie durch an individuellem und kooperativem Lernen orientierten Unterrichtsformen. Die Gemeinschaftsschule steht auch Schülern offen, die ein Recht auf den Besuch einer Sonderschule haben. Die Gemeinschaftsschule bildet nach pädagogischen Gesichtspunkten Lerngruppen. Leitend für die Bildung von Lerngruppen sind nicht schulartspezifische, sondern pädagogische Gesichtspunkte. Die Gemeinschaftsschule wird als christliche Gemeinschaftsschule nach den Grundsätzen der Artikel 15 und 16 der Landesverfassung geführt.

(2) Die Gemeinschaftsschule ist mindestens zweizügig, kann im besonderen Ausnahmefall auch einzügig sein. Sie wird grundsätzlich an einem Standort eingerichtet. Wird sie im Ausnahmefall auf mehrere Standorte verteilt, werden keine parallelen, auf die unterschiedlichen Standorte verteilten Lerngruppen gebildet; dies gilt nicht für ihre Primarstufe. Die Gemeinschaftsschule kann auch eine Grundschule nach § 5 und im Anschluss an Klasse 10 eine dreijährige gymnasiale Oberstufe nach § 8 Abs. 5 führen; sie führt auch in diesen Fällen die Schulartbezeichnung Gemeinschaftsschule.

(3) Die Gemeinschaftsschule wird in Sekundarstufe I an vier, auf Antrag des Schulträgers und mit Zustimmung der Schulkonferenz an drei Tagen in der Woche als eine für Schüler und Eltern verbindliche (§ 72 Abs. 3) Ganztagsschule in einem Umfang von acht Zeitstunden pro Tag geführt. Soweit die Gemeinschaftsschule eine Grundschule führt, kann diese auf Antrag des Schulträgers und mit Zustimmung der Schulkonferenz an vier oder drei Tagen in der Woche eine Ganztagsschule auf einer verbindlichen oder auf einer freiwilligen Grundlage sein.

(4) Jeweils nach Maßgabe der hierfür geltenden Regelungen erwerben die Schüler in der Sekundarstufe I im fünften oder sechsten Schuljahr den Hauptschulabschluss oder im sechsten Schuljahr den Re-

alschulabschluss oder einen dem Realschulabschluss gleichwertigen Bildungsstand durch die Versetzung in die Eingangsklasse der gymnasialen Oberstufe; dabei müssen dem Unterricht in dem jeweiligen Abschlussjahr für die betroffenen Schüler in allen Fächern und Fächerverbünden die jeweiligen Anforderungen der in Absatz 1 genannten Schularten zugrunde liegen.

(5) Die Gemeinschaftsschulen entstehen auf Antrag der Schulträger nach Zustimmung des Kultusministeriums

1. durch die Einrichtung einer neuen Schule oder
2. mit Zustimmung der Schulkonferenz durch eine Schulartänderung bestehender weiterführender allgemein bildender Schulen.

§ 30 Abs. 2 findet keine Anwendung.

(6) Das Kultusministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung besondere Bestimmungen zu erlassen, insbesondere zur Organisation, zur Binnendifferenzierung im Unterricht und zur Leistungsmessung.

Fußnoten

- *) Red. Anm.:
Art. 6 des Gesetzes vom 24. April 2012 (GBl. S. 209, 212) lautet: "Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung mit der Maßgabe in Kraft, dass bei einer Schulartänderung bestehender allgemein bildender Schulen nach § 8 a Absatz 5 SchG ein Schulverbund der aufbauenden Gemeinschaftsschule mit der bisherigen auslaufenden Schulart vorübergehend möglich ist."

§ 9 Kolleg

Das Kolleg hat als Institut zur Erlangung der Hochschulreife die Aufgabe, nach der Fachschulreife, dem Realschulabschluß oder einem gleichwertigen Bildungsstand und einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder einem gleichwertigen beruflichen Werdegang eine auf der Berufserfahrung aufbauende allgemeine Bildung zu vermitteln. Es umfaßt mindestens zweieinhalb Schuljahre und führt zur Hochschulreife. Für das Kurssystem, den Pflicht- und Wahlbereich und für die Abiturprüfung gilt § 8 Abs. 5, ausgenommen Nummer 3 Sätze 2 und 3, entsprechend.

§ 10 Berufsschule

(1) Die Berufsschule hat die Aufgabe, im Rahmen der Berufsausbildung oder Berufsausübung vor allem fachtheoretische Kenntnisse zu vermitteln und die allgemeine Bildung zu vertiefen und zu erweitern. Sie ist hierbei gleichberechtigter Partner und führt über eine Grundbildung und eine darauf aufbauende Fachbildung gemeinsam mit Berufsausbildung oder Berufsausübung zu berufsqualifizierenden oder berufsbefähigenden Abschlüssen. Bei Schülern mit Hochschulreife kann anstelle der Vermittlung allgemeiner Bildungsinhalte eine zusätzliche Vermittlung fachtheoretischer Kenntnisse treten. Die Berufsschule kann durch Zusatzprogramme den Erwerb weiterer Berechtigungen ermöglichen.

(2) Die Grundbildung wird in der Grundstufe, die Fachbildung in den Fachstufen vermittelt. Der Unterricht wird als Teilzeitunterricht, auch als Blockunterricht, erteilt. Die Grundstufe kann als Berufsgrundbildungsjahr, und zwar in der Form des Vollzeitunterrichts oder in Kooperation mit betrieblichen oder überbetrieblichen Ausbildungsstätten, durchgeführt werden.

(3) Die Berufsschule wird in den Typen der gewerblichen, kaufmännischen, hauswirtschaftlich-pflegerisch-sozialpädagogischen oder landwirtschaftlichen Berufsschule geführt. In einheitlich geführten Berufsschulen sind für die einzelnen Typen Abteilungen einzurichten.

(4) Fachklassen werden in der Regel in der Grundstufe für Berufsfelder und in den Fachstufen für Berufsgruppen oder für einzelne oder eng verwandte Berufe gebildet.

(5) Die Berufsschule soll für Jugendliche, die zu Beginn der Berufsschulpflicht ein Berufsausbildungsverhältnis nicht nachweisen, als einjährige Vollzeitschule (Berufsvorbereitungsjahr) geführt werden.

§ 11 Berufsfachschule

Die Berufsfachschule vermittelt je nach Dauer eine berufliche Grundbildung, eine berufliche Vorbereitung oder einen Berufsabschluß und fördert die allgemeine Bildung; in Verbindung mit einer erweiterten allgemeinen Bildung kann sie zur Prüfung der Fachschulreife führen. Die Berufsfachschule kann durch Zusatzprogramme den Erwerb weiterer Berechtigungen ermöglichen. Sie wird in der Regel als Vollzeitschule geführt und umfaßt mindestens ein Schuljahr; sie kann im pflegerischen Bereich in Kooperation mit betrieblichen Ausbildungsstätten auch in Teilzeitunterricht geführt werden. Ihr Besuch setzt eine berufliche Vorbildung nicht voraus; im übrigen richten sich die Voraussetzungen für den Besuch nach Dauer oder Bildungsziel der Berufsfachschule.

§ 12 Berufskolleg

Das Berufskolleg baut auf der Fachschulreife, dem Realschulabschluss, einem gleichwertigem Bildungsstand oder auf der Klasse 9 des Gymnasiums im achtjährigen Bildungsgang auf; einzelne Bildungsgänge können auf der Hochschulreife aufbauen. Es vermittelt in ein bis drei Jahren eine berufliche Qualifikation und kann bei einer mindestens zweijährigen Dauer unter besonderen Voraussetzungen zur Fachhochschulreife führen. Nach abgeschlossener Berufsausbildung oder einer entsprechenden beruflichen Qualifikation kann die Fachhochschulreife auch in einem einjährigen Bildungsgang erworben werden. Das Berufskolleg wird in der Regel als Vollzeitschule geführt; es kann in einzelnen Typen in Kooperation mit betrieblichen Ausbildungsstätten auch in Teilzeitunterricht durchgeführt werden.

§ 13 Berufsoberschule

Die Berufsoberschule baut auf der Berufsschule und auf einer praktischen Berufsausbildung oder Berufsausübung auf und vermittelt auf der Grundlage des erworbenen Fachwissens vor allem eine weitergehende allgemeine Bildung. Sie gliedert sich in Mittelstufe (Berufsaufbauschule) und Oberstufe. Die Berufsaufbauschule umfaßt mindestens ein Schuljahr und führt zur Fachschulreife. Die Oberstufe umfaßt mindestens zwei Schuljahre und führt zur fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulreife.

§ 14 Fachschule

Die Fachschule hat die Aufgabe, nach abgeschlossener Berufsausbildung und praktischer Bewährung oder nach einer geeigneten beruflichen Tätigkeit von mindestens fünf Jahren eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf zu vermitteln. Die Ausbildung kann in aufeinander aufbauenden Ausbildungsabschnitten durchgeführt werden. Der Besuch der Fachschule dauert, wenn sie als Vollzeitschule geführt wird, in der Regel ein Jahr, bei Abend- oder Wochenendunterricht entsprechend länger. Die Fachschule kann auch den Erwerb weiterer schulischer Berechtigungen ermöglichen.

§ 15 Sonderpädagogische Förderung in Sonderschulen und allgemeinen Schulen

(1) Die Sonderschule dient der Erziehung, Bildung und Ausbildung von behinderten Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die in den allgemeinen Schulen nicht die ihnen zukommende Erziehung, Bildung und Ausbildung erfahren können. Sie gliedert sich in Schulen oder Klassen, die dem besonderen Förderbedarf der Schüler entsprechen und nach sonderpädagogischen Grundsätzen arbeiten; sie führt je nach Förderungsfähigkeit der Schüler zu den Bildungszielen der übrigen Schularten, soweit der besondere Förderbedarf der Schüler nicht eigene Bildungsgänge erfordert.

Sonderschulen werden insbesondere in den Typen

1. Schulen für Blinde,
2. Schulen für Hörgeschädigte,
3. Schulen für Geistigbehinderte,
4. Schulen für Körperbehinderte,
5. Förderschulen,
6. Schulen für Sehbehinderte,
7. Schulen für Sprachbehinderte,
8. Schulen für Erziehungshilfe,
9. Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung

geführt.

(2) Wenn die besondere Aufgabe der Sonderschule die Heimunterbringung der Schüler gebietet oder die Erfüllung der Schulpflicht sonst nicht gesichert ist, ist der Schule ein Heim anzugliedern, in dem die Schüler Unterkunft, Verpflegung und eine familiengemäße Betreuung erhalten (Heimsonderschule).

(3) Wenn die besondere Aufgabe der Sonderschule erfüllt ist, sind die Schüler in die allgemeinen Schulen einzugliedern.

(4) Die Förderung behinderter Schüler ist auch Aufgabe in den anderen Schularten. Behinderte Schüler werden in allgemeinen Schulen unterrichtet, wenn sie aufgrund der gegebenen Verhältnisse dem jeweiligen gemeinsamen Bildungsgang in diesen Schulen folgen können. Die allgemeinen Schulen werden hierbei von den Sonderschulen unterstützt.

(5) Die allgemeinen Schulen sollen mit den Sonderschulen im Schulleben und im Unterricht, soweit es nach den Bildungs- und Erziehungszielen möglich ist, zusammenarbeiten.

(6) Im Rahmen der gegebenen Verhältnisse können an den Grund-, Haupt-, Werkreal- und Realschulen sowie an den Gymnasien Außenklassen von Sonderschulen gebildet werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Schulaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit den beteiligten Schulträgern.

D. Schulverbund (§§ 16-18)

§ 16

Verbund von Schularten

Mehrere Schularten können organisatorisch in einer Schule verbunden sein. Dies gilt auch für Fälle des § 8 a Absatz 2 Satz 4 erste Alternative; im Übrigen ist die Gemeinschaftsschule grundsätzlich nicht mit einer allgemein bildenden oder beruflichen Schule verbunden. Schularten nach den §§ 10 bis 14 und Typen der beruflichen Gymnasien sowie die entsprechenden Sonderschulen sollen organisatorisch in einer Schule verbunden sein, soweit dies von der Aufgabenstellung ihrer Typen und ihrem räumlichen Zusammenhang her möglich ist.

§ 17

Bildungszentren

(1) In Bildungszentren arbeiten räumlich zusammengefaßte selbständige Schulen pädagogisch und organisatorisch zusammen.

(2) Die Zusammenarbeit dient im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften insbesondere der Abstimmung in Lernangebot, Lehrverfahren sowie Lehr- und Lernmitteln und fördert die Durchlässigkeit zwischen den beteiligten Schulen; sie erleichtert den schulartübergreifenden Lehrereinsatz, die gemeinsame Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten und die gemeinsame Nutzung von schulischen Einrichtungen.

(3) Selbständige Schulen, an denen Schularten nach den §§ 10 bis 14 und Typen der beruflichen Gymnasien geführt werden, sollen in geeigneten Fällen zu Bildungszentren zusammengefaßt werden (Berufsschulzentren). Ihnen können überbetriebliche Ausbildungsstätten unter Aufrechterhaltung der bestehenden Trägerschaft angegliedert werden.

(4) Das Kultusministerium kann, soweit erforderlich durch Rechtsverordnung, nähere Vorschriften über die Voraussetzungen für die Einrichtung und die Aufgaben von Bildungszentren sowie die Koordinierung und die Zusammenarbeit der einzelnen Schulen erlassen.

(5) Für die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Bildungszentren gelten die Vorschriften des § 30 entsprechend.

§ 18 Regionaler Verbund

(1) Benachbarte Schulen, die nicht in einem Bildungszentrum zusammengefaßt sind, sollen pädagogisch zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit dient vor allem der Koordinierung pädagogischer Maßnahmen, insbesondere des Unterrichtsangebots, der Lehr- und Lernmittel sowie der Verteilung der Schüler bei der Aufnahme in Schulen desselben Schultyps im Rahmen des § 88 Abs. 4.

(2) Mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde können Schüler mehrerer Schulen in einzelnen gemeinsamen Unterrichtsveranstaltungen einer dieser Schulen zusammengeführt werden.

E. Ergänzung und Weiterentwicklung des Schulwesens (§§ 19-22)

§ 19 Bildungsberatung

(1) Die Bildungsberatung soll in allen Schularten gewährleistet und stufenweise ausgebaut werden. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere die Information und Beratung der Schüler und Erziehungsberechtigten über die für die Schüler geeigneten Bildungsgänge (Schullaufbahnberatung) sowie die Beratung bei Schulschwierigkeiten in Einzelfällen. Die Einrichtungen der Bildungsberatung unterstützen die Schulen und Schulaufsichtsbehörden in psychologisch-pädagogischen Fragen und tragen dadurch zur Weiterentwicklung des Schulwesens bei.

(2) Die Aufgaben der Bildungsberatung werden unbeschadet des Erziehungs- und Bildungsauftrags der einzelnen Lehrer durch die überörtlich einzurichtenden schulpsychologischen Beratungsstellen und an den Schulen vornehmlich durch Beratungslehrer erfüllt.

(3) Soweit die Bildungsberatung auf Ersuchen von Schülern oder Erziehungsberechtigten tätig wird, bedarf es für die Untersuchung der Einwilligung der Berechtigten.

(4) Beratungslehrer und schulpsychologische Beratungsstellen arbeiten untereinander und mit anderen Beratungsdiensten, insbesondere mit den für die Berufs- und Studienberatung zuständigen Stellen zusammen.

§ 20 Schulkindergarten

Für Kinder, die unter § 15 Abs. 1 fallen und vom Schulbesuch zurückgestellt werden oder vor Beginn der Schulpflicht förderungsbedürftig erscheinen, sollen Schulkindergärten eingerichtet werden.

§ 21

Hausunterricht

Schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen,

1. deren Pflicht zum Besuch einer Sonderschule gemäß § 82 Abs. 3 ruht oder
2. die infolge einer längerfristigen Erkrankung die Schule nicht besuchen können,

soll Hausunterricht in angemessenem Umfang erteilt werden. Das Kultusministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit den beteiligten Ministerien Umfang und Inhalt des Hausunterrichts sowie die Voraussetzungen für seine Erteilung und für die Unterrichtspersonen zu bestimmen.

§ 22

Weiterentwicklung des Schulwesens

(1) Wenn die Entwicklung des Bildungswesens, veränderte Lebens- und Berufsaufgaben oder die Wahrung der Einheit des deutschen Schulwesens es notwendig machen, können Schulversuche eingerichtet werden. Das gilt insbesondere zur Entwicklung und Erprobung neuer pädagogischer und schulorganisatorischer Erkenntnisse, insbesondere

1. neuer Organisationsformen für Unterricht und Erziehung sowie für die Verwaltung der Schulen,
2. wesentlicher inhaltlicher Änderungen,
3. neuer Lehrverfahren und Lehrmittel.

(2) Schulversuche können durchgeführt werden

1. durch Einrichtung von Versuchsschulen,
2. dadurch, daß die oberste Schulaufsichtsbehörde einer bestehenden Schule Eigenschaften und Aufgaben einer Versuchsschule überträgt; falls damit für den Schulträger Mehrbelastungen verbunden sind, bedarf es dessen Zustimmung.

2. TEIL

Die Schule

§ 23

Rechtsstellung der Schule

(1) Die öffentlichen Schulen sind nichtrechtsfähige öffentliche Anstalten. Sie erfüllen ihre Aufgaben im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Rechtsverhältnisses (Schulverhältnis).

(2) Die Schule ist im Rahmen der Vorschriften dieses Gesetzes berechtigt, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Schulbetriebs und zur Erfüllung der ihr übertragenen unterrichtlichen und erzieherischen Aufgaben erforderlichen Maßnahmen zu treffen und örtliche Schulordnungen, allgemeine Anordnungen und Einzelanordnungen zu erlassen. Inhalt und Umfang der Regelungen ergeben sich aus Zweck und Aufgabe der Schule.

(3) Soweit die Schule auf dem Gebiet der inneren Schulangelegenheiten einen Verwaltungsakt erläßt, gilt sie als untere Sonderbehörde im Sinne des § 17 Abs. 4 des Landesverwaltungsgesetzes.

§ 24

Name der Schule

(1) Jeder öffentlichen Schule gibt der Schulträger einen Namen, der die Schulart und den Schulort angibt und die Schule von den anderen am selben Ort bestehenden Schulen unterscheidet, bei Sonder-

schulen kann an die Stelle der Schulart der Schultyp treten. Soweit in einer Schule mehrere Schularten verbunden sind, kann anstelle der Schularten eine die Schularten umfassende Bezeichnung aufgenommen werden.

(2) Bei Schulen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 ist die Schulaufsichtsbehörde von der beabsichtigten Namensgebung zu unterrichten. Die obere Schulaufsichtsbehörde kann die Führung des Namens untersagen, wenn pädagogische Gründe oder öffentliche Belange es geboten erscheinen lassen.

§ 25 Schulbezirk

(1) Jede Grundschule, Berufsschule und Sonderschule mit Ausnahme der Heimsonderschulen hat einen Schulbezirk; dies gilt nicht für Fälle des § 8 a Absatz 2 Satz 4 erste Alternative.

(2) Schulbezirk ist das Gebiet des Schulträgers. Wenn in diesem Gebiet mehrere Schulen derselben Schulart bestehen, bestimmt der Schulträger die Schulbezirke.

(3) Bei Berufsschulen kann der Schulträger auch für einzelne Typen, Berufsfelder und Fachklassen besondere Schulbezirke festlegen. Entsprechendes gilt für die Typen der Sonderschule.

(4) Das Gebiet einer Körperschaft, die für die Erfüllung der Schulpflicht aller oder eines Teils ihrer Schulpflichtigen durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit einer anderen Körperschaft sorgt (§ 31), ist in deren Schulbezirk nach Maßgabe der Vereinbarung einzubeziehen.

§ 26 Schuljahr

Das Schuljahr beginnt am 1. August und endet am 31. Juli des folgenden Kalenderjahres. Das Kultusministerium kann durch Rechtsverordnung für einzelne Schularten oder Schultypen abweichende Regelungen treffen, soweit dies aus schulorganisatorischen Gründen erforderlich ist.

3. TEIL

Errichtung und Unterhaltung von Schulen

§ 27 Grundsätze

(1) Als Schulträger gilt, wer die sächlichen Kosten der Schule trägt.

(2) Die Schulträger sind berechtigt und verpflichtet, öffentliche Schulen einzurichten und fortzuführen, wenn ein öffentliches Bedürfnis hierfür besteht.

(3) Bei der Einrichtung, Änderung, Aufhebung und bei der Unterhaltung der Schulen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 wirken das Land und der Schulträger nach den Vorschriften dieses Gesetzes zusammen.

§ 28 Gemeinden und Landkreise als Schulträger

(1) Die Gemeinden sind Schulträger der Grund-, Haupt- und Werkrealschulen, der Realschulen, der Gymnasien, der Gemeinschaftsschulen und der entsprechenden Sonderschulen.

(2) Die Landkreise können unter den Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 der Landkreisordnung Schulträger von Realschulen, Gymnasien, der Gemeinschaftsschulen und Sonderschulen sein. Sie können auch Schulträger aller Schulen eines Bildungszentrums sein, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 nur auf eine dieser Schulen zutreffen. Wird eine Regelung nach § 31 Abs. 1 nicht getroffen, tritt an die Stelle einer Gemeinde der Landkreis, wenn

1. eine Nachbarschaftsschule für zum Besuch der Hauptschule verpflichtete Schüler aus mehreren Gemeinden einzurichten ist; der Landkreis legt den Aufwand auf die Gemeinden um, deren Gebiet in den Schulbezirk einbezogen ist;

2. nach Feststellung der obersten Schulaufsichtsbehörde eine Realschule, ein Gymnasium oder eine Sonderschule wesentliche überörtliche Bedeutung hat oder die Leistungsfähigkeit einer solchen Schule sonst nicht gewährleistet ist; die Feststellung dieser überörtlichen Bedeutung wird bei bestehenden Schulen nur auf Antrag des Schulträgers getroffen.

In den Fällen der Sätze 1, 2 und 3 Nr. 2 hat der Landkreis Gemeinden, die am Aufwand von Schulen derselben Schulart, bei Sonderschulen desselben Schultyps, beteiligt sind, auf Antrag einen angemessenen Ausgleich zu gewähren.

(3) Die Landkreise und die Stadtkreise sind Schulträger der Typen der beruflichen Gymnasien, der Berufsschulen, der Berufsfachschulen, der Berufskollegs, der Berufsoberschulen, der Fachschulen und der entsprechenden Sonderschulen.

§ 29 Das Land als Schulträger

(1) Das Land ist Schulträger der Gymnasien in Aufbauform mit Heim, der Kollegs und der Heimsonderschulen.

(2) Das Land kann Schulträger von Versuchsschulen und von Schulen besonderer pädagogischer Prägung oder besonderer Bedeutung sein sowie von Schulen, die zwar diese Voraussetzungen nicht erfüllen, deren Schulträger jedoch bisher das Land allein war.

§ 30 Einrichtung, Errichtung, Änderung und Aufhebung von Schulen

(1) Der Beschluß eines Schulträgers über die Einrichtung einer öffentlichen Schule bedarf der Zustimmung der obersten Schulaufsichtsbehörde. Die Schule ist errichtet, wenn die Schulaufsichtsbehörde feststellt, daß der Schulbetrieb aufgenommen werden kann.

(2) Stellt die oberste Schulaufsichtsbehörde fest, daß ein öffentliches Bedürfnis für die Einrichtung einer öffentlichen Schule besteht und erfüllt der Schulträger die ihm nach § 27 Abs. 2 obliegende Verpflichtung nicht, trifft die Rechtsaufsichtsbehörde die notwendigen Maßnahmen nach den Vorschriften der Gemeindeordnung; der Schulträger ist vorher zu hören.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für die Aufhebung einer öffentlichen Schule. Stellt die oberste Schulaufsichtsbehörde fest, daß das öffentliche Bedürfnis für die Fortführung der Schule oder eines Teils derselben nicht mehr besteht, kann sie die Mitwirkung des Landes an der Unterhaltung der Schule widerrufen; der Schulträger ist vorher zu hören.

(4) Die Vorschriften über die Einrichtung und Aufhebung einer öffentlichen Schule gelten entsprechend für die Änderung einer öffentlichen Schule. Als Änderung einer Schule sind die Änderung der Schulart, der Schulform (Normalform oder Aufbauform) oder des Schultyps sowie die dauernde Teilung oder Zusammenlegung, die Erweiterung bestehender Schulen, die Einrichtung von Außenstellen sowie die Verteilung der Klassen auf Schulen mit Außenstellen zu behandeln. Von der Erweiterung einer Schule ist abzusehen, wenn den schulischen Bedürfnissen durch Einrichtung einer neuen Schule besser gedient ist.

§ 31 Schulverband

(1) Gemeinden, Landkreise und Regionalverbände können mit Zustimmung der oberen Schulaufsichtsbehörde zur gemeinsamen Erfüllung der ihnen als Schulträger obliegenden Aufgaben Schulverbände bilden oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen. Sie sind hierzu verpflichtet, wenn die oberste Schulaufsichtsbehörde feststellt, daß ein dringendes öffentliches Bedürfnis hierfür besteht. Erfüllen Gemeinden und Landkreise die ihnen nach Satz 2 obliegende Verpflichtung nicht, trifft die Rechtsaufsichtsbehörde die notwendigen Maßnahmen.

(2) Im übrigen finden die Vorschriften des Zweckverbandsrechts Anwendung.

4. TEIL

Schulaufsicht

§ 32 Grundsätze

(1) Die staatliche Schulaufsicht umfaßt

1. die Planung und Leitung, Ordnung und Förderung des gesamten Schulwesens,
2. das Bestimmungsrecht über die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der öffentlichen Schulen und alle damit zusammenhängenden Angelegenheiten,
3. die Fachaufsicht über die Schulen, nämlich
 - a) die Aufsicht über die schulfachlichen Angelegenheiten und
 - b) die Aufsicht über die Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten, soweit sie nicht unter Nummer 5 fallen,
4. die Dienstaufsicht über die Schulleiter und Lehrer,
5. die Aufsicht über die Erfüllung der dem Schulträger obliegenden Angelegenheiten nach Maßgabe des § 36,
6. die Aufsicht über die den Gymnasien in Aufbauform und Heimsonderschulen angegliederten Schülerheime.

Die Schulaufsicht schließt die Beratung ein.

(2) Der Umfang der Schulaufsicht über die Schulen in freier Trägerschaft wird nach Artikel 7 des Grundgesetzes und nach dem Privatschulgesetz bestimmt.

(3) Mit der Ausübung der Schulaufsicht über die schulfachlichen Angelegenheiten sind fachlich vorgebildete, hauptamtlich tätige Beamte zu beauftragen.

§ 33 Untere Schulaufsichtsbehörde

(1) Untere Schulaufsichtsbehörde für alle in ihrem Schulaufsichtsbezirk liegenden Grund-, Haupt-, Werkreal- und Realschulen, Gemeinschaftsschulen sowie die entsprechenden Sonderschulen mit Ausnahme der Heimsonderschulen ist das Staatliche Schulamt.

(2) Die untere Schulaufsichtsbehörde führt

1. die Fachaufsicht,
2. die Dienstaufsicht über die Schulleiter und Lehrer,
3. die Aufsicht über die Erfüllung der dem Schulträger obliegenden Angelegenheiten,

soweit nicht Aufgaben der Schulaufsicht einer anderen Schulaufsichtsbehörde durch Gesetz, Rechts- oder Verwaltungsvorschrift nach § 35 Abs. 3 zugewiesen sind.

§ 34 Obere Schulaufsichtsbehörde

(1) Obere Schulaufsichtsbehörde ist das Regierungspräsidium.

(2) Die obere Schulaufsichtsbehörde führt

1. die Fachaufsicht über die Schulen,
2. die Dienstaufsicht über die Schulleiter und Lehrer,
3. die Aufsicht über die Erfüllung der dem Schulträger obliegenden Angelegenheiten, soweit nicht die untere Schulaufsichtsbehörde zuständig ist,
4. die Dienst- und Fachaufsicht über die unteren Schulaufsichtsbehörden.

soweit nicht Aufgaben der Schulaufsicht einer anderen Schulaufsichtsbehörde durch Rechtsvorschrift zugewiesen sind.

§ 35 Oberste Schulaufsichtsbehörde

(1) Oberste Schulaufsichtsbehörde ist das Kultusministerium.

(2) Die oberste Schulaufsichtsbehörde ist für alle Angelegenheiten der Schulaufsicht zuständig, die nicht durch Gesetz anderen Behörden zugewiesen sind. Sie führt im Rahmen ihres Geschäftsbereichs die Fachaufsicht über die oberen Schulaufsichtsbehörden sowie die Dienstaufsicht über die Bediensteten des schulpсихologischen und schulpädagogischen Dienstes.

(3) Die oberste Schulaufsichtsbehörde regelt insbesondere

- die Aufgaben und Ordnungen jeder Schulart,
- die Bildungs- und Lehrpläne sowie die Stundentafeln,
- das Aufnahmeverfahren für die Schulen,
- die Versetzungs- und Prüfungsordnungen,
- die Anerkennung außerhalb des Landes erworbener schulischer Abschlüsse und Berechtigungen,
- die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Lehrer; für die Lehramtsprüfungen im Fach Theologie (Religionspädagogik) können die jeweiligen Religionsgemeinschaften einen Beauftragten als einen der Prüfer benennen,
- die Aufgaben der unteren und oberen Schulaufsichtsbehörden,
- die Ferienordnung

und erläßt die hierfür erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

(4) Grundlage für Unterricht und Erziehung bilden die Bildungs- und Lehrpläne sowie die Stundentafeln, in denen Art und Umfang des Unterrichtsangebotes einer Schulart festgelegt sind. Bildungs- und Lehrpläne sowie Stundentafeln richten sich nach dem durch Verfassung, § 1 und die jeweilige Schulart

vorgegebenen Erziehungs- und Bildungsauftrag; sie haben die erzieherische Aufgabe der Schule und die entsprechend der Schulart angestrebte Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu berücksichtigen. Die Bildungs- und Lehrpläne werden im Amtsblatt des Kultusministeriums bekanntgemacht. Bei Bildungs- und Lehrplänen, die nur für wenige Schulen gelten, kann ausnahmsweise hiervon abgesehen werden; in diesem Fall sind die Bildungs- und Lehrpläne den Schulen zu übersenden.

(5) Das Kultusministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Zuständigkeiten, die durch dieses Gesetz begründet sind, auf nachgeordnete Schulaufsichtsbehörden zu übertragen, soweit dies zur sachgerechten Erledigung geboten erscheint. Soweit die obere Schulaufsichtsbehörde betroffen ist, bedarf die Rechtsverordnung des Einvernehmens des Innenministeriums.

§ 35 a **Zulassung von Lehr- und Lernmitteln**

(1) Das Kultusministerium kann die Verwendung von Lehr- und Lernmitteln, insbesondere die Verwendung der Schulbücher, durch Rechtsverordnung von seiner Zulassung abhängig machen, wenn und soweit dies zur Erfüllung des Erziehungs- und Bildungsauftrags der Schule sowie der eigenständigen Aufgaben der jeweiligen Schulart erforderlich ist. Das Kultusministerium kann die Zuständigkeit für die Zulassung von Schulbüchern unbeschadet seiner Fachaufsicht durch Rechtsverordnung auch einer anderen Stelle übertragen.

(2) Zulassungsvoraussetzungen sind insbesondere

1. Übereinstimmung mit den durch Grundgesetz, Landesverfassung und Schulgesetz vorgegebenen Erziehungszielen,
2. Übereinstimmung mit den Zielen und Inhalten des entsprechenden Lehrplans sowie angemessene didaktische Aufbereitung der Stoffe,
3. Altersgemäßheit bei der Aufbereitung der Inhalte sowie die sprachliche Form,
4. Einbindung von Druckbild, graphischer Gestaltung und Ausstattung in der jeweiligen didaktischen Zielsetzung.

§ 36 **Aufsicht über die Erfüllung der dem Schulträger obliegenden Angelegenheiten**

Für die Aufsicht über die Erfüllung der dem Schulträger nach diesem Gesetz obliegenden Aufgaben sind, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, die Rechtsaufsichtsbehörde und die Schulaufsichtsbehörde zuständig mit der Maßgabe, dass das Informationsrecht nach § 120 der Gemeindeordnung beiden Behörden zusteht und dass Maßnahmen nach §§ 121 bis 124 der Gemeindeordnung von der Rechtsaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde getroffen werden.

§ 37 **Besondere Schulaufsichtsbeamte**

Das Kultusministerium und mit seiner Ermächtigung die oberen Schulaufsichtsbehörden können im öffentlichen Schuldienst stehende Lehrer, welche die Voraussetzungen nach § 32 Abs. 3 erfüllen, für besondere Aufgaben der Schulaufsicht bestellen; soweit für diese Aufgaben eine schulpsychologische Beratung erforderlich ist, können auch Schulpsychologen bestellt werden.

5. TEIL

Lehrkräfte, Schulleitung; Lehrerkonferenzen, Schulkonferenz; örtliche Schulverwaltung

A. Lehrkräfte, Schulleitung (§§ 38-43)

§ 38 **Lehrkräfte**

(1) Die Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen stehen im Dienst des Landes.

(2) Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 2 Abs. 1 dürfen in der Schule keine politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnliche äußeren Bekundungen abgeben, die geeignet sind, die Neutralität des Landes gegenüber Schülern und Eltern oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden zu gefährden oder zu stören. Insbesondere ist ein äußeres Verhalten unzulässig, welches bei Schülern oder Eltern den Eindruck hervorrufen kann, dass eine Lehrkraft gegen die Menschenwürde, die Gleichberechtigung der Menschen nach Artikel 3 des Grundgesetzes, die Freiheitsgrundrechte oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung auftritt. Die Wahrnehmung des Erziehungsauftrags nach Artikel 12 Abs. 1, Artikel 15 Abs. 1 und Artikel 16 Abs. 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und die entsprechende Darstellung christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte oder Traditionen widerspricht nicht dem Verhaltensgebot nach Satz 1. Das religiöse Neutralitätsgebot des Satzes 1 gilt nicht im Religionsunterricht nach Artikel 18 Satz 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg.

(3) Die Ernennung eines Bewerbers nach § 8 des Beamtenstatusgesetzes für eine Tätigkeit an öffentlichen Schulen nach § 2 Abs. 1 setzt als persönliches Eignungsmerkmal voraus, dass er die Gewähr für die Einhaltung des Absatzes 2 in seiner gesamten, voraussichtlichen Dienstzeit bietet. Für die Versetzung einer Lehrkraft eines anderen Dienstherren in den baden-württembergischen Schuldienst gilt Satz 1 entsprechend.

(4) Für die Ableistung des Vorbereitungsdienstes für ein Lehramt können auf Antrag Ausnahmen von den Absätzen 2 und 3 im Einzelfall vorgesehen werden, soweit die Ausübung der Grundrechte es zwingend erfordert und zwingende öffentliche Interessen an der Wahrung der amtlichen Neutralität und des Schulfriedens nicht entgegenstehen.

(5) Absätze 2 bis 4 gelten entsprechend für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis.

(6) Die Lehrkräfte tragen im Rahmen der in Grundgesetz, Verfassung des Landes Baden-Württemberg und § 1 dieses Gesetzes niedergelegten Erziehungsziele und der Bildungspläne sowie der übrigen für sie geltenden Vorschriften und Anordnungen die unmittelbare pädagogische Verantwortung für die Erziehung und Bildung der Schüler.

§ 39 Schulleiter

(1) Für jede Schule ist ein Schulleiter zu bestellen, der zugleich Lehrer an der Schule ist.

(2) Zum Schulleiter kann nur bestellt werden, wer die Befähigung zum Lehramt einer Schulart besitzt, die an der Schule besteht, und für die mit der Schulleitung verbundenen Aufgaben geeignet ist. An Gemeinschaftsschulen und Schulen besonderer Art kann zum Schulleiter bestellt werden, wer die Befähigung für das wissenschaftliche Lehramt einer der in §§ 5 bis 8 oder in § 15 genannten Schularten besitzt.

(3) Der Schulleiter wird von der Schulaufsichtsbehörde in sein Amt eingeführt.

(4) Bis zur ordnungsmäßigen Wiederbesetzung einer freigewordenen Schulleiterstelle kann die Schulaufsichtsbehörde einen beauftragten Schulleiter bestellen. Die Stelle soll innerhalb von sechs Monaten wiederbesetzt werden.

§ 40 Mitwirkung der Schulkonferenz und des Schulträgers bei der Besetzung der Schulleiterstelle

(1) Bei der Besetzung der Schulleiterstelle an den Schulen wirken mit:

1. Die Schulkonferenz, mit Ausnahme der minderjährigen Schülervertreter, bei Schulen mit mindestens vier Lehrerstellen. An den Schulen mit Elternbeirat und Schülerrat treten an die Stelle der minderjährigen Schülervertreter volljährige Stellvertreter oder, soweit keine vorhanden sind, in entsprechender Zahl weitere gemäß § 47 Abs. 10 Satz 1 gewählte Vertreter der Eltern;

2. der Schulträger.

(2) Vor der Ernennung des Schulleiters unterrichtet die obere Schulaufsichtsbehörde die Schulkonferenz und den Schulträger über alle eingegangenen Bewerbungen. Sie hat über alle Bewerber weitere für die Frage der Eignung sachdienliche Informationen zu erteilen. Unterrichtung und Erklärung können schriftlich erfolgen. Die obere Schulaufsichtsbehörde kann damit die untere Schulaufsichtsbehörde beauftragen.

(3) Die Schulkonferenz und der Schulträger sind berechtigt, Besetzungsvorschläge zu machen. Die Vorschlagsberechtigten sind gehalten, bei sonst gleichen Qualifikationen der Bewerber dem Bewerber den Vorzug zu geben, der der Schule nicht angehört. Die Besetzungsvorschläge sind von der Schulkonferenz innerhalb von vier Wochen, vom Schulträger innerhalb von sechs Wochen zu machen. Der Vorsitzende der Schulkonferenz unterrichtet den Schulträger über deren Vorschläge.

(4) Die obere Schulaufsichtsbehörde setzt sich mit der Schulkonferenz und dem Schulträger ins Benehmen, falls sie deren Vorschlägen nicht entspricht. Auf Verlangen eines der Beteiligten findet eine mündliche Erörterung statt. Kommt eine Einigung innerhalb von vier Wochen nicht zustande, entscheidet die oberste Schulaufsichtsbehörde. Im übrigen erfolgt die Besetzung der Schulleiterstellen nach den dienstrechtlichen Bestimmungen.

(5) Absatz 1 Nr. 1 gilt nicht für neu einzurichtende Schulen, solange Gesamtlehrerkonferenz und Elternbeirat nicht bestehen.

(6) Im übrigen gelten die Vorschriften des § 47 Abs. 9 Satz 2, Abs. 11 und 13 entsprechend.

§ 41

Aufgaben des Schulleiters

(1) Der Schulleiter ist Vorsitzender der Gesamtlehrerkonferenz. Er leitet und verwaltet die Schule und ist, unterstützt von der Gesamtlehrerkonferenz, verantwortlich für die Besorgung aller Angelegenheiten der Schule und für eine geordnete und sachgemäße Schularbeit, soweit nicht auf Grund dieses Gesetzes etwas anderes bestimmt ist. Insbesondere obliegen ihm

- die Aufnahme und die Entlassung der Schüler, die Sorge für die Erfüllung der Schulpflicht, die Verteilung der Lehraufträge sowie die Aufstellung der Stunden- und Aufsichtspläne,
- die Anordnung von Vertretungen,
- die Vertretung der Schule nach außen und die Pflege ihrer Beziehungen zu Elternhaus, Kirchen, Berufsausbildungsstätte, Einrichtungen der Jugendhilfe und Öffentlichkeit,
- die Aufsicht über die Schulanlage und das Schulgebäude, die Ausübung des Hausrechts und die Verwaltung und Pflege der der Schule überlassenen Gegenstände; dabei sind die Anordnungen des Schulträgers, die nicht in den inneren Schulbetrieb eingreifen dürfen, für den Schulleiter verbindlich.

(2) Der Schulleiter ist in Erfüllung seiner Aufgaben weisungsberechtigt gegenüber den Lehrern seiner Schule. Er ist verantwortlich für die Einhaltung der Bildungs- und Lehrpläne und der für die Notengebung allgemein geltenden Grundsätze sowie ermächtigt, Unterrichtsbesuche vorzunehmen und dienstliche Beurteilungen über die Lehrer der Schule für die Schulaufsichtsbehörde abzugeben.

(3) Für den Schulträger führt der Schulleiter die unmittelbare Aufsicht über die an der Schule tätigen, nicht im Dienst des Landes stehenden Bediensteten; er hat ihnen gegenüber die aus der Verantwortung für einen geordneten Schulbetrieb sich ergebende Weisungsbefugnis.

(4) Nähere Vorschriften erläßt das Kultusministerium durch Dienstordnung für die Schulleiter.

§ 42

Stellvertretender Schulleiter und weitere Funktionsträger

(1) Der Stellvertretende Schulleiter ist der ständige und allgemeine Vertreter des Schulleiters. Falls ein Stellvertretender Schulleiter nicht vorhanden oder ebenfalls verhindert ist, wird der Schulleiter vom dienstältesten Lehrer der Schule vertreten. Die Schulaufsichtsbehörde kann anstelle des dienstältesten Lehrers einen anderen Vertreter bestimmen.

(2) Der Stellvertretende Schulleiter und die Funktionsträger zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben an Gymnasien und beruflichen Schulen sowie gegebenenfalls die von der Schulaufsichtsbehörde bestellten Lehrer aller Schularten mit vergleichbaren Funktionen unterstützen den Schulleiter bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Das Nähere regelt das Kultusministerium durch Dienstordnung.

§ 43

Geschäftsführender Schulleiter

(1) Die Schulaufsichtsbehörde kann für die Schulen einer Schulart oder mehrerer Schularten im Gebiet eines Schulträgers aus dem Kreis der Schulleiter einen geschäftsführenden Schulleiter bestellen, der alle Angelegenheiten, die eine einheitliche Behandlung erfordern oder ihm durch besondere Anordnung übertragen werden, zu besorgen hat.

(2) Die geschäftsführenden Schulleiter im Gebiet eines Schulträgers haben bei der Besorgung von Angelegenheiten, die mit Rücksicht auf die Einheit des örtlichen Schulwesens einheitlich geregelt werden müssen, das gegenseitige Einvernehmen herzustellen, bei allen übrigen verschiedenen Schularten berührenden Angelegenheiten sich miteinander ins Benehmen zu setzen.

B. Lehrerkonferenz, Schulkonferenz

(§§ 44- 47)

§ 44

Allgemeines

(1) Die Lehrerkonferenzen beraten und beschließen alle wichtigen Maßnahmen, die für die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule notwendig sind und ihrer Art nach ein Zusammenwirken der Lehrer erfordern. Sie fördern die Zusammenarbeit und dienen auch der gegenseitigen Unterstützung der Lehrer sowie dem Austausch von Erfahrungen und Anregungen.

(2) Die einzelnen Lehrerkonferenzen beachten bei ihrer Arbeit und ihren Beschlüssen den durch Rechtsvorschriften und Verwaltungsanordnungen gesetzten Rahmen sowie die pädagogische Verantwortung des einzelnen Lehrers, die Verantwortlichkeit des Schulleiters und die Aufgaben der anderen Lehrerkonferenzen, der Schulkonferenz sowie anderweitig begründete Zuständigkeiten.

(3) Die Beschlüsse der Gesamtlehrerkonferenz sind für Schulleiter und Lehrer bindend. Ist der Schulleiter der Auffassung, daß ein Konferenzbeschluß gegen eine Rechtsvorschrift oder eine Verwaltungsanordnung verstößt, oder daß er für die Ausführung des Beschlusses nicht die Verantwortung übernehmen kann, hält aber die Gesamtlehrerkonferenz in einer zweiten Sitzung den Beschluß aufrecht, so hat der Schulleiter die Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde einzuholen. Bis zu dieser Entscheidung darf der Beschluß nicht ausgeführt werden.

§ 45

Arten, Einrichtungen und Aufgaben der Lehrerkonferenzen

(1) Lehrerkonferenzen sind die Gesamtlehrerkonferenz und die Teilkonferenzen. Die Gesamtlehrerkonferenz besteht an jeder Schule. Teilkonferenzen sind insbesondere die Klassenkonferenz, die Fachkonferenz und für Schulen, die in Abteilungen gegliedert sind, die Abteilungskonferenz.

(2) Es berät und beschließt, unbeschadet der Zuständigkeit der Schulkonferenz,

- die Gesamtlehrerkonferenz über Angelegenheiten, die für die Schule von wesentlicher Bedeutung sind,
- die Klassenkonferenz über Fragen von allgemeiner Bedeutung für die Erziehungs- und Unterrichtsarbeit der Klasse,
- die Fachkonferenz über besondere Angelegenheiten, die ein Fach oder eine Fächergruppe betreffen,
- die Abteilungskonferenz über Fragen von allgemeiner Bedeutung für die Abteilung.

(3) Für Bildungszentren und für Schulen im Regionalen Verbund können Konferenzen, denen Lehrer der beteiligten Schulen angehören, gebildet werden, die über gemeinsame, der Abstimmung bedürftige Angelegenheiten beraten und beschließen.

§ 46 Konferenzordnungen

(1) Das Kultusministerium wird ermächtigt, durch Konferenzordnungen das Nähere über Bildung von Teilkonferenzen und Konferenzen nach § 45 Abs. 3, Aufgaben, Zusammensetzung einschließlich Vorsitz, Mitgliedschaft sowie Teilnahmerecht und -pflicht, Stimmrecht, Bildung von Ausschüssen sowie Verfahren der Lehrerkonferenzen zu regeln. Dabei kann das Kultusministerium auch Bestimmungen darüber erlassen, welche Teilkonferenzen an die Stelle der Klassenkonferenz treten, soweit Klassen nicht im Verband geführt werden, sowie darüber, welche Lehrer dann die Aufgaben der Klassenlehrer wahrnehmen.

(2) Die Übertragung weiterer Aufgaben durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften bleibt unberührt.

§ 47 Schulkonferenz

(1) Die Schulkonferenz ist das gemeinsame Organ der Schule. Sie hat die Aufgabe, das Zusammenwirken von Schulleitung, Lehrern, Eltern, Schülern und der für die Berufserziehung Mitverantwortlichen zu fördern, bei Meinungsverschiedenheiten zu vermitteln sowie über Angelegenheiten, die für die Schule von wesentlicher Bedeutung sind, zu beraten und nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 zu beschließen.

(2) Die Schulkonferenz kann gegenüber dem Schulleiter und anderen Konferenzen Anregungen und Empfehlungen geben. Eine Empfehlung muß auf der nächsten Sitzung der zuständigen Konferenz beraten werden.

(3) Die Schulkonferenz entscheidet nach Maßgabe dieses Gesetzes über:

1. Die Vereinbarung von Schulpartnerschaften,
2. die Verteilung des Unterrichts auf fünf oder sechs Wochentage, den Unterrichtsbeginn und den Tag der Einschulung in die Grundschule,
3. allgemeine Angelegenheiten der Schülermitverantwortung,
4. die Stellungnahme der Schule gegenüber dem Schulträger zur
 - a) Namensgebung der Schule,
 - b) Änderung des Schulbezirks,

5. Stellungnahmen der Schule zur Durchführung der Schülerbeförderung,
6. Grundsätze über die Einrichtung freiwilliger Arbeitsgemeinschaften, die nicht generell vorgesehen sind und die zu keinen Berechtigungen führen,
7. die Anforderung von Haushaltsmitteln gegenüber dem Schulträger.

(4) Die Schulkonferenz ist anzuhören:

1. Zu Beschlüssen der Gesamtlehrerkonferenz
 - a) zu allgemeinen Fragen der Erziehung und des Unterrichts an der Schule,
 - b) über die Verwendung der der Schule zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel im Rahmen ihrer Zweckbestimmung,
2. vor Einrichtung oder Beendigung eines Schulversuchs,
3. vor Änderung der Schulart, der Schulform oder des Schultyps sowie der dauernden Teilung oder Zusammenlegung und der Erweiterung oder Aufhebung der Schule,
4. vor Genehmigung von wissenschaftlichen Forschungsvorhaben an der Schule,
5. bei Entscheidungen über Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen nach Maßgabe von § 90 Abs. 4,
6. zu Stellungnahmen der Schule gegenüber dem Schulträger zur Ausstattung und Einrichtung der Schule sowie Baumaßnahmen.

(5) Folgende Angelegenheiten werden in der Schulkonferenz beraten und bedürfen ihres Einverständnisses:

1. Erlaß der Schul- und Hausordnung,
2. Beschlüsse zu allgemeinen Fragen der Klassenarbeiten und Hausaufgaben,
3. Beschlüsse zur einheitlichen Durchführung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften an der Schule,
4. Grundsätze über die Durchführung von besonderen Schulveranstaltungen, die die gesamte Schule berühren,
5. Grundsätze über die Durchführung von außerunterrichtlichen Veranstaltungen (z. B. Klassenfahrten, Schullandheimaufenthalte),
6. Festlegung der schuleigenen Stundentafel im Rahmen der Kontingentstundentafel und Entwicklung schuleigener Curricula im Rahmen des Bildungsplanes. Für das Fach Religionslehre bleibt die Beteiligung der Beauftragten der Religionsgemeinschaften unberührt,
7. die Zustimmung zu einer Änderung der Schulart in eine Gemeinschaftsschule.

(6) Bei Angelegenheiten, die den Schulträger berühren, ist ihm Gelegenheit zu geben, beratend mitzuwirken.

(7) Die Beschlüsse der Schulkonferenz nach Absatz 3 sind für Schulleiter und Lehrer bindend. Ist der Schulleiter der Auffassung, daß ein Beschluß der Schulkonferenz gegen eine Rechtsvorschrift oder eine Verwaltungsanordnung verstößt oder daß er für die Ausführung des Beschlusses nicht die Verantwortung übernehmen kann, hält aber die Schulkonferenz in einer zweiten Sitzung den Beschluß aufrecht, so hat der Schulleiter die Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde einzuholen. Bis zu dieser Entscheidung darf der Beschluß nicht ausgeführt werden.

(8) Verweigert die Schulkonferenz in den in Absatz 5 genannten Angelegenheiten ihr Einverständnis und hält die zuständige Lehrerkonferenz nach nochmaliger Beratung an ihrem Beschluß fest, hat der Schulleiter die Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde einzuholen.

(9) Der Schulkonferenz gehören bei Schulen mit mindestens 14 Lehrerstellen an

1. der Schulleiter als Vorsitzender,
2. der Elternbeiratsvorsitzende als stellvertretender Vorsitzender,
3. sechs Vertreter der Lehrer,
4. bei Schulen, für die
 - a) kein Schülerrat vorgesehen ist, fünf Vertreter der Eltern,
 - b) kein Elternbeirat vorgesehen ist, der Schülersprecher und fünf weitere Vertreter der Schüler,
 - c) Elternbeirat und Schülerrat vorgesehen sind, zwei Vertreter der Eltern sowie der Schülersprecher und zwei weitere Vertreter der Schüler; die Schüler müssen mindestens der siebten Klasse angehören,
5. an Schulen mit Berufsschule, einem sonstigen Bildungsgang, in dem neben der schulischen Ausbildung ein Berufsausbildungsvertrag geschlossen wird, oder entsprechender Sonderschule drei weitere Vertreter aus dem Kreis der für die Berufserziehung der Schüler Mitverantwortlichen sowie drei weitere Vertreter der Lehrer,
6. ein Verbindungslehrer mit beratender Stimme bei allgemeinen Angelegenheiten der Schülermitverantwortung.

Für Schulen mit weniger als 14 Lehrerstellen regelt das Kultusministerium durch Rechtsverordnung die Zahl der Vertreter der einzelnen Gruppen in der Schulkonferenz, wobei das Verhältnis der einzelnen Gruppen zueinander Satz 1 entsprechen muß.

(10) Die Gesamtlehrerkonferenz, der Elternbeirat, der Schülerrat und die Vertretung der für die Berufserziehung der Schüler Mitverantwortlichen wählen jeweils ihre Vertreter und Stellvertreter. Stellvertreter des Schulleiters ist unbeschadet der Bestimmungen über den Vorsitz sein Vertreter gemäß § 42 Abs. 1; ist dieser gewähltes Mitglied der Schulkonferenz, tritt an seine Stelle insoweit ein gewählter Stellvertreter. Die Mitglieder der Schulkonferenz sind bei der Ausübung ihres Stimmrechts an Weisungen und Aufträge nicht gebunden.

(11) Die Beratungen der Schulkonferenz sind nicht öffentlich. Sie sind vertraulich, soweit es sich um Tatsachen handelt, die ihrer inhaltlichen Bedeutung nach der Vertraulichkeit bedürfen. Tatsachen, deren Bekanntgeben ein schutzwürdiges Interesse von Schülern, Eltern, Lehrern oder anderen Personen verletzen könnten, bedürfen der vertraulichen Behandlung. Die Schulkonferenz kann darüber hinaus die Vertraulichkeit einzelner Beratungsgegenstände feststellen. Für die Verletzung der Verschwiegenheitspflicht der Lehrer gelten die beamten- und tarifrechtlichen Vorschriften. Verletzt ein sonstiger Vertreter die Vertraulichkeit, so kann er durch Beschluß der Schulkonferenz mit zwei Dritteln der

Stimmen der anwesenden Mitglieder zeitweilig oder ganz von der weiteren Teilnahme ausgeschlossen werden. An seine Stelle tritt der Stellvertreter.

(12) Die Schulkonferenz tritt mindestens einmal im Schulhalbjahr zusammen. Eine Sitzung ist einzuberufen, wenn dies mindestens ein Drittel ihrer Mitglieder, die Elterngruppe oder die Schülergruppe unter Angabe der Verhandlungsgegenstände beantragt.

(13) Das Kultusministerium kann, soweit erforderlich, durch Rechtsverordnung

1. bei Heimschulen und Sonderschulen die Schulkonferenz den besonderen Verhältnissen dieser Schulen anpassen,
2. nähere Vorschriften erlassen über die Wahl der Mitglieder der Schulkonferenz und ihrer Stellvertreter, die Dauer der Amtszeit der gewählten Mitglieder und die Geschäftsordnung der Schulkonferenz.

C. Örtliche Schulverwaltung (§§ 48-54)

§ 48

Örtliche Schulverwaltung

(1) Die Gemeinden, die Landkreise und die Schulverbände verwalten die ihnen als Schulträger obliegenden Angelegenheiten als Pflichtaufgaben.

(2) Der Schulträger errichtet und unterhält die Schulgebäude und Schulräume, stellt die sonstigen für die Schule erforderlichen Einrichtungen und Gegenstände zur Verfügung, beschafft die Lehr- und Lernmittel und bestellt die Bediensteten, die nicht im Dienst des Landes stehen. Der Schulträger soll dem Schulleiter die zur Deckung des laufenden Lehrmittelbedarfs erforderlichen Mittel zur selbständigen Bewirtschaftung überlassen.

(3) Das Kultusministerium erläßt im Einvernehmen mit dem Innenministerium und im Benehmen mit den kommunalen Landesverbänden Richtlinien über die Ausstattung der Schule mit Lehrmitteln und Verwaltungskräften.

§ 49

Schulbeirat

Der Schulträger nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 hört in allen wichtigen Schulangelegenheiten Vertreter der Schulleiter, der Lehrer, der Eltern, der Schüler und Vertreter der Religionsgemeinschaften, die an einer seiner Schulen Religionsunterricht erteilen, bei beruflichen Schulen auch Vertreter der für die Berufserziehung der Schüler Mitverantwortlichen. Der Schulträger kann zur Wahrnehmung dieser Aufgabe einen Schulbeirat als beschließenden oder beratenden Ausschuß bilden.

§ 50

(aufgehoben)

§ 51

Benützung von Schulräumen

Räume und Plätze öffentlicher Schulen dürfen nicht für Zwecke verwendet werden, die den Belangen der Schule widersprechen. Über die Verwendung für andere als schulische Zwecke entscheidet der Schulträger im Benehmen mit dem Schulleiter. Ist der Schulleiter der Auffassung, dass die andere Verwendung schulischen Belangen widerspricht, so entscheidet die Rechtsaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde.

§ 52

(aufgehoben)

§ 53

(aufgehoben)

§ 54

(aufgehoben)

6. TEIL

Mitwirkung der Eltern und der für die Berufserziehung der Schüler Mitverantwortlichen an der Gestaltung des Lebens und der Arbeit der Schule; Schülermitverantwortung; Landesschulbeirat

A. Klassenpflegschaft, Elternbeiräte (§§ 55-61)

§ 55 Eltern und Schule

(1) Die Eltern haben das Recht und die Pflicht, an der schulischen Erziehung mitzuwirken. Die gemeinsame Verantwortung der Eltern und der Schule für die Erziehung und Bildung der Jugend fordert die vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Erziehungsträger. Schule und Elternhaus unterstützen sich bei der Erziehung und Bildung der Jugend und pflegen ihre Erziehungsgemeinschaft.

(2) Das Recht und die Aufgabe, die Erziehungsarbeit der Schule zu fördern und mitzugestalten, nehmen die Eltern

1. in der Klassenpflegschaft,
2. in den Elternvertretungen und
3. in der Schulkonferenz

wahr.

(3) Unbeschadet der Rechte volljähriger Schüler können deren Eltern die Aufgaben nach Absatz 2 wahrnehmen. Die Schule kann ihnen auch personenbezogene Auskünfte erteilen oder Mitteilungen machen, wenn kein gegenteiliger Wille der volljährigen Schüler erkennbar ist oder wenn eine Gefahr für wesentlich überwiegende Rechtsgüter wie Leben, Leib, Freiheit oder Eigentum zu befürchten ist und die Auskunft oder Mitteilung angemessen ist, die Gefahr abzuwenden oder zu verringern. Dies gilt auch, wenn der Ausschluss aus der Schule angedroht wird oder ein Schüler die Schule gegen seinen Willen verlassen muss. Volljährige Schüler sind über die Möglichkeit personenbezogener Auskünfte und Mitteilungen an die Eltern, wenn kein gegenteiliger Wille der volljährigen Schüler erkennbar ist, allgemein oder im Einzelfall zu belehren.

(4) Angelegenheiten einzelner Schüler können die Elternvertretungen nur mit Zustimmung von deren Eltern behandeln.

(5) Die Elternvertreter üben ein Ehrenamt aus.

§ 56 Klassenpflegschaft

(1) Die Klassenpflegschaft dient der Pflege enger Verbindungen zwischen Eltern und Schule und hat die Aufgabe, das Zusammenwirken von Eltern und Lehrern in der gemeinsamen Verantwortung für die Erziehung der Jugend zu fördern. Eltern und Lehrer sollen sich in der Klassenpflegschaft gegenseitig beraten sowie Anregungen und Erfahrungen austauschen. Dem dient insbesondere die Unterrichtung und Aussprache über

1. Entwicklungsstand der Klasse (z. B. Leistung, Verhalten, besondere Probleme);
2. Stundentafel und differenziert angebotene Unterrichtsveranstaltungen (z. B. Fächerwahl, Kurse, Arbeitsgemeinschaften);
3. Kriterien und Verfahren zur Leistungsbeurteilung;

4. Grundsätze für Klassenarbeiten und Hausaufgaben sowie Versetzungsordnung und für Abschlußklassen Prüfungsordnung;
5. in der Klasse verwendete Lernmittel einschließlich Arbeitsmittel;
6. Schullandheimaufenthalte, Schulausflüge, Wandertage, Betriebsbesichtigungen u. ä. im Rahmen der beschlossenen Grundsätze der Gesamtlehrerkonferenz sowie sonstige Veranstaltungen für die Klasse;
7. Förderung der Schülermitverantwortung der Klasse, Durchführung der Schülerbeförderung;
8. grundsätzliche Beschlüsse der Gesamtlehrerkonferenz, der Schulkonferenz, des Elternbeirats und des Schülerrats.

Außerdem sollen die Lehrer im Rahmen des Möglichen auf Fragen zu besonderen methodischen Problemen und Unterrichtsschwerpunkten zur Verfügung stehen.

(2) Bei Meinungsverschiedenheiten über Lernmittel, die nicht dem Zulassungsverfahren des Kultusministeriums unterliegen, kann die Klassenpflegschaft die Schulkonferenz anrufen.

(3) Die Klassenpflegschaft besteht aus den Eltern der Schüler und den Lehrern der Klasse. Der Vorsitzende der Klassenpflegschaft lädt den Klassensprecher und dessen Stellvertreter zu geeigneten Tagesordnungspunkten ein; erweist sich ein Tagesordnungspunkt als nicht geeignet, setzt die Klassenpflegschaft die Behandlung des Tagesordnungspunktes ohne Schülervertreter fort.

(4) Vorsitzender der Klassenpflegschaft ist der Klassenelternvertreter, Stellvertreter der Klassenlehrer.

(5) Die Klassenpflegschaft tritt mindestens einmal im Schulhalbjahr zusammen. Eine Sitzung muß stattfinden, wenn ein Viertel der Eltern, der Klassenlehrer, der Schulleiter oder der Elternbeiratsvorsitzende darum nachsuchen.

(6) Die Elterngruppe in der Klassenpflegschaft kann in den Angelegenheiten des Absatzes 1 Nr. 1 bis 8 der Klassenkonferenz Vorschläge zur Beratung und Beschlußfassung vorlegen und an deren Beratung durch ihre gewählten Vertreter mitwirken; entsprechendes gilt für Jahrgangsstufen.

§ 57 Elternbeirat

(1) Der Elternbeirat ist die Vertretung der Eltern der Schüler einer Schule. Ihm obliegt es, das Interesse und die Verantwortung der Eltern für die Aufgaben der Erziehung zu wahren und zu pflegen, der Elternschaft Gelegenheit zur Information und Aussprache zu geben, Wünsche, Anregungen und Vorschläge der Eltern zu beraten und der Schule zu unterbreiten, an der Verbesserung der inneren und äußeren Schulverhältnisse mitzuarbeiten und das Verständnis der Öffentlichkeit für die Erziehungs- und Bildungsarbeit der Schule zu stärken. Er wird von Schule und Schulträger beraten und unterstützt. Im Rahmen seiner Aufgaben obliegt es dem Elternbeirat insbesondere

1. die Anteilnahme der Eltern am Leben und an der Arbeit der Schule zu fördern;
2. Wünsche und Anregungen aus Elternkreisen, die über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung sind, zu beraten und an die Schule weiterzuleiten;
3. das Verständnis der Erziehungsberechtigten für Fragen des Schullebens und der Unterrichtsgestaltung sowie der Erziehungsberatung zu fördern;
4. für die Belange der Schule beim Schulträger, bei der Schulaufsichtsbehörde und in der Öffentlichkeit einzutreten, soweit die Mitverantwortung der Eltern es verlangt;

5. an der Beseitigung von Störungen der Schularbeit durch Mängel der äußeren Schulverhältnisse mitzuwirken;
6. bei Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendschutzes und der Freizeitgestaltung, soweit sie das Leben der Schule berühren, mitzuwirken;
7. Maßnahmen, die eine Erweiterung oder Einschränkung der Schule oder eine wesentliche Änderung ihres Lehrbetriebs bewirken, zu beraten; dazu gehört auch die Änderung des Schultyps, die Teilung einer Schule oder ihre Zusammenlegung mit einer anderen Schule sowie die Durchführung von Schulversuchen;
8. die Festlegung der schuleigenen Stundentafel im Rahmen der Kontingentstundentafel und die Entwicklung schuleigener Curricula im Rahmen des Bildungsplanes zu beraten.

(2) Der Schulleiter unterrichtet den Elternbeirat über seine Rechte und Pflichten sowie alle Angelegenheiten, die für die Schule von allgemeiner Bedeutung sind, und erteilt die notwendigen Auskünfte. Der Elternbeirat soll gehört werden, bevor der Schulleiter Maßnahmen trifft, die für das Schulleben von allgemeiner Bedeutung sind.

(3) Die Eltern der Schüler einer Klasse wählen aus ihrer Mitte einen Klassenelternvertreter und dessen Stellvertreter. Die Klassenelternvertreter und ihre Stellvertreter bilden den Elternbeirat der Schule.

(4) Der Elternbeirat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Er gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 58

Gesamtelternbeirat, Arbeitskreise

(1) Die Vorsitzenden und je ein stellvertretender Vorsitzender der Elternbeiräte aller Schulen eines Schulträgers bilden den Gesamtelternbeirat. An ihrer Stelle und auf ihren Wunsch kann der Elternbeirat aus seiner Mitte andere Vertreter entsenden. Im Falle der Verhinderung der Mitglieder im Gesamtelternbeirat kann der Elternbeirat einer Schule Stellvertreter entsenden. Der Gesamtelternbeirat ist im Rahmen der in § 57 Abs. 1 bezeichneten Aufgaben für alle über den Bereich einer Schule hinausgehenden Angelegenheiten zuständig.

(2) Elternvertretungen können sich zu überörtlichen Arbeitskreisen zusammenschließen, um im Rahmen ihrer Zielsetzung Erfahrungen und Meinungen auszutauschen, gemeinsam Veranstaltungen durchzuführen und gemeinsame Stellungnahmen zu erarbeiten. Die Schulaufsichtsbehörden beraten und unterstützen solche Arbeitskreise.

§ 59

Sonderregelungen

(1) Für Berufsschulen und sonstige schulische Bildungsgänge, in denen neben der schulischen Ausbildung ein Berufsausbildungsvertrag geschlossen wird, sowie für die entsprechenden Sonderschulen gelten die Vorschriften der §§ 55 bis 57 mit folgender Maßgabe:

1. Anstelle von Klassenpflegschaften können Berufsgruppen- und Abteilungspflegschaften gebildet werden,
2. die für die Berufserziehung der Schüler Mitverantwortlichen gehören den Pflegschaften an, um die Erziehungsgemeinschaft zwischen Schule, Elternhaus und Berufsausbildungsstätte zu fördern.

(2) An den Kollegs, an den einjährigen Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife, an den Berufsoberschulen und an den Fachschulen mit Ausnahme der Fachschulen für Sozialpädagogik nach dem Gesetz zur Ausbildung der Fachkräfte an Kindergärten werden Klassenpflegschaften und Elternvertretungen nicht gebildet.

(3) An den Grundschulförderklassen und den Schulkindergärten werden Vertretungen der Eltern gebildet; § 55 Abs. 1 gilt entsprechend.

§ 60 Landeselternbeirat

(1) Der aus gewählten Vertretern der Eltern bestehende Landeselternbeirat berät das Kultusministerium in allgemeinen Fragen des Erziehungs- und Unterrichtswesens, insbesondere bei der Gestaltung der Bildungs- und Lehrpläne und der Zulassung der Schulbücher.

(2) Der Landeselternbeirat kann dem Kultusministerium Vorschläge und Anregungen unterbreiten. Das Kultusministerium unterrichtet den Landeselternbeirat über die wichtigen allgemeinen Angelegenheiten und erteilt ihm die notwendigen Auskünfte. Auch soll das Kultusministerium dem Landeselternbeirat allgemeine, die Gestaltung und Ordnung des Schulwesens betreffende Regelungen vor ihrem Inkrafttreten zuleiten.

(3) Der Landeselternbeirat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter und gibt sich eine Geschäfts- und Wahlordnung.

§ 61 Ausführungsvorschriften

Das Kultusministerium kann, soweit erforderlich durch Rechtsverordnung, nähere Vorschriften erlassen

1. über Zusammensetzung, Mitgliedschaft, Zuständigkeit, Wahl, Dauer der Amtszeit und Geschäftsordnung der Elternbeiräte, der Gesamtelternbeiräte, des Landeselternbeirats sowie der Klassen-, Berufsgruppen- und Abteilungspflegschaften; dabei kann das Kultusministerium regeln, welche organisatorischen Einheiten an die Stelle der Klassen treten, soweit diese nicht im Verband geführt werden, und Bestimmungen über die Zahl und die Wahl der Elternvertreter in diesen Klassenstufen sowie darüber erlassen, welche Lehrer dann die Aufgaben der Klassenlehrer wahrnehmen;
2. unter welchen Voraussetzungen gewählte Vertreter der Eltern von Schulen in freier Trägerschaft Mitglieder der Gremien nach § 58 Abs. 1 und § 60 sein können;
3. über Abweichungen zur Anpassung der Klassenpflegschaften und Elternbeiräte an die besonderen Verhältnisse der Sonderschulen und Heimschulen;
4. unter welchen Voraussetzungen anstelle der Eltern andere Erziehungsberechtigte oder mit Erziehungsrechten Beauftragte deren Befugnisse gemäß den §§ 55 bis 60 wahrnehmen.

B. Schülermitverantwortung (§§ 62-70)

§ 62 Aufgaben

(1) Die Schülermitverantwortung dient der Pflege der Beteiligung der Schüler an der Gestaltung des Schullebens, des Gemeinschaftslebens an der Schule, der Erziehung der Schüler zu Selbständigkeit und Verantwortungsbewußtsein.

(2) Der Wirkungsbereich der Schülermitverantwortung ergibt sich aus der Aufgabe der Schule. Die Schüler haben in diesem Rahmen die Möglichkeit, ihre Interessen zu vertreten und durch selbstgewählte oder übertragene Aufgaben eigene Verantwortung zu übernehmen.

(3) Die Schülermitverantwortung ist von allen am Schulleben Beteiligten und den Schulaufsichtsbehörden zu unterstützen.

§ 63 Klassenschülerversammlung, Schülervertreter

(1) Die Schüler wirken in der Schule mit durch

1. die Klassenschülerversammlung;
2. die Schülervertreter.

Schülervertreter sind die Klassensprecher, der Schülerrat und der Schülersprecher.

(2) An allen Schulen wählen die Schüler ab Klasse 5 nach den Grundsätzen, die für demokratische Wahlen gelten, ihre Schülervertreter.

(3) Klassenschülerversammlung und Schülervertreter haben kein politisches Mandat.

§ 64

Klassenschülerversammlung

(1) Die Klassenschülerversammlung hat die Aufgabe, in allen Fragen der Schülermitverantwortung, die sich bei der Arbeit der Klasse ergeben, zu beraten und zu beschließen. Sie fördert die Zusammenarbeit mit den Lehrern der Klasse.

(2) An Klassen, für die keine Klassenpflegschaft gebildet wird, kann die Klassenschülerversammlung die Befugnisse der Eltern in der Klassenpflegschaft gemäß § 56 Abs. 1 und 2 wahrnehmen.

§ 65

Klassensprecher

(1) Von Klasse 5 an wählen die Schüler jeder Klasse aus ihrer Mitte zu Beginn des Schuljahres einen Klassensprecher und seinen Stellvertreter.

(2) Der Klassensprecher vertritt die Interessen der Schüler der Klasse und unterrichtet die Klassenschülerversammlung über alle Angelegenheiten, die für sie von allgemeiner Bedeutung sind.

§ 66

Schülerrat

(1) Dem Schülerrat gehören an

1. der Schülersprecher und seine Stellvertreter,
2. an Hauptschulen und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Kollegs die Klassensprecher und ihre Stellvertreter,
3. an beruflichen Schulen die Klassensprecher.

(2) Der Schülerrat ist für alle Fragen der Schülermitverantwortung zuständig, welche die Schule in ihrer Gesamtheit angehen. Der Schulleiter unterrichtet den Schülerrat über Angelegenheiten, die für die Schülermitverantwortung von allgemeiner Bedeutung sind.

(3) Der Schülerrat erläßt Regelungen, in denen insbesondere das Nähere über die Arbeitsweise der Schülermitverantwortung an der Schule und das Verfahren für die Wahl ihrer Schülervertreter festgelegt werden (SMV-Satzung).

§ 67

Schülersprecher

(1) Die Klassensprecher und ihre Stellvertreter wählen aus den Schülern ihrer Schule den Schülersprecher und aus ihrer Mitte einen oder mehrere Stellvertreter. Die SMV-Satzung kann vorsehen, dass der Schülersprecher und ein Stellvertreter von den Schülern der Schule direkt gewählt werden.

(2) Der Schülersprecher ist Vorsitzender des Schülerrats. Er vertritt die Interessen der Schüler der Schule.

(3) Der Schülersprecher, der Schulleiter und der Verbindungslehrer (§ 68) sollen in regelmäßigen Abständen zusammentreffen, um die Angelegenheiten der Schülermitverantwortung zu besprechen und um sich gegenseitig zu informieren.

§ 68 Verbindungslehrer

(1) Der Schülerrat wählt einen oder mehrere, höchstens jedoch drei Verbindungslehrer mit deren Einverständnis.

(2) Die Verbindungslehrer beraten die Schülermitverantwortung, unterstützen sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und fördern ihre Verbindung zu den Lehrern, dem Schulleiter und den Eltern. Sie können an allen Veranstaltungen der Schülermitverantwortung, insbesondere auch an den Sitzungen der Schülervereine beratend teilnehmen.

§ 69 Landesschülerbeirat, Arbeitskreise der Schüler

(1) Der aus gewählten Vertretern der Schüler bestehende Landesschülerbeirat vertritt in allgemeinen Fragen des Erziehungs- und Unterrichtswesens die Anliegen der Schüler gegenüber dem Kultusministerium.

(2) Der Landesschülerbeirat kann dem Kultusministerium Vorschläge und Anregungen unterbreiten. Das Kultusministerium unterrichtet den Landesschülerbeirat über die wichtigen allgemeinen Angelegenheiten und erteilt ihm die notwendigen Auskünfte. Auch soll das Kultusministerium dem Landesschülerbeirat allgemeine, die Gestaltung und Ordnung des Schulwesens betreffende Regelungen vor ihrem Inkrafttreten zuleiten.

(3) Der Landesschülerbeirat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

(4) Im Rahmen der Schülermitverantwortung können sich Schüler mehrerer Schulen zu Arbeitskreisen zusammenschließen, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen. Über die Beteiligung an einem solchen Arbeitskreis entscheidet der Schülerrat der einzelnen Schule. An den Sitzungen kann ein Verbindungslehrer der beteiligten Schulen mit beratender Stimme teilnehmen.

§ 70 Ausführungsvorschriften, Sonderregelungen

(1) Das Kultusministerium kann, soweit erforderlich durch Rechtsverordnung, nähere Vorschriften erlassen über Einrichtung und Aufgaben der Schülermitverantwortung, insbesondere über

1. Aufgaben der Klassenschülerversammlung und der Schülervereine sowie Wahl der Schülervertreter; dabei können den Verhältnissen der Berufsschulklassen entsprechende besondere Vorschriften über Tagessprecher, welche die Klassensprecher aus ihrer Mitte wählen, sowie die Aufgaben dieser Schülervertreter erlassen werden;
2. Erlaß und Inhalt der SMV-Satzung;
3. Aufgaben, Wahl und Amtszeit der Verbindungslehrer;
4. die Zusammensetzung, Mitgliedschaft, Zuständigkeit, Wahl, Dauer der Amtszeit und Geschäftsordnung des Landesschülerbeirats sowie die Voraussetzungen, unter denen gewählte Vertreter der Schüler von Schulen in freier Trägerschaft Mitglieder sein können;
5. Aufgaben, Zusammensetzung und Geschäftsordnung der Arbeitskreise der Schüler gemäß § 69 Abs. 4;

6. die Schülermitverantwortung in bezug auf die organisatorischen Einheiten, die an die Stelle der Klassen treten, soweit diese nicht mehr im Verband geführt werden, und Bestimmungen über die Zahl und die Wahl der Schülervertreter in diesen Klassenstufen.

(2) Die Schüler der Sonderschulen verwirklichen die Schülermitverantwortung, soweit es ihre Eigenart und das Bildungsziel der Schule zulassen. Das Kultusministerium kann das Nähere, soweit erforderlich durch Rechtsverordnung, regeln.

C. Landesschulbeirat

§ 71

Landesschulbeirat

(1) Der Landesschulbeirat berät das Kultusministerium bei der Vorbereitung grundsätzlicher Maßnahmen auf dem Gebiet des Schulwesens. Er ist berechtigt, dem Kultusministerium Vorschläge und Anregungen zu unterbreiten.

(2) Dem Landesschulbeirat gehören an Vertreter der Eltern, der Lehrer, der für die Berufserziehung der Schüler Mitverantwortlichen, der Schüler, der kommunalen Landesverbände, der Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie Personen, die durch ihre Erfahrung in Bildungs- und Erziehungsfragen die Arbeit des Beirats besonders zu fördern vermögen.

(3) Die Mitglieder des Landesschulbeirats werden vom Kultusministerium berufen. Sie wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Vorsitzende führt die Geschäfte des Landesschulbeirats und vertritt ihn nach außen.

(4) Die Amtszeit des Landesschulbeirats dauert drei Jahre.

(5) Der Landesschulbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung.

(6) Das Kultusministerium kann, soweit erforderlich durch Rechtsverordnung, nähere Vorschriften erlassen über Zusammensetzung, Mitgliedschaft, Zuständigkeit, Wahl und Geschäftsordnung des Landesschulbeirats; dabei kann die Dauer der Amtszeit der Schülervertreter abweichend von Absatz 4 festgelegt werden.

7. TEIL

Schüler

A. Schulpflicht

§ 72

Schulpflicht, Pflichten der Schüler

(1) Schulpflicht besteht für alle Kinder und Jugendlichen, die im Land Baden-Württemberg ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre Ausbildungs- oder Arbeitsstätte haben. Die Schulaufsichtsbehörde kann ausländische Jugendliche, die mindestens vierzehn Jahre alt sind, auf Antrag in besonderen Härtefällen von der Pflicht zum Besuch einer auf der Grundschule aufbauenden Schule, der Berufsschule und der Sonderschule zeitweilig oder auf Dauer befreien, insbesondere wenn wegen der Kürze der verbleibenden Schulbesuchszeit eine sinnvolle Förderung nicht erwartet werden kann. Schulpflichtig im Sinne des Satzes 1 ist auch, wem aufgrund eines Asylantrags der Aufenthalt in Baden-Württemberg gestattet ist oder wer hier geduldet wird, unabhängig davon, ob er selbst diese Voraussetzungen erfüllt oder nur ein Elternteil; die Schulpflicht beginnt sechs Monate nach dem Zuzug aus dem Ausland und besteht bis zur Erfüllung der Ausreisepflicht.

(2) Die Schulpflicht gliedert sich in

1. die Pflicht zum Besuch der Grundschule und einer auf ihr aufbauenden Schule,
2. die Pflicht zum Besuch der Berufsschule,

3. die Pflicht zum Besuch der Sonderschule.

(3) Die Schulpflicht erstreckt sich auf den regelmäßigen Besuch des Unterrichts und der übrigen verbindlichen Veranstaltungen der Schule sowie auf die Einhaltung der Schulordnung. Dasselbe gilt für Schüler, die nicht schulpflichtig sind.

(4) Die Schulpflicht ist durch den Besuch einer deutschen Schule zu erfüllen. Über Ausnahmen entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

(5) Schulpflichtige im Jugendstrafvollzug haben die dort eingerichteten Schulen zu besuchen.

(6) Völkerrechtliche Abkommen und zwischenstaatliche Vereinbarungen bleiben unberührt.

**B. Pflicht zum Besuch der Grundschule
und einer auf ihr aufbauenden Schule
(§§ 73-76)**

**§ 73
Beginn der Schulpflicht**

(1) Mit dem Beginn des Schuljahres sind alle Kinder, die bis 30. September des laufenden Kalenderjahres das sechste Lebensjahr vollendet haben, verpflichtet, die Grundschule zu besuchen. Dasselbe gilt für die Kinder, die bis zum 30. Juni des folgenden Kalenderjahres das sechste Lebensjahr vollendet haben und von den Erziehungsberechtigten in der Grundschule angemeldet wurden.

(2) Nach Abschluß der Grundschule sind alle Kinder verpflichtet, eine auf ihr aufbauende Schule zu besuchen.

Fußnoten

- *) § 73 in der Fassung der Verordnung vom 17. Juli 2003 (GBl. S. 359) tritt stufenweise mit der Maßgabe in Kraft, dass der in § 73 Abs. 1 Satz 1 genannte Stichtag zum Schuljahr 2005/2006 auf den 31. Juli und zum Schuljahr 2006/2007 auf den 31. August gelegt wird. (Artikel 2 Abs. 2 der Verordnung vom 17. Juli 2003 (GBl. S. 359))

**§ 74
Vorzeitige Aufnahme und Zurückstellung**

(1) Auf Antrag der Erziehungsberechtigten können Kinder, die gemäß § 73 Abs. 1 noch nicht schulpflichtig sind, zu Beginn des Schuljahres in die Schule aufgenommen werden, wenn auf Grund ihres geistigen und körperlichen Entwicklungsstandes zu erwarten ist, daß sie mit Erfolg am Unterricht teilnehmen werden. Die Entscheidung über den Antrag trifft die Schule; bestehen Zweifel am hinreichenden geistigen und körperlichen Entwicklungsstand des Kindes, zieht die Schule ein Gutachten des Gesundheitsamtes bei. Wird dem Antrag stattgegeben, beginnt die Schulpflicht mit der Aufnahme in die Schule.

(2) Kinder, von denen bei Beginn der Schulpflicht auf Grund ihres geistigen oder körperlichen Entwicklungsstandes nicht erwartet werden kann, daß sie mit Erfolg am Unterricht teilnehmen, können um ein Jahr vom Schulbesuch zurückgestellt werden; mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten können auch Kinder zurückgestellt werden, bei denen sich dies während des ersten Schulhalbjahres zeigt. Die Entscheidung trifft die Schule unter Beiziehung eines Gutachtens des Gesundheitsamtes. Die Zeit der Zurückstellung wird auf die Dauer der Pflicht zum Besuch der Grundschule nicht angerechnet.

(3) Kinder, die vorzeitig eingeschult oder vom Schulbesuch zurückgestellt werden sollen, sind verpflichtet, sich auf Verlangen der Schule bzw. der Schulaufsichtsbehörde an einer pädagogisch-psychologischen Prüfung (Schuleignungsprüfung und Intelligenztest) zu beteiligen und vom Gesundheitsamt untersuchen zu lassen.

§ 75

Dauer der Schulpflicht

(1) Die Pflicht zum Besuch der Grundschule dauert mindestens vier Jahre. Der Übergang in eine auf der Grundschule aufbauende Schule ist erst zulässig, wenn das Ziel der Abschlußklasse der Grundschule erreicht ist.

(2) Die Pflicht zum Besuch einer Schule gemäß § 73 Abs. 2 dauert fünf Jahre. Für Kinder, die in dieser Zeit den Hauptschulabschluss nicht erreicht haben, kann die Schule die Schulpflicht um ein Jahr verlängern.

(3) Für Schüler, die nach zehnjährigem Schulbesuch die Schulpflicht nach den Absätzen 1 und 2 noch nicht erfüllt haben, kann die Schule die Beendigung der Schulpflicht feststellen. Die Schulaufsichtsbehörde kann diese Feststellung auf Antrag der Erziehungsberechtigten nach neunjährigem Schulbesuch treffen, insbesondere, wenn von einem weiteren Schulbesuch eine sinnvolle Förderung des Schülers nicht erwartet werden kann.

§ 76 Erfüllung der Schulpflicht

(1) Zum Besuch der in § 72 Abs. 2 Nr. 1 bezeichneten Schulen sind alle Kinder und Jugendlichen verpflichtet, soweit nicht für ihre Erziehung und Unterrichtung in anderer Weise ausreichend gesorgt ist. Anstelle des Besuchs der Grundschule darf anderweitiger Unterricht nur ausnahmsweise in besonderen Fällen von der Schulaufsichtsbehörde gestattet werden.

(2) Der Schulpflichtige hat die Schule zu besuchen, in deren Schulbezirk er wohnt. Dies gilt nicht für Schulpflichtige, die eine Gemeinschaftsschule oder eine Schule in freier Trägerschaft besuchen. Die Schulaufsichtsbehörde kann

1. bis zu einer Regelung nach den §§ 28, 30 und 31 aus Gründen einer im öffentlichen Interesse liegenden Verbesserung der Schulverhältnisse nach Anhören der beteiligten Schulträger oder
2. zur Bildung annähernd gleich großer Klassen oder bei Erschöpfung der Aufnahmekapazität einer Schule oder
3. in sonstigen Fällen, wenn wichtige Gründe vorliegen,

Abweichungen von Satz 1 zulassen oder anordnen. In den Fällen von Nummer 2 und 3 hört die Schulaufsichtsbehörde vor der Entscheidung die Eltern der betroffenen Schüler an. Die Schulaufsichtsbehörde kann in den Fällen von Satz 3 Nr. 2 und 3 die Zuständigkeit für die Anhörung und die Entscheidung auf den geschäftsführenden Schulleiter übertragen.

C. Pflicht zum Besuch der Berufsschule (§§ 77-81)

§ 77 Beginn der Berufsschulpflicht

Die Pflicht zum Besuch der Berufsschule beginnt mit dem Ablauf der Pflicht zum Besuch einer Schule gemäß § 73 Abs. 2.

§ 78 Dauer der Berufsschulpflicht

(1) Die Berufsschulpflicht dauert drei Jahre. Sie endet mit dem Ablauf des Schuljahres, in dem der Berufsschulpflichtige das 18. Lebensjahr vollendet; auf Antrag können volljährige Berufsschulpflichtige für das zweite Schulhalbjahr beurlaubt werden. Darüber hinaus kann die Berufsschule freiwillig mit den Rechten und Pflichten eines Berufsschulpflichtigen bis zum Ende des Schuljahres besucht werden, in dem das 20. Lebensjahr vollendet wird.

(2) Auszubildende, die vor Beendigung der Berufsschulpflicht nach Absatz 1 ein Berufsausbildungsverhältnis beginnen oder eine Stufenausbildung fortsetzen, sind bis zum Abschluß der Ausbildung berufsschulpflichtig. Beträgt die Ausbildungszeit weniger als drei Jahre, dauert die Berufsschulpflicht

mindestens zwei Schuljahre, sofern nach der Studentafel das Bildungsziel einer Berufsschule von drei Jahren Dauer erreicht wird. Wer nach Beendigung der Berufsschulpflicht nach Absatz 1 ein Berufsausbildungs- oder Umschulungsverhältnis beginnt oder die Stufenausbildung fortsetzt, kann die Berufsschule bis zum Abschluß mit den Rechten und Pflichten eines Berufsschulpflichtigen besuchen.

(3) Wird vor Beendigung der Berufsschulpflicht nach Absatz 1 ein neues Berufsausbildungsverhältnis begonnen oder eine Stufenausbildung fortgesetzt, kann die Schule bereits abgeleisteten Besuch der Berufsschule teilweise oder ganz auf die Berufsschulpflicht anrechnen.

§ 78 a **Berufsvorbereitungsjahr**

(1) Die Pflicht zum Besuch des Berufsvorbereitungsjahres (§ 10 Abs. 5) dauert ein Jahr. Danach ist der Schüler von der weiteren Berufsschulpflicht (§ 78 Abs. 1) befreit. Wird während des Berufsvorbereitungsjahres oder danach ein Berufsausbildungsverhältnis begonnen, richtet sich die Berufsschulpflicht nach § 78 Abs. 2 und 3.

(2) Das Kultusministerium stellt bei Vorliegen der personellen und sächlichen Voraussetzungen durch Rechtsverordnung fest, ab welchem Zeitpunkt in den einzelnen Schulbezirken das Berufsvorbereitungsjahr zu besuchen ist. Zuvor sind die betroffenen Schulträger zu hören.

§ 79 **Erfüllung der Berufsschulpflicht**

(1) Die Berufsschulpflicht wird durch den Besuch derjenigen Berufsschule erfüllt, in deren Schulbezirk der Ausbildungs- oder Beschäftigungsort, bei Berufsschulpflichtigen ohne Berufsausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis sowie bei im Ausland beschäftigten Berufsschulpflichtigen der Wohnort liegt.

(2) Die Schule kann, wenn wichtige Gründe in der Person des Berufsschulpflichtigen vorliegen, den Besuch einer anderen als der zuständigen Berufsschule gestatten.

(3) Die Schulaufsichtsbehörde kann aus Gründen einer im öffentlichen Interesse liegenden Verbesserung der inneren oder äußeren Schulverhältnisse, zur fachgerechten Ausbildung der Berufsschüler oder aus anderen wichtigen Gründen die Schüler eines Berufsfeldes, einer Berufsgruppe oder eines Einzelberufs oder einzelne Schüler ganz oder für einzelne Unterrichtsfächer einer anderen als der örtlich zuständigen Berufsschule oder einer Bundesfachklasse zuweisen. Wenn sich die Maßnahme auf die Bezirke von mehreren oberen Schulaufsichtsbehörden erstreckt, ist für die Zuweisung die Schulaufsichtsbehörde zuständig, in deren Bezirk die zunächst zuständige Berufsschule liegt. Die Schulaufsichtsbehörde hat sich vor der Zuweisung mit den beteiligten Schulträgern und nach dem Berufsbildungsgesetz für die Berufsbildung der Auszubildenden zuständigen Stellen ins Benehmen zu setzen, soweit es sich nicht um die Zuweisung einzelner Schüler handelt.

§ 80 **Ruhe der Berufsschulpflicht**

Die Berufsschulpflicht ruht, solange der Berufsschulpflichtige

1. eine öffentliche Schule gemäß § 73 Abs. 2, eine Berufsfachschule, ein Berufskolleg oder eine entsprechende Ersatzschule in freier Trägerschaft besucht;
2. mindestens im Umfang des Unterrichts an einer vergleichbaren öffentlichen Schule, am Unterricht einer Berufsfachschule oder eines Berufskollegs in freier Trägerschaft teilnimmt, die Ergänzungsschule ist und von der Schulaufsichtsbehörde als ausreichender Ersatz für den Berufsschulunterricht anerkannt ist;
3. eine Berufsakademie oder Hochschule besucht;
4. als Beamter im Vorbereitungsdienst für eine Laufbahn des einfachen, mittleren oder gehobenen Dienstes steht, es sei denn, die oberste Schulaufsichtsbehörde stellt im Benehmen mit dem beteiligten Ministerium fest, daß der Vorbereitungsdienst dem Berufsschulunterricht nicht

gleichwertig ist. Das gleiche gilt für Dienstanfänger im Sinne der beamtenrechtlichen Bestimmungen;

5. das freiwillige soziale oder ökologische Jahr leistet, es sei denn, die oberste Schulaufsichtsbehörde stellt fest, daß die einführende und begleitende Betreuung nicht den Anforderungen der Berufsschule entspricht;
6. Wehrdienst oder Zivildienst leistet.

§ 81

Vorzeitige Beendigung der Berufsschulpflicht

(1) Die oberste Schulaufsichtsbehörde kann feststellen, daß durch den Besuch bestimmter Bildungsgänge die Berufsschulpflicht ganz oder teilweise erfüllt und damit vorzeitig beendet ist. Die gleiche Feststellung kann die Schule für einzelne Berufsschulpflichtige treffen, wenn

1. die bisherige Ausbildung des Berufsschulpflichtigen den Besuch der Berufsschule ganz oder teilweise entbehrlich macht oder
2. im Hinblick auf das Ausbildungsziel und die Ausbildung des Berufsschulpflichtigen der Besuch der Berufsschule nicht sinnvoll erscheint.

(2) Die Berufsschulpflicht einer Schülerin endet vorzeitig, wenn diese nach der Eheschließung oder bei Mutterschaft nach Vollendung des 16. Lebensjahres die Beendigung beantragt.

D. Pflicht zum Besuch der Sonderschule

(§§ 82-84)

§ 82

Allgemeines

(1) Die in § 15 Abs. 1 genannten Schüler sind zum Besuch der für sie geeigneten Sonderschule verpflichtet.

(2) Darüber, ob die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule im Einzelfall besteht, und darüber, welcher Typ der Sonderschule (§ 15 Abs. 1) für den Sonderschulpflichtigen geeignet ist, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde; sie strebt das Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten an. Auf Verlangen der Schulaufsichtsbehörde haben sich Kinder und Jugendliche an einer pädagogisch-psychologischen Prüfung (Schuleignungs- oder Schulleistungsprüfung und Intelligenztest) zu beteiligen und vom Gesundheitsamt untersuchen zu lassen.

(3) Die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule ruht,

1. wenn der Schulweg zu weit oder besonders schwierig ist und eine geeignete Heimsonderschule nicht zur Verfügung steht oder
2. wenn Schüler die Sonderschule wegen medizinisch zu diagnostizierender Besonderheiten nicht besuchen können. Zur Prüfung dieser Voraussetzungen sind sie verpflichtet, sich auf Verlangen der Schulaufsichtsbehörde vom Gesundheitsamt untersuchen zu lassen.

Die Entscheidung hierüber trifft die Schulaufsichtsbehörde.

(4) Von der Pflicht zum Besuch einer Sonderschule ist befreit, wer eine von der Schulaufsichtsbehörde als gleichwertig anerkannte Unterweisung erfährt.

§ 83

Beginn und Dauer der Pflicht zum Besuch der Sonderschule

Für Beginn und Dauer der Pflicht zum Besuch der Sonderschule gelten die §§ 73, 74, 75, 77 und 78 entsprechend mit folgenden Maßgaben:

1. Für Schulpflichtige, die während des Besuchs einer allgemeinen Schule sonderschulbedürftig werden, beginnt die Pflicht zum Besuch der Sonderschule mit der Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde nach § 82 Abs. 2;
 - 1 a. für blinde, hörgeschädigte und körperbehinderte Sonderschulpflichtige dauert die Schulpflicht gemäß § 75 Abs. 1 mindestens fünf Jahre;
2. für blinde, hörgeschädigte, geistigbehinderte und körperbehinderte Sonderschulpflichtige kann im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten die Pflicht zum Besuch der Sonderschule über die in § 75 Abs. 2 bestimmte Zeit hinaus bis zur Dauer von insgesamt zwei Jahren verlängert werden, wenn anzunehmen ist, daß sie dadurch dem Ziel der Sonderschule nähergebracht werden können. Aus dem gleichen Grund kann für Sonderschulpflichtige die Pflicht zum Besuch der Sonderschule über die in § 78 Abs. 1 und 2 bestimmte Zeit um ein Jahr verlängert werden;
3. die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule endet, wenn festgestellt wird, daß der Sonderschulpflichtige mit Erfolg am Unterricht der allgemeinen Schule teilnehmen kann. Die Feststellung hierüber trifft die Schulaufsichtsbehörde.

§ 84

Erfüllung der Pflicht zum Besuch der Sonderschule

(1) Die Pflicht zum Besuch der Sonderschule wird durch den Besuch derjenigen geeigneten Sonderschule erfüllt, in deren Schulbezirk der Schulpflichtige wohnt. § 76 Abs. 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(2) Soweit nicht eine Schule nach Absatz 1 zuständig ist, haben die Erziehungsberechtigten das Recht, unter den für ihre sonderschulpflichtigen Kinder geeigneten Sonderschulen zu wählen. Die Schulaufsichtsbehörde kann aus wichtigen Gründen in Abweichung von Satz 1 Sonderschulpflichtige einer geeigneten Sonderschule zuweisen.

(3) Wenn es zur Erfüllung der Pflicht zum Besuch der Sonderschule erforderlich ist, können die Sonderschulpflichtigen mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten in einem Heim oder in Familienpflege untergebracht werden. Die Entscheidung trifft die Schulaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem zuständigen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und gegebenenfalls mit dem zuständigen Träger der Sozialhilfe. Verweigern die Erziehungsberechtigten ihre Zustimmung, so kann eine Entscheidung des Familiengerichts nach § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuches herbeigeführt werden.

E. Sonstige Vorschriften (§§ 85-92)

§ 85

Verantwortlichkeit für die Erfüllung der Schul- und Teilnahmepflicht, Informierung des Jugendamtes, verpflichtendes Elterngespräch

(1) Die Erziehungsberechtigten und diejenigen, denen Erziehung oder Pflege eines Kindes anvertraut ist, haben die Anmeldung zur Schule vorzunehmen und dafür Sorge zu tragen, daß der Schüler am Unterricht und an den übrigen verbindlichen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilnimmt und sich der Schulordnung fügt. Sie sind verpflichtet, den Schüler für den Schulbesuch in gehöriger Weise auszustatten, die zur Durchführung der Schulgesundheitspflege erlassenen Anordnungen zu befolgen und dafür zu sorgen, daß die in diesem Gesetz vorgesehenen pädagogisch-psychologischen Prüfungen und amtsärztlichen Untersuchungen ordnungsgemäß durchgeführt werden können.

(2) Die für die Berufserziehung der Schüler Mitverantwortlichen (Ausbildende, Dienstherrn, Leiter von Betrieben) oder deren Bevollmächtigte haben den Berufsschulpflichtigen unverzüglich zur Schule anzumelden, ihm die zur Erfüllung der Pflicht zum Besuch der Berufsschule erforderliche Zeit zu gewähren und ihn zur Erfüllung der Berufsschulpflicht anzuhalten.

(3) Die Schule soll das Jugendamt unterrichten, wenn gewichtige Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass das Wohl eines Schülers ernsthaft gefährdet oder beeinträchtigt ist; in der Regel werden die Eltern vorher angehört. Zur Abwendung einer Kindeswohlgefährdung arbeiten Schule und Jugendamt zusammen. Diese Bestimmung gilt auch für Schulen in freier Trägerschaft.

(4) Nimmt bei einem dringenden Aussprachebedarf kein Elternteil eine Einladung des Klassenlehrers oder Schulleiters zum Gespräch wahr und stellt die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls des Schülers fest, kann die weitere Einladung zum Gespräch mit dem Hinweis verbunden werden, dass bei Nichtbefolgen das Jugendamt unterrichtet wird.

§ 86 Zwangsgeld, Schulzwang

(1) Kommen die Erziehungsberechtigten oder diejenigen, denen Erziehung und Pflege eines Kindes anvertraut ist, ihrer Pflicht nach § 85 Abs. 1 nicht nach, kann die obere Schulaufsichtsbehörde nach Maßgabe des Landesverwaltungsvollstreckungsgesetzes ein Zwangsgeld festsetzen.

(2) Schulpflichtige, die ihre Schulpflicht nicht erfüllen, können der Schule zwangsweise zugeführt werden. Die Zuführung wird von der für den Wohn- oder Aufenthaltsort der Schulpflichtigen zuständigen Polizeibehörde angeordnet. Wenn die Erziehungsberechtigten oder diejenigen, denen Erziehung und Pflege eines Kindes anvertraut ist, schulpflichtige Kinder trotz Aufforderung nicht vorstellen, kann das Amtsgericht auf Antrag der zuständigen Polizeibehörde eine Durchsuchung von deren Wohnung anordnen.

§ 87 Ausführungsvorschriften

Das Kultusministerium kann durch Rechtsverordnung Vorschriften erlassen zur Regelung

- der Erfassung der Schulpflichtigen,
- des Verfahrens bei der vorzeitigen Aufnahme und der Zurückstellung nach § 74,
- der Voraussetzungen für einen anderweitigen Unterricht nach § 76 Abs. 1, der Verpflichtung zur gehörigen Ausstattung des Schulpflichtigen nach § 85 Abs. 1,
- der Anwendung von Schulzwang nach § 86,
- der zeitweiligen Beurlaubung von Kindern und Jugendlichen, die ein körperliches, geistiges oder seelisches Leiden haben, das ihren Verbleib in der Schule aus Rücksicht auf das Wohl ihrer Mitschüler verbietet,
- der zeitweiligen Beurlaubung aus anderen zwingenden Gründen,
- des Kreises der nach § 15 sonderschulbedürftigen Kinder und Jugendlichen und der fachlichen Zuständigkeit der Sonderschulen,
- des Verfahrens zur Feststellung der Sonderschulbedürftigkeit nach § 82 Abs. 2,
- des Verfahrens für die Anmeldung und Aufnahme in Sonderschulen.

§ 88

Wahl des Bildungswegs

- (1) Über alle weiteren Bildungswege nach der Grundschule entscheiden die Erziehungsberechtigten. Volljährige Schüler entscheiden selbst.
- (2) In die Hauptschule und Werkrealschule, die Realschule, das Gymnasium, das Kolleg, die Berufsfachschule, das Berufskolleg, die Berufsoberschule und die Fachschule kann nur derjenige Schüler aufgenommen werden, der nach seiner Begabung und Leistung für die gewählte Schulart geeignet erscheint.
- (3) Schüler, welche nach Begabung oder Leistung die Voraussetzungen für den erfolgreichen Besuch einer der in Absatz 2 genannten Schulen nicht erfüllen, werden aus der Schule entlassen; sie haben, falls sie noch schulpflichtig sind, eine Schule der ihrer Begabung entsprechenden Schulart zu besuchen.
- (4) Die Aufnahme eines Schülers in eine der in Absatz 2 genannten Schulen oder in eine Gemeinschaftsschule darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil der Schüler nicht am Schulort wohnt. Ein Anspruch auf Aufnahme in eine bestimmte Schule besteht nicht, solange der Besuch einer anderen Schule desselben Schultyps möglich und dem Schüler zumutbar ist; die Schulaufsichtsbehörde kann Schüler einer anderen Schule desselben Schultyps zuweisen, wenn dies zur Bildung annähernd gleich großer Klassen oder bei Erschöpfung der Aufnahmekapazität erforderlich und dem Schüler zumutbar ist. Die Schulaufsichtsbehörde hört vor der Entscheidung die Eltern der betroffenen Schüler an.

§ 89

Schul-, Prüfungs- und Heimordnungen

- (1) Das Kultusministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Schulordnungen über Einzelheiten des Schulverhältnisses, Prüfungsordnungen und Heimordnungen für die den Schulen angegliederten Schülerheime zu erlassen.
- (2) In den Schulordnungen sind insbesondere zu regeln:
1. Verfahren über die Aufnahme in die Schule; dabei kann
 - a) die Aufnahme von einer der Aufgabenstellung der Schule entsprechenden Prüfung abhängig gemacht werden;
 - b) die Zulassung im notwendigen Umfang beschränkt werden, wenn mehr Bewerber als Ausbildungsplätze vorhanden sind; das Auswahlverfahren ist nach Gesichtspunkten der Eignung, Leistung und Wartezeit unter Berücksichtigung von Härtefällen zu gestalten;
 2. Verfahren für Schulwechsel und Beendigung des Schulverhältnisses (Austritt und Entlassung);
 3. der Umfang der Pflicht zur Teilnahme am Unterricht und an den sonstigen Schulveranstaltungen einschließlich Befreiung von der Teilnahme, Beurlaubung, Schulversäumnisse; im Gymnasium können ab Klasse 5 zwei Fremdsprachen vorgesehen werden;
 4. das Aufsteigen in der Schule (z. B. Versetzung, Wiederholung und Überspringen einer Klassenstufe); dabei ist das Verfahren zu regeln einschließlich der Zusammensetzung der für die Entscheidung zuständigen Teilkonferenz und entsprechend dem Bildungsziel der Schulart und des Schultyps die für die Entscheidung maßgeblichen Fächer und Schülerleistungen sowie die hierfür geltenden Bewertungsmaßstäbe;
 - 4a. das Ausscheiden aus der Schule infolge Nichtversetzung; dabei kann bestimmt werden, daß ein Schüler aus der Schule und der Schulart ausscheidet, wenn er nach Wiederholung einer Klasse aus dieser oder aus der nachfolgenden Klasse wiederum nicht versetzt wird; für Realschule und Gymnasium kann zusätzlich bestimmt werden, daß insgesamt nur zwei Wiederholungen wegen Nichtversetzung zulässig sind; für den achtjährigen Bildungsgang des Gymnasiums kann statt einer Nichtversetzung das Überwechseln in den neunjährigen Bildungsgang vorgesehen werden;

5. die während des Schulbesuchs und, soweit keine besonderen Prüfungen stattfinden, bei dessen Abschluß zu erteilenden Zeugnisse einschließlich der zu bewertenden Fächer, der Bewertungsmaßstäbe und der mit einem erfolgreichen Abschluß verbundenen Berechtigungen;
6. die zur Durchführung der Schulgesundheitspflege, der Schulfürsorge und der Unfallverhütung notwendigen Maßnahmen;
7. Praktika und Anerkennungszeiten, soweit sie für das Ausbildungsziel erforderlich sind;
8. die Pflichten der Erziehungsberechtigten und der für die Berufserziehung der Schüler Mitverantwortlichen gegenüber der Schule;
9. die Verfügung über die Schülerarbeiten;
10. die Zulassung der Schülervereine und der Schülerzeitschriften, insbesondere deren Herausgabe, Vertrieb und Finanzierung.

(3) In den Prüfungsordnungen sind insbesondere zu regeln:

1. Zweck der Prüfung, Prüfungsgebiete;
2. das Prüfungsverfahren einschließlich der Zusammensetzung des Prüfungsausschusses, der Zulassungsvoraussetzungen, der Bewertungsmaßstäbe und der Voraussetzungen des Bestehens der Prüfung;
3. die Erteilung von Prüfungszeugnissen und die damit verbundenen Berechtigungen;
4. die Folgen des Nichtbestehens der Prüfung; dabei kann bestimmt werden, daß eine nicht bestandene Prüfung nur einmal wiederholt werden kann.

(4) In den Heimordnungen sind insbesondere die Aufnahme in das Heim, die Benutzung des Heims und die Beendigung des Benutzungsverhältnisses sowie die zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Heim erforderlichen Maßnahmen zu regeln.

§ 90 Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen

(1) Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen dienen der Verwirklichung des Erziehungsauftrags der Schule, der Erfüllung der Schulbesuchspflicht, der Einhaltung der Schulordnung und dem Schutz von Personen und Sachen innerhalb der Schule.

(2) Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen kommen nur in Betracht, soweit pädagogische Erziehungsmaßnahmen nicht ausreichen; hierzu gehören auch Vereinbarungen über Verhaltensänderungen des Schülers mit diesem und seinen Erziehungsberechtigten. Bei allen Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Die Schule kann von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen absehen, wenn der Schüler durch soziale Dienste Wiedergutmachung leistet.

(3) Folgende Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen können getroffen werden:

1. durch den Klassenlehrer oder durch den unterrichtenden Lehrer: Nachsitzen bis zu zwei Unterrichtsstunden;
2. durch den Schulleiter:
 - a) Nachsitzen bis zu vier Unterrichtsstunden,
 - b) Überweisung in eine Parallelklasse desselben Typs innerhalb der Schule,

- c) Androhung des zeitweiligen Ausschlusses vom Unterricht,
- d) Ausschluss vom Unterricht bis zu fünf Unterrichtstagen, bei beruflichen Schulen in Teilzeitform Ausschluss für einen Unterrichtstag, nach Anhörung der Klassenkonferenz oder Jahrgangsstufenkonferenz, soweit deren Mitglieder den Schüler selbstständig unterrichten:
- e) einen über den Ausschluss vom Unterricht nach Buchstabe d) hinausgehenden Ausschluss vom Unterricht bis zu vier Unterrichtswochen,
- f) Androhung des Ausschlusses aus der Schule,
- g) Ausschluss aus der Schule.

Im Rahmen von Nachsitzen können auch Maßnahmen zur Schadenswiedergutmachung und aus dem Fehlverhalten begründete Tätigkeiten angeordnet werden. Nachsitzen gemäß Nummer 2 Buchst. a oder die Überweisung in eine Parallelklasse kann mit der Androhung des zeitweiligen Ausschlusses vom Unterricht verbunden werden; der zeitweilige Ausschluss vom Unterricht kann mit der Androhung des Ausschlusses aus der Schule verbunden werden. Die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage entfällt. Die körperliche Züchtigung ist ausgeschlossen.

(4) Vor dem Ausschluss aus der Schule wird auf Wunsch des Schülers, bei Minderjährigkeit auf Wunsch der Erziehungsberechtigten, die Schulkonferenz angehört. Nach dem Ausschluss kann die neu aufnehmende Schule die Aufnahme von einer Vereinbarung über Verhaltensänderungen des Schülers abhängig machen und eine Probezeit von bis zu sechs Monaten festsetzen, über deren Bestehen der Schulleiter entscheidet.

(5) Die obere Schulaufsichtsbehörde kann den Ausschluss aus der Schule auf alle Schulen des Schulorts, des Landkreises oder ihres Bezirks, die oberste Schulaufsichtsbehörde auf alle Schulen des Landes mit Ausnahme der nach § 82 für den Schüler geeigneten Sonderschule ausdehnen. Die Ausdehnung des Ausschlusses wird dem Jugendamt mitgeteilt.

(6) Ein zeitweiliger Ausschluss vom Unterricht, seine Androhung oder eine Androhung des Ausschlusses aus der Schule sind nur zulässig, wenn ein Schüler durch schweres oder wiederholtes Fehlverhalten seine Pflichten verletzt und dadurch die Erfüllung der Aufgabe der Schule oder die Rechte anderer gefährdet. Ein Ausschluss aus der Schule ist zulässig, wenn es einem Mitschüler wegen Art und Schwere der Beeinträchtigungen und deren Folgen nicht zumutbar ist, mit dem Schüler weiter dieselbe Schule zu besuchen, oder einer Lehrkraft, ihn weiter zu unterrichten; dem Schutz des Opfers gebührt Vorrang vor dem Interesse dieses Schülers am Weiterbesuch einer bestimmten Schule. Im Übrigen ist ein Ausschluss aus der Schule nur zulässig, wenn neben den Voraussetzungen des Satzes 1 das Verbleiben des Schülers in der Schule eine Gefahr für die Erziehung und Unterrichtung, die sittliche Entwicklung, Gesundheit oder Sicherheit der Mitschüler befürchten lässt.

(7) Vor der Entscheidung nachzusitzen genügt eine Anhörung des Schülers. Im Übrigen gibt der Schulleiter dem Schüler, bei Minderjährigkeit auch den Erziehungsberechtigten, Gelegenheit zur Anhörung; Schüler und Erziehungsberechtigte können einen Beistand hinzuziehen.

(8) Ein zeitweiliger Ausschluss vom Unterricht kann, ein wiederholter zeitweiliger Ausschluss vom Unterricht soll dem Jugendamt mitgeteilt werden; ein Ausschluss aus der Schule wird dem Jugendamt mitgeteilt. Hierbei soll ein Gespräch zwischen dem Jugendamt und der Schule stattfinden. Ein zeitweiliger Ausschluss vom Unterricht, seine Androhung, ein Ausschluss aus der Schule oder seine Androhung wird den für die Berufserziehung des Schülers Mitverantwortlichen mitgeteilt.

(9) Der Schulleiter kann in dringenden Fällen einem Schüler vorläufig bis zu fünf Tagen den Schulbesuch untersagen, wenn ein zeitweiliger Ausschluss vom Unterricht zu erwarten ist oder er kann den Schulbesuch vorläufig bis zu zwei Wochen untersagen, wenn ein Ausschluss aus der Schule zu erwarten ist. Zuvor ist der Klassenlehrer zu hören. Absatz 3 Satz 4 gilt entsprechend.

§ 91

Schulgesundheitspflege

(1) Die Schüler sind verpflichtet, sich im Rahmen der Schulgesundheitspflege durch das Gesundheitsamt beraten und untersuchen zu lassen.

(2) Die Pflicht zur Untersuchung besteht nach Beginn des Schuljahres auch für Kinder, die bis zum 30. September des laufenden Kalenderjahres das vierte Lebensjahr vollendet haben; für diese Kinder wird in begründeten Fällen eine Sprachstandsdiagnose durchgeführt. Das Kultusministerium legt die Kriterien für die Sprachstandsdiagnose im Einvernehmen mit dem Sozialministerium fest. Darüber hinaus besteht in begründeten Fällen die Pflicht zur Untersuchung für die zur Schule angemeldeten Kinder.

§ 92

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Verpflichtungen nach § 72 Abs. 4 nicht nachkommt oder die ihm nach § 85 obliegenden Pflichten verletzt,
2. die auf Grund des § 87 zur Durchführung der Schulpflicht erlassenen Rechtsvorschriften oder als Erziehungsberechtigter die ihm nach der Schulordnung obliegenden Pflichten verletzt, sofern auf die Bußgeldbestimmung dieses Gesetzes ausdrücklich verwiesen wird.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die untere Verwaltungsbehörde.

8. TEIL

Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, Erziehungsbeihilfen

§ 93

Schulgeldfreiheit

(1) Der Unterricht an den öffentlichen Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, Gemeinschaftsschulen, Kollegs, Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufsoberschulen und Sonderschulen ist unentgeltlich. Dies gilt auch für den Unterricht in den im Lehrplan vorgesehenen wahlfreien Fächern und Kursen.

(2) Für den Besuch sonstigen Unterrichts kann Schulgeld erhoben werden.

(3) Ausländische Schüler stehen den einheimischen gleich.

§ 94

Lernmittelfreiheit

(1) In den öffentlichen Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, Gemeinschaftsschulen, Kollegs, Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufsoberschulen und Sonderschulen hat der Schulträger den Schülern alle notwendigen Lernmittel mit Ausnahme von Gegenständen geringen Wertes leihweise zu überlassen, sofern die Lernmittel nicht von den Erziehungsberechtigten oder den Schülern selbst beschafft werden; ausnahmsweise werden sie zum Verbrauch überlassen, wenn Art oder Zweckbestimmung des Lernmittels eine Leihe ausschließen. Gegenstände, die auch außerhalb des Unterrichts gebräuchlich sind, gelten nicht als Lernmittel.

(2) Das Kultusministerium bestimmt durch Rechtsverordnung, welche Lernmittel notwendig und welche davon zum Verbrauch zu überlassen sind.

(3) Ausländische Schüler stehen den einheimischen gleich.

§ 95

Erziehungsbeihilfen

- (1) Schüler in öffentlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft können Erziehungsbeihilfen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erhalten, soweit nicht ein Anspruch auf Förderung nach bundesrechtlichen oder anderen landesrechtlichen Vorschriften besteht oder ausgeschlossen ist.
- (2) Ziel der Förderung ist es, Schülern, die nach ihrer Begabung und Leistung eine Erziehungsbeihilfe rechtfertigen, einen Zuschuß zum Lebensunterhalt zu leisten, wenn die hierfür erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Verfügung stehen.
- (3) Das Kultusministerium erläßt die zur Durchführung notwendigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, soweit erforderlich im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien. Durch Rechtsverordnung kann insbesondere geregelt werden,
1. ab welchem Zeitpunkt innerhalb eines Ausbildungsganges eine Förderung möglich ist,
 2. welche Voraussetzungen von Schulen in freier Trägerschaft erfüllt sein müssen, damit eine Förderung ihres Besuchs erfolgen kann.

9. TEIL

Religionsunterricht

§ 96 Grundsätze

- (1) Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach an allen öffentlichen Schulen.
- (2) Der Religionsunterricht wird, nach Bekenntnissen getrennt, in Übereinstimmung mit den Lehren und Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft von deren Beauftragten erteilt und beaufsichtigt.
- (3) Für eine religiöse Minderheit von mindestens acht Schülern an einer Schule ist Religionsunterricht einzurichten.
- (4) Wird für eine religiöse Minderheit von weniger als acht Schülern religiöse Unterweisung erteilt, hat der Schulträger den Unterrichtsraum unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

§ 97 Religionslehrer

- (1) Zur Erteilung des Religionsunterrichts und zur religiösen Unterweisung können neben Geistlichen und staatlich ausgebildeten Lehrern, Diplomtheologen und graduierten Religionspädagogen, die zur Erteilung des Unterrichts bereit und von der Religionsgemeinschaft dazu bevollmächtigt sind, nur solche Personen zugelassen werden, die eine katechetische Ausbildung erhalten haben.
- (2) Die Voraussetzungen für die Bevollmächtigung der Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts und zur religiösen Unterweisung werden von den Religionsgemeinschaften bestimmt. Die Richtlinien für die Ausbildung und den Nachweis der Eignung und Lehrbefähigung der kirchlich ausgebildeten Religionslehrer werden zwischen dem Kultusministerium und den Religionsgemeinschaften vereinbart.
- (3) Wegen der Übernahme von Geistlichen als Religionslehrer in den Landesdienst und deren Rückruf in den Kirchendienst in besonderen Fällen kann das Kultusministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Vereinbarungen mit den Kirchen treffen.

§ 98 Lehrplan und Schulbücher

Die Religionsgemeinschaft stellt den Lehrplan für den Religionsunterricht auf und bestimmt die Religionsbücher für die Schüler; die Bekanntgabe besorgt das Kultusministerium. § 94 Abs. 2 bleibt unberührt.

§ 99

Aufsicht über den Religionsunterricht

(1) Die Aufsicht der Religionsgemeinschaften über den Religionsunterricht wird durch religionspädagogisch erfahrene Beauftragte der Religionsgemeinschaften wahrgenommen.

(2) Die allgemeine Aufsicht des Staates erstreckt sich darauf, daß bei der Erteilung des Religionsunterrichts der Stundenplan beachtet, die Unterrichtszeit eingehalten und die Schulordnung gewahrt wird.

§ 100

Teilnahme am Religionsunterricht

(1) Über die Teilnahme am Religionsunterricht bestimmen die Erziehungsberechtigten. Nach Eintritt der Religionsmündigkeit steht dieses Recht aus Glaubens- und Gewissensgründen dem Schüler zu.

(2) Die Erklärung über die Abmeldung vom Religionsunterricht ist gegenüber dem Schulleiter schriftlich, von einem minderjährigen religionsmündigen Schüler persönlich abzugeben. Zum Termin zur Abgabe der persönlichen Erklärung des religionsmündigen Schülers sind die Erziehungsberechtigten einzuladen.

(3) Die Abmeldung vom Religionsunterricht ist nur zu Beginn eines Schulhalbjahres zulässig.

10. TEIL

Ethikunterricht, Geschlechtserziehung

§ 100 a

Ethikunterricht

(1) Für Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, wird das Fach Ethik als ordentliches Unterrichtsfach eingerichtet.

(2) Ethikunterricht dient der Erziehung der Schüler zu verantwortungs- und wertbewußtem Verhalten. Sein Inhalt orientiert sich an den Wertvorstellungen und den allgemeinen ethischen Grundsätzen, wie sie in Verfassung und im Erziehungs- und Bildungsauftrag des § 1 niedergelegt sind. Der Unterricht soll diese Vorstellungen und Grundsätze vermitteln sowie Zugang zu philosophischen und religionskundlichen Fragestellungen eröffnen.

(3) Das Kultusministerium stellt bei Vorliegen der personellen und sächlichen Voraussetzungen durch Rechtsverordnung fest, ab welchem Zeitpunkt der Unterricht im Fach Ethik in den einzelnen Schularten und Klassen zu besuchen ist.

§ 100 b

Familien- und Geschlechtserziehung

(1) Unbeschadet des natürlichen Erziehungsrechts der Eltern gehört Familien- und Geschlechtserziehung zum Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule. Sie wird unter Wahrung der Toleranz für unterschiedliche Wertauffassungen fächerübergreifend durchgeführt.

(2) Ziel der Familien- und Geschlechtserziehung ist es, die Schüler altersgemäß mit den biologischen, ethischen, kulturellen und sozialen Tatsachen und Bezügen der Geschlechtlichkeit des Menschen vertraut zu machen. Die Familien- und Geschlechtserziehung soll das Bewußtsein für eine persönliche Intimsphäre und für partnerschaftliches Verhalten in persönlichen Beziehungen und insbesondere in Ehe und Familie entwickeln und fördern.

(3) Die Erziehungsberechtigten sind zuvor über Ziel, Inhalt und Form der Geschlechtserziehung sowie über die hierbei verwendeten Lehr- und Lernmittel zu informieren.

(4) Das Kultusministerium erläßt Richtlinien über die Familien- und Geschlechtserziehung in den einzelnen Schularten und Klassen.

11. TEIL

Staatliche Heimsonderschulen und Heimsonderschulen in freier Trägerschaft

§ 101

Heimsonderschulen in freier Trägerschaft

(1) Heimsonderschulen in freier Trägerschaft bedürfen der Genehmigung der oberen Schulaufsichtsbehörde.

(2) Für die Heimsonderschulen in freier Trägerschaft gelten das Privatschulgesetz und die hierzu ergangenen Vollzugsvorschriften mit der Maßgabe, daß die §§ 6, 7 und 8 Privatschulgesetz auch auf Ergänzungsschulen und § 8 Privatschulgesetz auch auf Erziehungskräfte Anwendung finden.

(3) Die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erteilten Genehmigungen bleiben in Kraft.

§ 102

(aufgehoben)

§ 103

Lehrer an Heimsonderschulen in freier Trägerschaft

(1) Lehrer an öffentlichen Schulen können zur Dienstleistung an Heimsonderschulen in freier Trägerschaft im Lande beurlaubt werden.

(2) Heimsonderschulen in freier Trägerschaft, die einem nach Absatz 1 beurlaubten Lehrer und für dessen Hinterbliebene eine zusätzliche Versorgung für die von ihm wahrgenommene Funktion an der Schule zugesagt haben, erhalten nach Eintritt des Versorgungsfalles des Lehrers auf Antrag einen Zuschuß in Höhe der tatsächlich gezahlten zusätzlichen Versorgungsleistungen. Die Versorgung aus dem statusrechtlichen Amt und die zusätzliche Versorgung dürfen dabei zusammen nicht höher sein als die eines entsprechenden Funktionsstelleninhabers an einer öffentlichen Schule. Die Zahl der Funktionsinhaber an den Heimsonderschulen in freier Trägerschaft darf dabei nicht höher sein als an vergleichbaren öffentlichen Schulen.

(3) Der Zuschuß ist einzustellen, wenn der Beamte seine vom Land gewährten Versorgungsbezüge kraft Gesetzes verliert. Er kann eingestellt oder gekürzt werden, wenn die Versorgungsbezüge des Landes aberkannt oder gekürzt werden. Im Falle der Auflösung der Schule können dem Lehrer oder seinen Hinterbliebenen unmittelbar Beträge bis zur Höhe der vom Land der Schule zu ihrem Versorgungsaufwand gewährten Zuschüsse bewilligt werden, wenn der bisherige Schulträger nach seinen Vermögens- und Einkommensverhältnissen den auf ihn entfallenden Anteil des Versorgungsaufwands nicht mehr tragen kann.

§ 104

Versorgungsberechtigung

(1) Die ständigen wissenschaftlichen und technischen Lehrer an genehmigten Heimsonderschulen in freier Trägerschaft erhalten, wenn sie die im öffentlichen Schuldienst für die Übernahme ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit gestellten beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen, auf Antrag die Versorgungsberechtigung eines entsprechenden Lehrers an öffentlichen Schulen. Über den Antrag entscheidet die für die Ernennung eines entsprechenden Lehrers an öffentlichen Schulen zuständige Behörde. Mit der Versorgungsberechtigung erhalten die Lehrer die Befugnis, die der Amtsbezeichnung eines vergleichbaren Lehrers im öffentlichen Dienst entsprechende Bezeichnung zu führen.

(2) Die Zahl der mit Versorgungsberechtigung an einer Heimsonderschule in freier Trägerschaft verwendeten Lehrer darf nicht höher sein als die Zahl der an einer vergleichbaren öffentlichen Schule planmäßig angestellten Lehrer.

(3) Die Versorgungsberechtigung erlischt

1. mit dem Aufhören der Schule; der Lehrer soll jedoch, wenn nicht in diesem Zeitpunkt die Voraussetzungen für die Versetzung in den Ruhestand vorliegen, in den öffentlichen Schuldienst übernommen werden,
2. mit dem freiwilligen Austritt aus der Schule oder mit dem Aufhören der hauptberuflichen Tätigkeit an ihr,
3. mit der Entlassung aus dem Dienst der Schule,
4. wenn der Lehrer zu einer Strafe rechtskräftig verurteilt wird, die bei einem Beamten den Verlust des Amtes zur Folge hätte.

(4) Die Versorgungsberechtigung kann von der nach Absatz 1 für die Ernennung zuständigen Behörde widerrufen werden, wenn Umstände vorliegen, die bei einem Beamten die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis rechtfertigen würden.

(5) Nach Eintritt des Versorgungsfalles erlischt der Anspruch auf Versorgung, wenn bei einem Berechtigten die Voraussetzungen vorliegen, unter denen ein Ruhestandsbeamter oder ein Witwen- oder Waisengeldberechtigter den Anspruch auf Ruhegeld bzw. Witwen- oder Waisengeld kraft Gesetzes verlieren würde. Die Zahlung der Versorgungsbezüge kann eingestellt oder die Versorgungsbezüge können gekürzt werden, wenn Umstände vorliegen, die bei einem Ruhestandsbeamten die Aberkennung oder Kürzung des Ruhegehalts rechtfertigen würden.

(6) Der Schulträger hat die obere Schulaufsichtsbehörde von dem Eintritt der Voraussetzungen der Absätze 3 bis 5 unverzüglich zu benachrichtigen und die Gründe des Austritts oder der Entlassung mitzuteilen.

(7) Für die Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit und der Versorgungsbezüge gelten die Vorschriften des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg sinngemäß. Die Versorgungsbezüge dürfen nicht höher sein als die, die ein Lehrer mit entsprechender Tätigkeit im öffentlichen Schuldienst erhält.

(8) Diese Vorschriften gelten entsprechend auch für die Schulleiter sowie für diejenigen Heimleiter, die aus dem Schuldienst hervorgegangen sind; ihr Übertritt von der Schule an das Heim fällt nicht unter Absatz 3 Nr. 2 und 3.

§ 105

Zuschuß zu den Personalkosten der Heimsonderschulen in freier Trägerschaft

(1) Die genehmigten Heimsonderschulen in freier Trägerschaft erhalten die Personalkosten für den Schulleiter und die anerkannten wissenschaftlichen und technischen Lehrer einschließlich der anerkannten Ausbilder vom Land auf Antrag als Zuschuß. Der Zuschuß richtet sich nach der Höhe des tatsächlichen Aufwands, höchstens jedoch nach den Beträgen, die sich bei Anwendung der im öffentlichen Dienst geltenden Bestimmungen ergeben würden, und wird für höchstens so viele Kräfte gewährt, wie an einer entsprechenden staatlichen Einrichtung angestellt wären.

(2) Nähere Vorschriften über die Berechnung, Pauschalierung und Auszahlung des Zuschusses können vom Kultusministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und dem fachlich beteiligten Ministerium durch Rechtsverordnung erlassen werden.

§ 106

Zuschüsse zu den Sachkosten der Heimsonderschulen in freier Trägerschaft

Die Schulträger der Heimsonderschulen in freier Trägerschaft erhalten für jeden Schüler, der am 15. Februar des laufenden Schuljahres die Schule besucht hat, einen Zuschuß des Landes bis zur Höhe des Unterhaltsbeitrags an staatlichen Heimsonderschulen.

12. TEIL

Schlußvorschriften

§ 107

Schulen besonderer Art

(1) Die Staudinger-Gesamtschule Freiburg im Breisgau, die Internationale Gesamtschule Heidelberg und die Integrierte Gesamtschule Mannheim-Herzogenried können in den Klassenstufen 5 bis 10 als Schulen besonderer Art ohne Gliederung nach Schularten geführt werden. Der Unterricht kann in Klassen und Kursen stattfinden, die nach der Leistungsfähigkeit der Schüler gebildet werden. Die Schulen führen nach der Klasse 9 zum Hauptschulabschluß und nach der Klasse 10 zum Realschulabschluß oder zur Berechtigung zum Übergang in die Oberstufe oder in die Jahrgangsstufe 11 des Gymnasiums.

(2) Das Kultusministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die erforderlichen besonderen Bestimmungen zu erlassen, insbesondere hinsichtlich

1. der Organisation,
2. der Aufnahme der Schüler in die Schule,
3. der Bildung der Klassen und Kurse sowie der Zuweisung der Schüler.

§ 108

Fortgeltung der Rechtsstellung

Schulen, die bisher als öffentliche Schulen behandelt wurden, gelten auch nach Inkrafttreten dieses Gesetzes als öffentliche Schulen im Sinne dieses Gesetzes. In Zweifelsfällen entscheidet das Kultusministerium.

§ 109

(aufgehoben)

§ 110

Besondere Schulaufsichtsbehörden

(1) Für die Fachschulen für Landwirtschaft (Landwirtschaftsschulen) ist obere Schulaufsichtsbehörde das Regierungspräsidium, oberste Schulaufsichtsbehörde das Ministerium Ländlicher Raum. Das gleiche gilt für die Staatlichen Fachschulen in der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Heidelberg, der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau Weinsberg, der Staatlichen Milchwirtschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalt - Dr.-Oskar-Farny-Institut - Wangen im Allgäu und die Staatliche Fachschule für ländlich-hauswirtschaftliche Berufe Kupferzell.

(2) *(aufgehoben)*

(3) Die Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt die oberste Schulaufsichtsbehörde jeweils im Einvernehmen mit dem Kultusministerium und, soweit erforderlich, mit den weiteren fachlich beteiligten Ministerien.

§ 111

Ausbildungsschulen der Pädagogischen Hochschulen

(1) Zur schulpraktischen Einführung der Studierenden in den lehrerbildenden Studiengängen ordnet das Kultusministerium den Pädagogischen Hochschulen Ausbildungsschulen und Ausbildungsklassen zu.

(2) Für die Ausbildungsschulen und Ausbildungsklassen gelten die Vorschriften dieses Gesetzes, soweit sich nicht aus den besonderen Aufgaben dieser Schulen Abweichungen ergeben.

(3) Die Ausbildungsschulen und Ausbildungsklassen werden vom Land und den Schulträgern nach den Vorschriften dieses Gesetzes unterhalten, soweit nicht nach Absatz 4 besondere Vorschriften erlassen werden.

(4) Das Kultusministerium regelt, soweit erforderlich im Einvernehmen mit dem Innen- und Finanzministerium, durch Rechtsverordnung

- die Verwaltung der Ausbildungsschulen und Ausbildungsklassen und ihr Verhältnis zu den Schulträgern,
- die Anforderungen an das Schulgebäude, dessen Ausstattung und Einrichtung.

§ 112

Lehrkräfte an Höheren Mädchenschulen

(1) Die ständigen wissenschaftlichen und technischen Lehrkräfte an solchen Höheren Mädchenschulen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes als Schulen im Sinne des Artikels 2 des Württ. Mädchenschulgesetzes vom 8. August 1907 (RegBl. S. 349) anerkannt waren, können, wenn sie die im öffentlichen Schuldienst für die Übernahme ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit gestellten beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen, auf Antrag die Versorgungsberechtigung eines entsprechenden Lehrers an öffentlichen Schulen erhalten. Die Vorschriften des § 104 sind dabei entsprechend anzuwenden.

(2) Lehrer an öffentlichen Schulen können zur Dienstleistung an Schulen nach Absatz 1 beurlaubt werden. § 103 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 113

Aufhebung von Schulstiftungen und Schulpfründen

(1) Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes sind alle örtlichen Schulstiftungen und Schulpfründen, deren Erträge stiftungsgemäß entweder ausschließlich für Zwecke der öffentlichen Volksschule oder zum Teil für kirchliche Zwecke bestimmt sind, aufgehoben. Ihr Vermögen fällt, wenn nicht durch Stiftungsurkunde oder Herkommen etwas anderes bestimmt ist, der Gemeinde zu. Diese ist verpflichtet, die von den Stiftungen bisher erbrachten Leistungen für kirchliche Zwecke, die auf besonderem Rechtstitel oder rechtsbegründetem Herkommen beruhen, weiter zu erbringen. Fällt das Vermögen der Kirche zu, trifft diese die entsprechende Verpflichtung bezüglich der für schulische Zwecke bisher erbrachten Leistungen. Die kirchlichen Aufsichtsbehörden und die Gemeinden sind berechtigt, die Ablösung der in Satz 3 und 4 bezeichneten Leistungen zu verlangen. Die kirchlichen Aufsichtsbehörden können die Trennung und Übergabe der Vermögensteile der Stiftungen, die nach den vom Stifter getroffenen Anordnungen und, wo solche nicht vorliegen, nach Maßgabe der seitherigen stiftungsmäßigen Verwendung kirchlichen Zwecken gewidmet sind, in kirchliches Eigentum und kirchliche Verwaltung verlangen. Die in Satz 6 bezeichneten Rechte stehen bezüglich der schulischen Zwecken gewidmeten Vermögensteile entsprechend der Gemeinde zu.

(2) Folgende öffentlich-rechtlichen Stiftungen werden zu einer öffentlich-rechtlichen »Schulstiftung Baden-Württemberg« zusammengefaßt:

1. Altbadischer Distriktschulfonds,
2. Altbadischer Evangelischer Schulhausbaukollektengelderfonds,

3. Altbadischer Evangelischer Schulreservefonds,
4. Evangelischer Mahlberger Schulfonds,
5. Evangelischer Schulmeliorationsfonds,
6. Fürst-Stierum-Freischulen-Stiftung,
7. Geringe katholische Studienkasse,
8. Palm'sche Schulstiftung,
9. Pfälzer Katholischer Schulfonds,
10. Landesstiftung für badische Volksschullehrer,
11. die Gymnasiums fonds Baden-Baden, Bruchsal, Donaueschingen, Durlach, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Lahr, Lörrach, Mannheim, Offenburg, Pforzheim, Tauberbischofsheim, Wertheim,
12. Studienfonds Rastatt.

Die Erträge dieser Schulstiftung sind für die Förderung des Schulwesens und der Elternvertretungen in Baden-Württemberg zu verwenden, wobei die von den bisherigen Stiftungen Begünstigten besonders zu berücksichtigen sind. Das Nähere regelt das Ministerium für Kultus und Sport durch Rechtsverordnung.

§ 114 Evaluation

(1) Die Schulen führen zur Bewertung ihrer Schul- und Unterrichtsqualität regelmäßig Selbstevaluationen durch; sie können sich dabei ergänzend der Unterstützung sachkundiger Dritter bedienen. Das Landesinstitut für Schulentwicklung führt in angemessenen zeitlichen Abständen Fremdevaluationen durch, zu deren Vorbereitung die Schulen auf Anforderung die Ergebnisse und Folgerungen der Selbstevaluation übersenden. Die Schulen unterstützen das Landesinstitut für Schulentwicklung in der Durchführung der Fremdevaluation. Das Landesinstitut für Schulentwicklung übersendet die Ergebnisse der Fremdevaluation der Schule, die sie anschließend der Schulaufsicht vorlegt. Bei der Evaluation werden alle am Schulleben Beteiligten, insbesondere Schüler und Eltern, mit einbezogen. Die Lehrer sind zur Mitwirkung verpflichtet.

(2) Das Kultusministerium kann Schüler und Lehrer verpflichten, an Lernstandserhebungen von internationalen, nationalen oder landesweiten Vergleichsuntersuchungen teilzunehmen, die schulbezogene Tatbestände beinhalten und Zwecken der Schulverwaltung oder der Bildungsplanung dienen; die Erhebung kann sich auch auf außerschulische Bildungsdeterminanten beziehen, soweit es den Schülern und Lehrern zumutbar ist.

(3) Das Kultusministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu den Themen, den Methoden, dem Verfahren und dem Zeitpunkt der Evaluationen nähere Bestimmungen zu erlassen.

§ 115 Datenverarbeitung, Statistik

(1) Das Kultusministerium kann mit Wirkung für die Schulen eine oder mehrere Stellen beauftragen, die zu schulübergreifenden Verwaltungszwecken, insbesondere bei Schulwechsel, Schulk Kooperationen oder zur Feststellung von Mehrfachbewerbungen erforderlichen personenbezogenen Daten von Schülern, Erziehungsberechtigten und denjenigen, denen Erziehung oder Pflege eines Schülers anvertraut ist, und die zu statistischen Zwecken erforderlichen personenbezogenen Daten von Schülern zu verarbeiten; die Schulen werden von der Auftragserteilung unterrichtet. Die Schulen bleiben für diese

Daten verantwortlich; sie sind verpflichtet, sie an die beauftragte Stelle weiterzugeben. Der Auftrag kann vorsehen, dass

1. die für die statistischen Zwecke erforderlichen Daten in pseudonymisierter Form automatisiert an das Kultusministerium übermittelt werden; diese Daten können durch das Kultusministerium, andere Schulaufsichtsbehörden und das Statistische Landesamt zu statistischen Zwecken verarbeitet werden,
2. über Satz 1 hinaus für die Schulen die Möglichkeit besteht, auch weitere zur Aufgabenerfüllung der Schule erforderliche Daten von Schülern, Erziehungsberechtigten und denjenigen, denen Erziehung oder Pflege eines Schülers anvertraut ist, durch die beauftragte Stelle verarbeiten zu lassen.

(2) Das Kultusministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung

1. nähere Einzelheiten nach Absatz 1 Satz 1 bis 3 Nr. 1, insbesondere den Auftrag, die beauftragte Stelle und die zu verarbeitenden Daten betreffend, zu regeln,
2. im Benehmen mit dem Finanzministerium statistische Erhebungen an öffentlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft über schulbezogene Tatbestände zum Zwecke der Schulverwaltung und der Bildungsplanung anzuordnen, die Rechtsverordnung muss den Anforderungen des § 6 Abs. 5 des Landesstatistikgesetzes entsprechen. Auskunftspflichtig sind die Schulträger, die Schulaufsichtsbehörden, Schulleiter, Lehrer, sonstige an der Schule tätige Personen, Schüler, deren Erziehungsberechtigte und diejenigen, denen Erziehung oder Pflege eines Schülers anvertraut ist. Die Befragten sind zur wahrheitsgemäßen, vollständigen und fristgerechten Beantwortung verpflichtet.

(3) Eine Schule ist berechtigt, zu schulübergreifenden Verwaltungszwecken personenbezogene Daten von Schülern, deren Erziehungsberechtigten und denjenigen, denen Erziehung oder Pflege eines Schülers anvertraut ist, bei einer anderen Schule zu erheben.

(4) Im Übrigen gilt für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch Schulen und Schulaufsichtsbehörden, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, das Landesdatenschutzgesetz.

§ 116 (aufgehoben)

§ 117 Einschränkung von Grundrechten

Das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt.

§ 118 Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. April 1965 in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes treten alle Vorschriften, die diesem Gesetz entsprechen oder widersprechen, außer Kraft, sofern sie nicht durch dieses Gesetz ausdrücklich aufrechterhalten werden. Insbesondere treten folgende Vorschriften mit ihren Änderungen außer Kraft:

1. bis 24. (nicht abgedruckt)

(3) Rechte und Pflichten, die sich aus Verträgen mit der evangelischen und katholischen Kirche ergeben, bleiben von den Vorschriften dieses Gesetzes unberührt.

Fußnoten

- *) Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes zur Vereinheitlichung und Ordnung des Schulwesens vom 5. Mai 1964 (GBl. S. 235). Das Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes am 1. August 1983 ergibt sich aus Artikel 4 des Änderungsgesetzes vom 11. Juli 1983 (GBl. S. 325)

© juris GmbH

MINISTERIUM SCHULE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

- Grundschule
- Orientierungsstufe
- Werkrealschule und Hauptschule
- Realschule
- Gymnasium
- Gemeinschaftsschule
 - Ziele
 - Gründe für die Gemeinschaftsschule
 - Pädagogisches Konzept
 - Veranstaltungen
 - Häufig gestellte Fragen
 - Materialien
- Sonderschulen
- Berufliche Schulen
- Zweiter Bildungsweg
- allg. Infos zum Schulsystem
- Fächer und Fächerverbünde
- Fächerübergreifende Themen
- Schulartübergreifende Themen
- Beratung und Prävention
- Bildungsstandards
- Schul- und Qualitätsentwicklung

KINDERGÄRTEN, KLEINKINDBETREUUNG UND -BILDUNG BERUF LEHRERIN/LEHRER KULTUR JUGEND SPORT THEMEN INFORMATIONEN FÜR KULTUSVERWALTUNG

Sie sind hier: [Startseite](#) > [Schule in Baden-Württemberg](#) > [Gemeinschaftsschule](#)

Gemeinschaftsschule

Aktuelles



Aktuelle Interviews zur Gemeinschaftsschule

Interview des Staatsanzeigers mit
 Kultusministerin Warminski-Leitheußer (PDF, 5 MB) und
 Norbert Zeller (PDF, 7 MB) zur Einführung der Gemeinschaftsschule

[zur vollständigen Ausgabe des Staatsanzeigers mit 12 Extraseiten rund um die Gemeinschaftsschule](#)

Anträge Gemeinschaftsschule Schuljahr 2013/14

Es wird darum gebeten, dass die Schulträger den formalen Antrag mit allen erforderlichen Angaben und Unterlagen dem zuständigen Staatlichen Schulamt bis zum 1. Oktober 2012 zuleiten. Wenn nötig können die formalen Beschlüsse des Gemeinderats und der Schulkonferenz bis zum 30. November 2012 nachgereicht werden.

Gemeinschaftsschule beschlossen

Der Landtag hat am 18. April das Gesetz für die Gemeinschaftsschule mit grün-roter Mehrheit beschlossen. Damit kann die neue Schulart zum Beginn des Schuljahres 2012/13 starten. ["Ich freue mich sehr, dass es jetzt gelingt, mit der Gemeinschaftsschule das längere gemeinsame Lernen in Baden-Württemberg voranzubringen und damit den Wunsch so vieler Eltern und Lehrkräfte zu erfüllen", erklärte Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer.](#) Endlich sei es möglich, die sozialen Benachteiligungen des Schulsystems mit einer neuen leistungsfähigen Schulart zu reduzieren.



SUCHE

Suchbegriff **suchen**

[Erweiterte Suche](#) [Such-Hilfe](#)

SONDERBEILAGE STAATSANZEIGER

[Vollständige Ausgabe der Sonderbeilage des Staatsanzeigers vom 14. Juni 2012 mit 12 Extraseiten zur Gemeinschaftsschule](#)

VERANSTALTUNGEN ZUR EINFÜHRUNG DER GEMEINSCHAFTSSCHULE

Online-Anmeldung

Zu Einführung der Gemeinschaftsschule werden [folgende Veranstaltungen](#) durchgeführt. Sie können sich über den jeweiligen Link direkt online anmelden.

- [21. September 2012, 14 Uhr, im Veranstaltungszentrum "redblue" in Heilbronn](#)
Anmeldung bis 14. September
- [28. September 2012](#)
[Lindenhalle in Ehingen](#)
Anmeldung bis 18. September 2012

STARTERSCHULEN ZUM SCHULJAHR 2012/2013



Duden online

Shop

Textprüfung



Warenkorb
Keine Artikel

Suchen

Los

Sie sind hier: [Duden online](#) > [Gemeinschaftsschule](#)

Gemeinschaftsschule, die

Wortart: Substantiv, feminin

Häufigkeit: ■■■■

Rechtschreibung

↑ [Nach oben](#)

Worttrennung:

Ge|mein|schafts|schu|le

Schulen, Schulgebäude

Wir konzipieren, bauen und betreuen Schulen und Schulsportanlagen

www.goldbeck.de

[Datenschutzinfo](#)

Bedeutung

↑ [Nach oben](#)

für alle gemeinsame, nicht nach bestimmten Konfessionen getrennte Schule

Aussprache

↑ [Nach oben](#)

Betonung:

Gemeinschaftsschule

Lautschrift:

Inhalte:

- › [Rechtschreibung](#)
- › [Bedeutung](#)
- › [Aussprache](#)
- › [Grammatik](#)
- › [Blättern](#)

› [Drucken](#)

› [Zitieren](#)

› [Wortvorschlag](#)

› [Hilfe zum Wörterbuch](#)

› [Weitersagen](#)



Klare Ansage

Vom Ohr über die Hand in den Kopf.
Duden – 150 Diktate. Auch als MP3.



Das Herkunftswörterbuch

Sofort lieferbar
ab 19,95 €